demokratie monitor.org



Populismusbarometer 2020

Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern in Deutschland 2020

Robert Vehrkamp und Wolfgang Merkel

WZB
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

BertelsmannStiftung

demokratie monitor.org

Populismusbarometer 2020

Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern in Deutschland 2020

Robert Vehrkamp und Wolfgang Merkel

WZB
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

BertelsmannStiftung

Autoren

Dr. Robert Vehrkamp
ist Senior Advisor der Bertelsmann Stiftung im Programm „Zukunft der Demokratie" und war Gastwissenschaftler der Abteilung „Demokratie und Demokratisierung" am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

robert.vehrkamp@bertelsmann-stiftung.de

Prof. Dr. Wolfgang Merkel
ist Direktor em. der Abteilung „Demokratie und Demokratisierung" am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und Professor em. für Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Sozialwissenschaften. Er ist Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und Fellow am Institut von der Wissenschaft vom Menschen in Wien.

wolfgang.merkel@wzb.eu

Die Autoren danken ***Dr. Christopher Wratil*** (Lecturer in European Politics, Department of Political Science, University College London) und ***Dr. Fabian Guy Neuner*** (Assistant Professor, School of Politics & Global Studies, Arizona State University), die die Umfrageexperimente für diese Studie methodisch entwickelt und die statistischen Analysen dazu durchgeführt haben.

Prof. Dr. Cristóbal Rovira Kaltwasser (Universidad Diego Portales, Santiago, Chile) danken wir für die kritische Durchsicht und zahlreichen Hinweise zu einer früheren Version unserer Studie.

Außerdem danken wir ***Lars Bischoff*** (Bertelsmann Stiftung), ***Martha Posthofen*** und ***Kathrin Alt*** (beide YouGov Deutschland) für ihre Unterstützung bei der Fragebogenerstellung und Auswertung der dieser Studie zugrunde liegenden Umfragen, und ***Gaëlle Beckmann*** und ***Sandra Stratos*** (beide Bertelsmann Stiftung) für ihre redaktionelle Unterstützung.

Über die Studie

Die Studie basiert auf einer Online-Umfrage und ist Teil des Projekts *Demokratiemonitor*, das gemeinsam vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und der Bertelsmann Stiftung durchgeführt wird. Die Umfrage, die Teil eines groß angelegten bevölkerungsrepräsentativen Umfrage-Panels ist, in dessen Rahmen die Bertelsmann Stiftung mit dem WZB seit April 2019 regelmäßig politische Einstellungen und Stimmungslagen erhebt, wurde im Auftrag der Bertelsmann Stiftung von YouGov Deutschland in einer Befragungswelle im Juni 2020 durchgeführt. Hierfür wurden insgesamt 10.055 Personen befragt.

Das Listenexperiment zur sozialen Erwünschtheit von Populismus sowie die Conjoint-Analysen basieren auf einer Nachbefragung, die im August 2020 – ebenfalls von YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung – durchgeführt wurde. Dazu wurden die Teilnehmer der Umfrage vom Juni 2020 erneut eingeladen. In Summe sind 5.030 Befragte dieser Einladung gefolgt. Für weitere Details zu den im Populismusbarometer 2020 analysierten Umfragen vgl. den „Methodischen Anhang" auf S. 82.

Die YouGov-Stichprobe wurde repräsentativ für die deutsche Wohnbevölkerung ab 18 Jahren nach Alter, Geschlecht, Bildung und Nielsen-Regionen (Mikrozensus) quotiert. Anschließend wurden die Daten zusätzlich nach Alter, Geschlecht, Bildung und Bundesländern gewichtet, um Unterschiede zwischen Stichprobe und deutscher Bevölkerung zu korrigieren. Die Umfrageergebnisse sind damit repräsentativ für die deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren. Die statistische Unsicherheit der Ergebnisse variiert je nach Analyse und ist in Teilen der Studie in Form von Konfidenzintervallen direkt ausgewiesen.

Zur besseren Lesbarkeit wurde die weibliche Sprachform nicht immer angeführt. In diesen Fällen gilt die männliche Sprachform gleichermaßen für alle Geschlechter.

Inhalt

Executive Summary 6

1. Wie populistisch sind die Deutschen? 17

Reichweite und Profil populistischer Einstellungen der deutschen Bevölkerung im Jahr 2020 17

2. Populismus im Meinungsstreit 43

Themen und Sachpositionen der populistischen und unpopulistischen Wählermobilisierung im Jahr 2020 43

3. Populismus an der Wahlurne 63

Parteipräferenzen und Wahlabsichten populistisch und unpopulistisch eingestellter Wahlberechtigter im Jahr 2020 63

Methodischer Anhang 82

Abbildungsverzeichnis 90

Literatur 92

Impressum 95

Executive Summary

Populismusbarometer 2020:

Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern im Jahr 2020

Trendwende im Meinungsklima: Umfang und Intensität populistischer Einstellungen sind stark rückläufig, vor allem in der politischen Mitte. Der abschwellende Populismus bringt die Populisten in die Defensive. Gleichzeitig steigen die Gefahren einer weiteren Radikalisierung am rechten Rand.

Aktuell sind nur noch etwa zwei von zehn Wahlberechtigten in Deutschland (20,9 Prozent) populistisch eingestellt. Das sind 11,8 Prozentpunkte oder etwas mehr als ein Drittel weniger als im November 2018 (32,8 Prozent). Zeigte sich Ende 2018 noch etwa jeder dritte Wähler populistisch eingestellt, ist es derzeit nur noch jeder fünfte. Ähnlich stark hat der Anteil unpopulistischer Wähler zugenommen: Nach 31,4 Prozent Ende 2018 zeigt sich im Populismusbarometer 2020 fast die Hälfte aller Wähler (47,1 Prozent) unpopulistisch. Der Anteil unpopulistischer Wähler ist damit sogar um genau die Hälfte angestiegen.

Auch die Intensität populistischer Einstellungen hat sich stark verringert. Vor allem in der politischen Mitte. Die Gegenmobilisierung des demokratischen Antipopulismus war auch eine antipopulistische Gegenmobilisierung der politischen Mitte. Gerade die politische Mitte zeigt sich in der Auseinandersetzung mit der populistischen Versuchung damit als lernfähig.

Die Corona-Krise hat die Trendwende im politischen Meinungsklima in Deutschland zwar stabilisiert und leicht verstärkt. Der Corona-Effekt hat sie jedoch weder ausgelöst, noch war sie ihr alleiniger Treiber. Die Trendwende war bereits deutlich vor Beginn der Krise geschafft. Treiber war dabei zum einen die nach 2018 deutlich verbesserte und inklusivere Regierungsarbeit. Zum anderen zeigen die Lerneffekte des demokratischen Antipopulismus in der Auseinandersetzung mit den Populisten erste Wirkung.

Gleichzeitig steigt die Gefahr der verbleibenden Populisten vor allem am rechten Rand. Erstes Anzeichen dafür ist ihre zunehmende Überlappung und Verschmelzung

mit rechtsextremistischen Einstellungen. Das betrifft vor allem die AfD, die sich von der lupenrein rechtspopulistischen Mobilisierungsbewegung der Jahre 2016/17 in die Richtung einer zunehmend von rechtsextremen Einstellungen geprägten Wählerpartei entwickelt.

Trendwende im Meinungsklima: Populistische Einstellungen stark rückläufig

Im Jahr der Bundestagswahl 2017 und im Jahr danach waren populistische Einstellungen unter Wählern in Deutschland weit verbreitet. 2017 waren etwa drei von zehn Wählern populistisch eingestellt. Ihr Populismus nahm im Jahr nach der Bundestagswahl nach Umfang und Intensität sogar noch einmal zu (Vehrkamp und Merkel 2018).

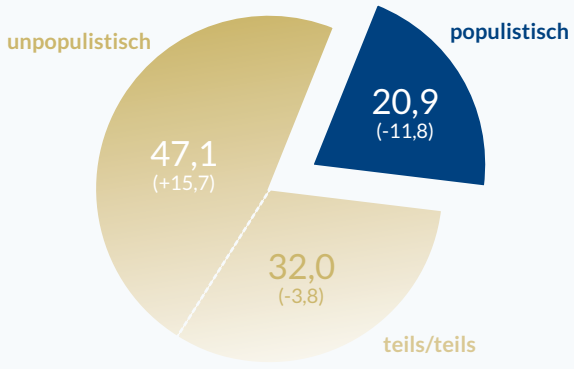
Aktuell sind nur noch etwa zwei von zehn Wahlberechtigten in Deutschland (20,9 Prozent) populistisch eingestellt. Das sind 11,8 Prozentpunkte oder etwas mehr als ein Drittel weniger als im November 2018 (32,8 Prozent). Oder anders formuliert: Zeigte sich Ende 2018 noch jeder dritte Wähler populistisch eingestellt, ist es derzeit nur noch jeder fünfte.

Ähnlich stark hat der Anteil unpopulistischer Wähler zugenommen. Nach 31,4 Prozent Ende 2018 zeigt sich im Populismusbarometer 2020 fast die Hälfte aller Wähler (47,1 Prozent) unpopulistisch. Der Anteil unpopulistischer Wähler ist damit sogar um genau die Hälfte angestiegen. Gleichzeitig ist die Gruppe der „teils/teils“ populistisch eingestellten Wähler um 3,8 Prozentpunkte auf nunmehr 32 Prozent zurückgegangen. Das verstärkt die Eindeutigkeit des Trends. Der Rückgang populistischer Einstellungen ist nicht nur mit einem ähnlich hohen Anstieg der „teils/teils“ populistisch eingestellten Wähler einhergegangen. Im Gegenteil: Die Zunahme des Anteils unpopulistischer Wähler ist sogar noch einmal deutlich stärker ausgefallen als die Abnahme des Anteils populistischer Wähler.

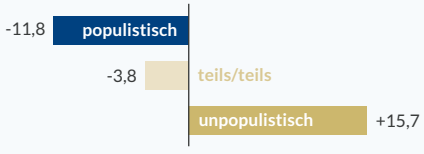
Aber nicht nur der Anteil populistisch eingestellter Wähler hat stark abgenommen. Auch die Intensität populistischer Einstellungen hat sich signifikant verringert. Im Vergleich zum Stand 2018 ist die Populismusneigung im Durchschnitt aller Wahlberechtigten auf der Populismusskala von 0 (unpopulistisch) bis 8 (populistisch) um 0,68 Skalenpunkte auf 4,66 gesunken. Das ist der mit Abstand niedrigste Stand seit der ersten Erhebung des Populismusbarometers im Frühjahr 2017. Auch das zeigt: Die Populisten sind in Deutschland wieder in die Defensive geraten.

Wie populistisch sind die Deutschen?

In Prozent aller Befragten



Veränderung zum Jahr 2018



Veränderungen zu November 2018 in Klammern
Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren (Fallzahl 2020: 10.055).

Quelle: infratest dimap und YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

BertelsmannStiftung

Nicht nur Corona: Populismus in der Defensive

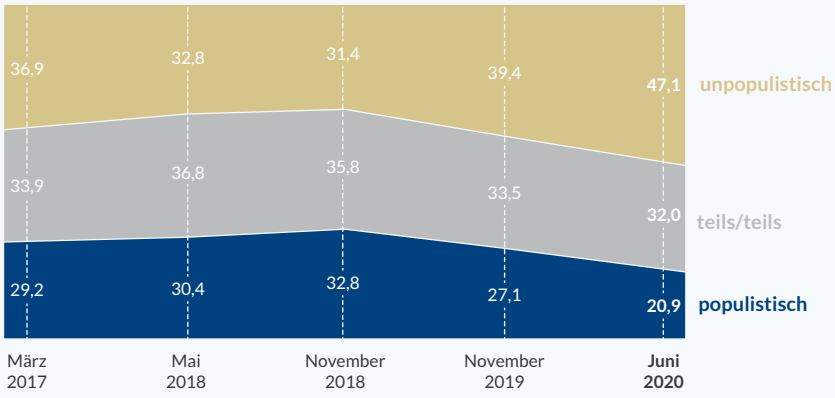
Diese Trendumkehr ist sicherlich auch ein Effekt der gestiegenen Politik- und Regierungszufriedenheit im bisherigen Verlauf der Corona-Krise – aber bei weitem nicht ausschließlich. Der antipopulistische Wandel des Meinungsklimas gelang bereits im Verlauf des Jahres 2019. Die Corona-Krise hat die Trendumkehr im Meinungsklima dann stabilisiert und verstärkt.

Das zeigt auch ein Vergleich der Populismuswerte im Zeitverlauf. Die fünf dargestellten Datenpunkte des Populismusbarometers zwischen März 2017 und Juni 2020 zeigen die populistische Aufladung des Meinungsklimas vor und nach der Bundestagswahl 2017: Während der Anteil populistisch eingestellter Wähler von 29,2 Prozent im März 2017 bis auf fast ein Drittel (32,8 Prozent) im November 2018 anstieg, sank im gleichen Zeitraum der Anteil der unpopulistischen Wähler von 36,9 Prozent auf nur noch 31,4 Prozent. Der bisherige Höhepunkt der populistischen Welle in Deutschland war damit Ende 2018 erreicht. Bis Ende 2019 lag der Anteil der Populisten bereits deutlich niedriger und der Anteil der Nicht-Populisten deutlich höher als im Vorfeld der Bundestagswahl 2017. Die Trendwende war gelungen und setzte sich mit Ausbruch der Corona-Krise im März 2020 weiter fort.

Ob sich der Trend auch ohne die Krise weiter verstärkt und fortgesetzt hätte, muss Spekulation bleiben. Der Ausbruch, Verlauf und das politische Management der Krise haben den Trend auch sicherlich ge- und verstärkt. Die „Rückkehr des Vertrauens“ (Vehrkamp und Bischoff 2020b) in gutes, verlässliches und inklusives Regierungshandeln hat auch die Populisten noch stärker in die Defensive gebracht. Für die Lehren der vergangenen Jahre und den politischen Umgang mit Populisten ist aber wichtig festzuhalten, dass die Corona-Krise nicht der auslösende Faktor dafür war.

Populismus im Zeitverlauf

In Prozent aller Befragten



Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren (Fallzahl 2020: 10.055).

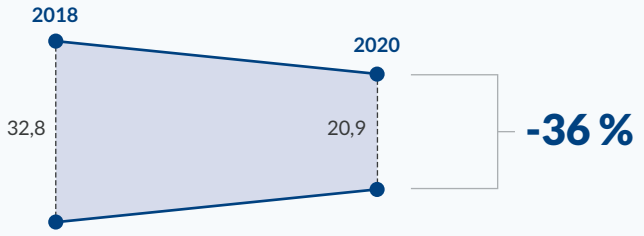
Quelle: infratest dimap und YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. | BertelsmannStiftung

Demokratischer Antipopulismus braucht also nicht zwangsläufig eine „große Krise“, sondern kann auch als demokratische Selbstbehauptung im Normalbetrieb gelingen. Dafür ist das Jahr 2019 ein gutes Beispiel. Die liberale Demokratie hat die populistische Mobilisierung mit einer demokratischen Gegenmobilisierung beantwortet – auch und gerade in der politischen Mitte. Die Gegenmobilisierung des demokratischen Antipopulismus war also auch eine antipopulistische Gegenbewegung aus der politischen Mitte.

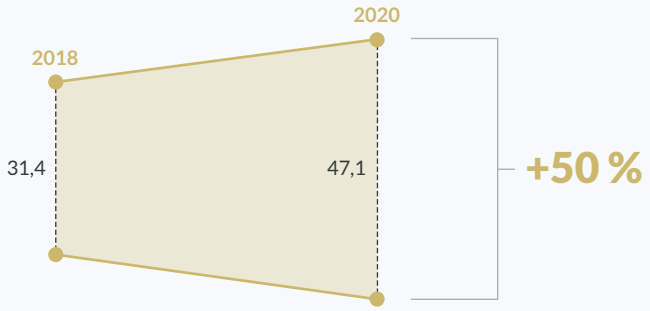
Populismus in der Defensive

In Prozent aller Befragten

Veränderung **populistisch** eingestellte Wahlberechtigte seit 2018



Veränderung **unpopulistisch** eingestellte Wahlberechtigte seit 2018



Veränderung in Prozent zu November 2018
Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren (Fallzahl 2020: 10.055).

Quelle: infratest dimap und YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. | BertelsmannStiftung

Abschwellender Populismus der politischen Mitte

Das ist vor allem deshalb besonders bemerkenswert, weil die politische Mitte in den letzten Jahren häufig und zu Recht als demokratisch instabil, brüchig und jedenfalls nicht resistent genug gegenüber populistischer und extremistischer Versuchungen beschrieben wurde (Zick et al. 2019; Decker und Brähler 2018). Auch im Populismusbarometer 2018 war einer der zentralen Befunde der „anschwellende Populismus in der politischen Mitte“. In keinem anderen Segment des deutschen

Elektorats fiel damals die Zunahme des Populismus so deutlich aus, wie in der politischen Mitte. Vor allem der rechtspopulistischen AfD war es gelungen, mit ihrem extremen Populismus auch in der politischen Mitte zu mobilisieren.

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass nun auch die antipopulistische Trendwende überdurchschnittlich stark aus der politischen Mitte gestützt und getrieben wird. Die politische Mitte zeigt sich damit heute deutlich widerstandsfähiger und populismusresistenter als noch im Umfeld der Bundestagswahl 2017. Der demokratische Antipopulismus und die antipopulistische Mobilisierung werden jedenfalls derzeit sehr stark auch aus der politischen Mitte der Wählerschaft gestützt und getrieben.

Der Anteil unpopulistischer Wahlberechtigter aus der politischen Mitte an allen Wählern ist von lediglich 27 Prozent im Mai 2018 um fast zwei Drittel auf inzwischen 44 Prozent gestiegen. Gleichzeitig hat sich der Anteil der Populisten in der politischen Mitte von 34 Prozent auf 23 Prozent verringert. Auffällig ist dabei vor allem der stark gestiegene Anteil der Nicht-Populisten: Ihr Anteil stieg in der politischen Mitte noch einmal deutlich stärker, als im Durchschnitt aller Wähler. Während der Anstieg im Durchschnitt aller Wähler bereits bei 50 Prozent lag, liegt er in der politischen Mitte bei etwa 70 Prozent.

Auch und gerade die politische Mitte zeigt sich damit in der Auseinandersetzung mit der populistischen Versuchung als lernfähig, aktiv und zunehmend resistent. Sie erweist sich inzwischen als Stabilisator und Treiber eines sich wieder abkühlenden populistischen Meinungsklimas in Deutschland.

Deutlich populismusresistenter: Das Parteiensystem vor der Bundestagswahl 2021

Das zeigt auch die Analyse in Bezug auf die Wähler der Parteien in der politischen Mitte. Ihr Populismus ist nach Umfang und Intensität stark zurückgegangen. Ein weiteres Abgleiten der Unionsparteien und der FDP ins populistische Wählersegment ist damit vorerst gestoppt. Die drei Parteien der bürgerlichen Mitte sind damit wieder fest im unpopulistischen Wählersegment leicht rechts von der politischen Mitte verankert.

Im Gesamtbild aller Parteien zeigt sich erstmals seit 2017 ein deutlich unterdurchschnittlich populistischer Block aller fünf Parteien leicht links und rechts von der politischen Mitte (CDU/CSU, die Grünen, SPD und FDP). Dieser unpopulistische Block der etablierten Parteien der politischen Mitte steht derzeit für etwas mehr als 80 Prozent aller Wähler. Auch der Populismus der politischen Ränder ist deutlich schwächer ausgeprägt als noch 2017/18.

Eines der wichtigsten Ergebnisse des Populismusbarometer 2018 war die schleichende Zunahme populistischer Einstellungen in der bürgerlichen Mitte. Die Wähler von CDU/CSU und FDP hatten sich im Vergleich zum Wahljahr 2017 deutlich populistischer gezeigt. Diese Entwicklung hat sich im Jahr vor der Bundestagswahl 2021

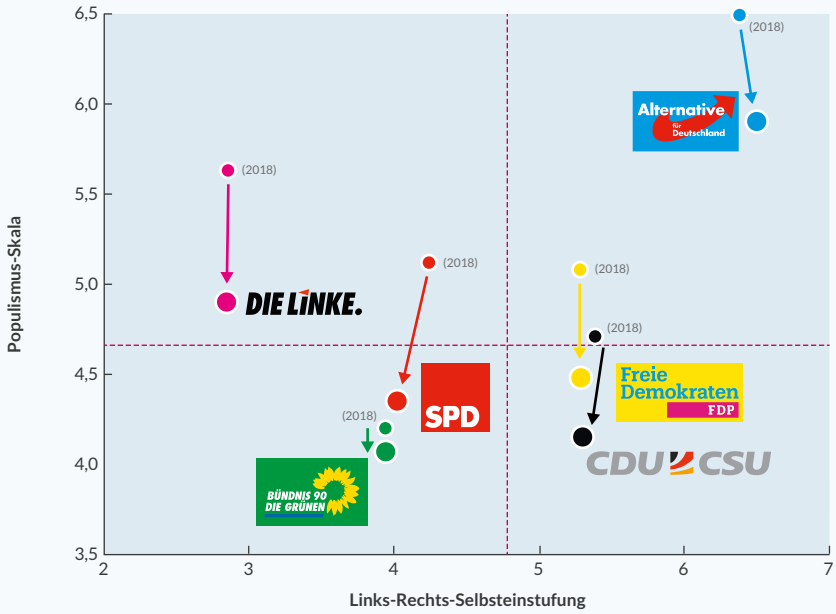
wieder korrigiert: Die Wähler der bürgerlichen Mitte zeigen sich im Populismusbarometer 2020 sogar noch weniger populistisch als im Wahljahr 2017. Ihr Ausflug in populistischere Gefilde scheint damit vorerst beendet. Die Versuchung der beiden bürgerlichen Parteien, dem Populismus der AfD zu folgen, ihn nachzuahmen oder sich zumindest rhetorisch ihm anzupassen, wurde als Irrweg erkannt und korrigiert.

Die linksliberale Mitte der Wähler in Deutschland hatte sich der populistischen Aufladung des Meinungsklimas in Deutschland bereits vor und nach der Bundestagswahl 2017 sehr weitgehend entzogen. Die Wähler der Grünen bleiben auch im Jahr 2020 die am wenigsten populistisch eingestellten von allen Parteien in Deutschland, und die Skalenwerte der SPD zeigen eine sogar leicht überdurchschnittliche Abnahme im Grad des Populismus ihrer Wähler. Auch die Wähler der Linkspartei zeigen sich derzeit weniger links und inzwischen auch weniger populistisch. Das führt zu einer gewissen Annäherung an die entsprechenden Verortungen von SPD und Grünen.

Die Parteienlandschaft in Deutschland zeigt sich damit im Jahr vor der Bundestagswahl 2021 deutlich populismusresistenter als vor und nach der Bundestagswahl 2017.

Wähler der Parteien nach Populismus und Links-Rechts-Orientierung

Signifikante Veränderungen zu 2018 sind durch Pfeile dargestellt.



Anmerkung: Punkte zeigen Durchschnitt für Wähler der Parteien; gestrichelte rote Linien zeigen Durchschnitt aller Wahlberechtigten im Jahr 2020.

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren (Fallzahl 2020: 7.924).

Quelle: infratest dimap und YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. | BertelsmannStiftung

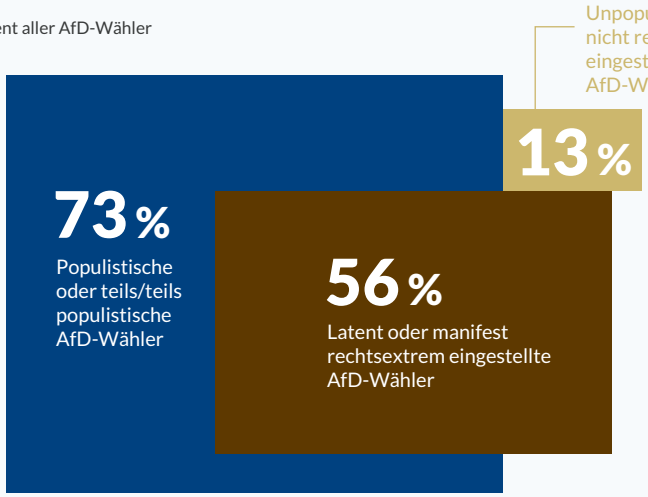
AfD: Zunehmende Dominanz rechtsextremer Einstellungen

Extremer Ausreißer in der deutschen Parteienlandschaft bleibt auch im Jahr 2020 die AfD. Sie besetzt auch weiterhin im rechtspopulistischen Segment der Wählerschaft eine Position, die nach Populismusneigung und ideologischer Orientierung mit Abstand am weitesten von allen anderen Parteien und vom Durchschnitt aller Wahlberechtigten entfernt ist. Mit einem Wert von 5,9 beim Populismus und von 6,5 bei der Rechtsorientierung hat die AfD ihr Alleinstellungsmerkmal als extrem rechtspopulistische Partei sogar noch einmal verstärkt.

Schon deshalb ist ein genauerer Blick auf die Ausprägung, den Grad und die Radikalität ihrer rechten Einstellungen interessant. Wie rechtsextrem eingestellt sind die Wähler der AfD?

Populismus und rechtsextreme Einstellungen der AfD-Wähler

In Prozent aller AfD-Wähler



Grundgesamtheit: AfD-Wähler nach Sonntagsfrage (Fallzahl: 1.115).

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

BertelsmannStiftung

Eine deutliche Mehrheit (56 Prozent) aller AfD-Wähler ist entweder latent rechtsextrem (27 Prozent) oder sogar manifest rechtsextrem (29 Prozent) eingestellt. Gleichzeitig sind 73 Prozent aller AfD-Wähler entweder klar populistisch (38 Prozent) oder zumindest teils/teils populistisch (35 Prozent) eingestellt. Der Anteil unpopulistisch und zugleich nicht rechtsextrem eingestellter Wähler liegt bei der AfD bei lediglich 13 Prozent. Fast neun von zehn AfD-Wählern (87 Prozent) vertreten also entweder sehr deutlich oder zumindest latent populistische und/oder rechtsextreme Einstellungen.

Zusammenfassend zeigt das: Nicht nur als rechtspopulistische Mobilisierungsbewegung, sondern auch als eine von zumindest latent rechtsextremen Einstellungen geprägte Wählerpartei hat die AfD im Deutschen Bundestag ein

Alleinstellungsmerkmal. Und je stärker der Populismus abflaut, sowie populistische Wähler aus der Mitte zu den etablierten Parteien zurückkehren, umso dominanter werden unter den AfD-Wählern die rechtsextremen Einstellungen.

Keine Alternative für Deutschland

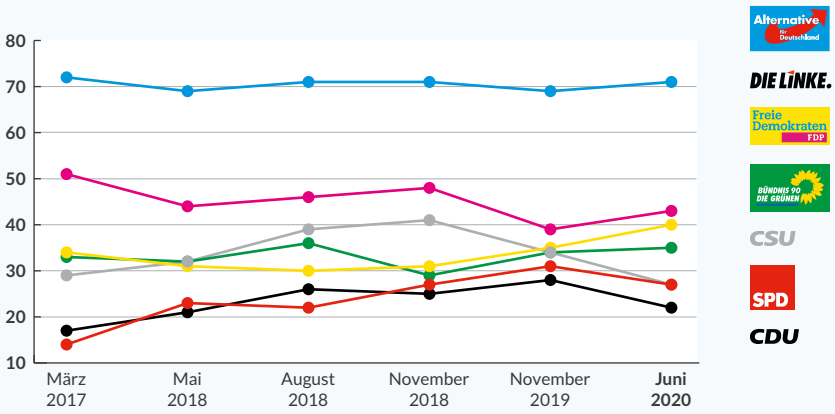
Besonders auffällig ist bei der AfD auch, dass sich ihre enorm hohen Ablehnungswerte durch den Einzug in den Deutschen Bundestag überhaupt nicht verbessert haben. Mit 71 Prozent Ablehnung unter allen deutschen Wählern liegt ihre negative Parteiidentität fast auf dem Niveau vom März 2017. Sechs Monate später gelang ihr bei der Bundestagswahl 2017 erstmals der Einzug in den Bundestag. Dennoch führten die parlamentarische Etablierung und Präsenz der AfD nicht zu einer Verbesserung ihrer Ablehnungswerte. Noch immer halten mehr als sieben von zehn Wählern in Deutschland „sehr wenig“ von der AfD, würden sie also mit großer Wahrscheinlichkeit auch in der nächsten Zeit auf keinen Fall wählen.

Anders zeigt sich das Bild für die Linkspartei: Sie lag im März 2017 noch bei 51 Prozent Ablehnung, konnte diesen Wert aber auf inzwischen etwa gut 40 Prozent reduzieren. Die Linke lag damit im Juni 2020 in etwa gleichauf mit der FDP.

Die FDP lag noch Ende 2018 mit etwa 30 Prozent Ablehnung bei allen Wählern in einer sehr engen Bandbreite mit der SPD, den Grünen und den Unionsparteien. Danach sind ihre Ablehnungswerte um ein Drittel auf derzeit 40 Prozent gestiegen, was vor allem auf ihr Verhalten nach der Landtagswahl in Thüringen zurückzuführen sein dürfte.

Negative Parteiidentitäten im Zeitverlauf

In Prozent aller Befragten



Anmerkung: Anteil der Befragten, die für die Partei angegeben haben „sehr wenig“ von ihr zu halten.
Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren.

Quelle: infratest dimap und YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. | BertelsmannStiftung

Das erging den Parteien der Großen Koalition anders: Erst am aktuellen Rand konnten die Regierungsparteien im Zuge ihres Regierungsmanagements der Corona-Pandemie ihre Werte wieder etwas verbessern.

Prägend für das Bild der negativen Parteiidentitäten in Deutschland bleibt aber die extrem tiefe und stabile „gläserne Decke“ für die AfD.

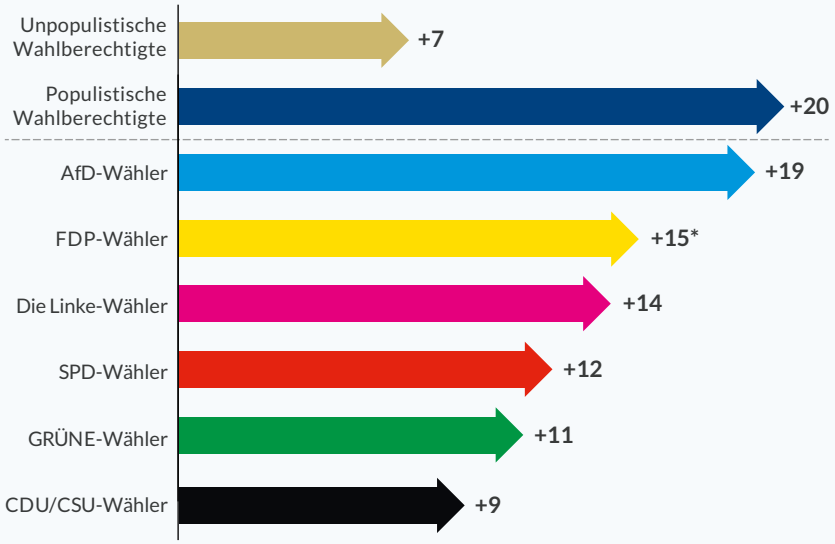
„Mehr direkte Demokratie“ als Mobilisierungschance

Wer ein Thema sucht, mit dem Populisten und Nicht-Populisten in der deutschen Wählerschaft zugleich angesprochen und mobilisiert werden können, liegt mit „mehr direkter Demokratie“ richtig: auch im anstehenden Bundestagswahlkampf 2021.

Die sehr breite Wählerzustimmung zu „mehr direkter Demokratie“ zeigt die entsprechenden Zustimmungswerte bei den Wählern aller Parteien. In einer Bandbreite von neun bis 19 Prozentpunkten liegen die Werte für die Parteien alle zwischen den Werten für die Nicht-Populisten und Populisten und mindestens um ein knappes Drittel oberhalb des Wertes für die Nicht-Populisten.

„Mehr direkte Demokratie“ als neue Mobilisierungschance

Verbesserung der Zustimmung für einen Kandidaten, der sich „für viel mehr Volksabstimmungen“ einsetzt



Mobilisierungseffekt in Prozentpunkten gegenüber der Basisposition „Ist für viel weniger Volksabstimmungen“.

*Anmerkung: Die statistische Unsicherheit des Effekts für FDP-Wähler fällt aufgrund einer kleineren Anzahl an Befragten größer aus.

Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren im Jahr 2020.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

BertelsmannStiftung

Zwar zeigen sich damit deutliche Unterschiede zwischen den Parteien. Aber dennoch birgt das Thema „mehr direkte Demokratie“ für alle Parteien positive Zustimmungs- und Mobilisierungseffekte. Es gibt also bei den Wählern eine größtmögliche Koalition für „mehr direkte Demokratie“. Das spricht dafür, dass alle Parteien damit auch im kommenden Bundestagswahlkampf 2021 punkten könnten.

Trendwende: Populistische Einstellungen stark rückläufig

Ende 2018 haben wir an dieser Stelle vor dem weiter anschwellenden Populismus gewarnt. Die populistische Aufladung des politischen Meinungsklimas hatte ihren Höhepunkt erreicht. Unser Argument damals: Populismus ist in Demokratien immer ein Symptom. Er ist nie ohne Grund erfolgreich. Erfolgreicher Antipopulismus müsse also neue Lösungen finden, Brücken schlagen, neu entstandene Konfliktlinien überwinden, Repräsentationslücken schließen, Identitätspolitiken transformieren und Responsivitätsdefizite verringern (Vehrkamp und Merkel 2018).

Ist das gelungen? Zeigt der abschwellende Populismus in Deutschland, dass demokratischer Antipopulismus funktioniert? Zeigt die demokratische Selbstbehauptung und Selbstkorrektur Wirkung?

Zumindest teilweise: Das inklusivere Regieren und sozial responsivere Regierungshandeln seit Überwindung der Regierungskrisen 2017/18 zeigt Wirkung. Die restriktive Migrationspolitik der Großen Koalition hat die Mobilisierungskraft der Migrations- und Flüchtlingsfrage geschwächt. Die Große Koalition arbeitet seit Anfang 2019 besser als ihr bis dahin zu Recht schlechter Ruf. Sozioökonomische Fragen rücken stärker in den Vordergrund. Ein bislang bei vielen Menschen anerkanntes Krisenmanagement in der Corona-Pandemie hat das verstärkt. Der fahrlässig verspätete antipopulistische Reflex aus den Parteien der bürgerlichen Mitte zeigt ebenfalls Wirkung. Die öffentliche und mediale Auseinandersetzung mit dem Populismus hat sich verbessert. Weniger ausschließende Arroganz und kosmopolitische Überheblichkeit in dieser Auseinandersetzung würde ihre Wirkung noch verstärken.

Darüber hinaus verringert der abschwellende Populismus der Mitte das Mobilisierungspotential des Rechtspopulismus und hinterlässt eine zunehmend rechtsextrem eingestellte AfD. Aus der rechtspopulistischen Mobilisierungsbewegung der Jahre 2017/18 wird eine zunehmend von rechtsextremen Einstellungen geprägte Wählerpartei. Der Aufstieg des Rechtspopulismus ist vorerst gebrochen. Vieles deutet auf eine Trendumkehr hin.

Für eine Abschlussbilanz ist es aber noch viel zu früh. Die populistische Welle ist in Deutschland zwar gebrochen aber noch nicht verebbt. In anderen Ländern hinterlässt sie autoritär versehrte Demokratien, auch in Europa. Die populistische Versuchung bleibt auch bei uns latent.

Was ist Populismus?

Nachstehend einige Aussagen zu Politik und Gesellschaft. Bitte geben Sie für jede Aussage an, inwieweit Sie dieser zustimmen:

	POPULISTISCH EINGESTELLT			
	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu
1. Die Bürger sind sich oft einig, aber die Politiker verfolgen ganz andere Ziele.	*oder*			
2. Mir wäre es lieber, von einem einfachen Bürger politisch vertreten zu werden als von einem Politiker.	*oder*			
3. Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.	*oder*			
4. Die politischen Differenzen zwischen den Bürgern und Politikern sind größer als die Differenzen der Bürger untereinander.	*oder*			
5. Wichtige Fragen sollten nicht von Parlamenten, sondern in Volksabstimmungen entschieden werden.	*oder*			
6. Die Politiker im Bundestag sollten immer dem Willen der Bürger folgen.	*oder*			
7. Die Bürger in Deutschland sind sich im Prinzip einig darüber, was politisch passieren muss.	*oder*			
8. Was man in der Politik „Kompromiss" nennt, ist in Wirklichkeit nichts Anderes als ein Verrat der eigenen Prinzipien.	*oder*			

Quelle: Eigene Items sowie Items aus Hawkins et al. (2012) und Akkerman et al. (2013).

BertelsmannStiftung

KURZ ERKLÄRT: Populismus als eine bestimmte Idee von Demokratie ist definiert durch die Unterscheidung zwischen einem „wahren Volk" und „korrupten Eliten", die Idee eines allgemeinen Volkswillens und die Idee gesellschaftlicher Homogenität. Daraus ergeben sich die drei konstituierenden Dimensionen von Populismus: „Anti-Establishment", „Pro-Volkssouveränität" und „Anti-Pluralismus". In diesen drei Dimensionen lassen sich populistische Einstellungen auch empirisch durch Umfragen messen: Je stärker Wähler Aussagen und Positionen vertreten, die den drei Populismus-Dimensionen entsprechen, umso populistischer sind sie. Die im Populismusbarometer verwendeten acht Items zur Identifikation von Populismus wurden in zahlreichen Studien entwickelt und getestet (z.B. Akkerman et al. 2013; Hawkins et al. 2012). Sie werden heute in dieser oder ähnlicher Form als weithin akzeptierter methodischer Standard zur vergleichenden Messung populistischer Einstellungen verwendet (Rovira Kaltwasser 2017; Van Hauwaert und van Kessel 2018). Wichtig für das Verständnis von Populismus ist, dass keine der drei Dimensionen alleine hinreichend ist für die Identifikation populistischer Einstellungen. Alle drei Dimensionen sind notwendige Bedingungen für Populismus und müssen gleichzeitig erfüllt sein. Gleiches gilt auch für die acht verschiedenen Items: Nur im gleichzeitigen Zusammenspiel wird aus den einzelnen Aussagen ein insgesamt populistisches Demokratie- und Politikverständnis. Deshalb gilt in unserem Populismusbarometer nur derjenige als „populistisch", der allen acht Aussagen „voll und ganz" oder „eher" zustimmt. Befragte, die mindestens einer Aussage „überhaupt nicht" zustimmen, oder mindestens der Hälfte der acht Aussagen „eher nicht" zustimmen, werden dagegen als unpopulistisch eingestellt bezeichnet. Alle anderen Befragten sind weder populistisch noch unpopulistisch eingestellt und fallen in die Kategorie „teils/teils".

1. Wie populistisch sind die Deutschen?

Reichweite und Profil populistischer Einstellungen der deutschen Bevölkerung im Jahr 2020

Im politischen Klima in Deutschland ist eine deutliche Trendwende zu verzeichnen: Umfang und Intensität populistischer Einstellungen sind seit 2019 stark rückläufig, vor allem in der politischen Mitte. Der abschwellende Populismus bringt die Populisten in die Defensive.

Aktuell sind nur noch etwa zwei von zehn Wahlberechtigten in Deutschland (20,9 Prozent) populistisch eingestellt. Das sind 11,8 Prozentpunkte oder etwas mehr als ein Drittel weniger als im November 2018 (32,8 Prozent). Zeigte sich Ende 2018 noch etwa jeder dritte Wähler populistisch eingestellt, ist es derzeit nur noch jeder fünfte. Ähnlich stark hat der Anteil unpopulistischer Wähler zugenommen. Nach 31,4 Prozent Ende 2018 zeigt sich im Populismusbarometer 2020 fast die Hälfte aller Wähler (47,1 Prozent) unpopulistisch. Der Anteil unpopulistischer Wähler ist damit sogar um genau die Hälfte angestiegen.

Die Corona-Krise hat die Trendwende im politischen Meinungsklima in Deutschland zwar stabilisiert und leicht verstärkt. Der Corona-Effekt hat sie jedoch weder ausgelöst, noch war sie ihr alleiniger Treiber. Die Trendwende war bereits deutlich vor Beginn der Krise geschafft. Treiber war dabei zum einen die nach 2018 deutlich verbesserte und inklusivere Regierungsarbeit. Zum anderen zeigen die Lerneffekte des demokratischen Antipopulismus in der Auseinandersetzung mit den Populisten erste Wirkung.

Die Verteilung populistischer Einstellungen bleibt – wie in den Vorjahren – sozial gespalten: Je geringer die formale Bildung und das Einkommen, umso größer ist der Anteil populistisch eingestellter Menschen. Nichtwähler bleiben häufiger populistisch eingestellt als Wähler und höher gebildete Wähler neigen auch weiterhin dazu, ihren Populismus zu übertreiben. Populistische Einstellungen erscheinen damit weiterhin zumindest für einige Menschen „sozial erwünscht“.

Gleichzeitig steigt die Gefahr einer Radikalisierung der verbleibenden Populisten am rechten Rand. Erstes Anzeichen dafür ist ihre zunehmende Überlappung und Verschmelzung mit rechtsextremistischen Einstellungen. Das betrifft vor allem die AfD, die sich von der lupenrein rechtspopulistischen Mobilisierungsbewegung der Jahre 2016/17 in die Richtung einer zunehmend von rechtsextremen Einstellungen geprägten Wählerpartei entwickelt.

IM FOKUS

Rechtsextreme Einstellungen bei AfD-Wählern

Als „dünne Ideologie“ ist Populismus eine illiberale Idee über Demokratie. Populisten denken anders, vor allem illiberaler und weniger pluralistisch über Demokratie als Nicht-Populisten. Auf der Ebene konkreter ideologisch-politischer Programme kann sich Populismus dann mit sehr unterschiedlichen „dicken“ oder „vollständigen“ Ideologien verbinden. Linkspopulisten vertreten programmatisch linke und Rechtspopulisten programmatisch rechte Überzeugungen und Einstellungen. Gemeinsam ist ihnen aber ihr populistisches Verständnis von Demokratie.

In Deutschland überwiegt der Rechtspopulismus und wird parteipolitisch durch die AfD verkörpert. Ihre Wähler sind mit großem Abstand am stärksten populistisch eingestellt und positionieren sich gleichzeitig ideologisch am weitesten rechts von der politischen Mitte (s. Kapitel 3 auf S. 63). Schon deshalb ist ein genauerer Blick auf die Ausprägung, den Grad und die Radikalität ihrer rechten Einstellungen interessant.

Wie rechtsextrem eingestellt sind die Wähler der AfD?

Die Ergebnisse im Populismusbarometer 2020 zeigen dazu ein sehr eindeutiges Bild: Eine deutliche Mehrheit (56 Prozent) aller AfD-Wähler ist entweder latent rechtsextrem (27 Prozent) oder sogar manifest rechtsextrem (29 Prozent) eingestellt. Gleichzeitig sind 73 Prozent aller AfD-Wähler entweder klar populistisch (38 Prozent) oder zumindest teils/teils populistisch (35 Prozent) eingestellt. Der Anteil unpopulistischer und zugleich nicht rechtsextrem eingestellter Wähler liegt bei der AfD bei lediglich 13 Prozent. Fast neun von zehn AfD-Wählern (87 Prozent) vertreten also entweder sehr deutlich oder zumindest latent populistische und/oder latent rechtsextreme Einstellungen.

Gemessen wurden die rechtsextremen Einstellungen anhand der insgesamt 18 Items eines forschungskonsensualen „Fragebogens rechtsextremer Einstellungen“. Der Fragebogen wurde 2002 von führenden deutschen Politikwissenschaftlern entwickelt und seitdem in zahlreichen Studien zur Messung rechtsextremer Einstellungen verwendet (Decker und Brähler 2018; Zick et al. 2019). Der Fragebogen definiert rechtsextreme Einstellungen „als Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen“ (Decker et al. 2012, S. 18; zit. nach Decker und Brähler 2018, S. 65). Die Liste mit den vollständigen Formulierungen aller 18 rechtsextremer Einstellungen findet sich im methodischen Anhang dieser Studie (S. 82).

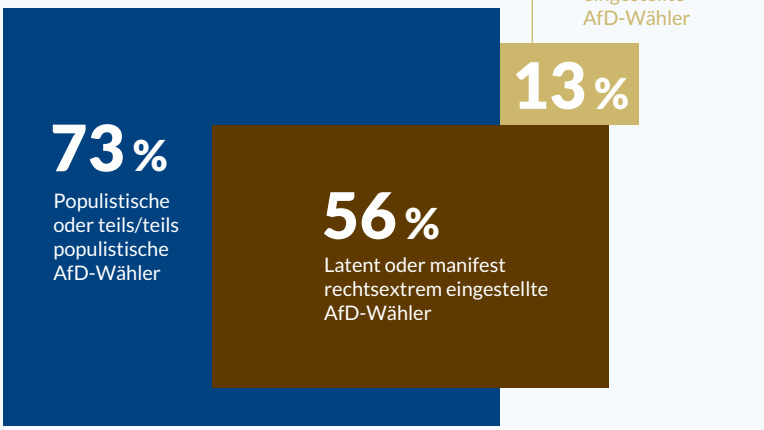
Wähler der AfD mehrheitlich rechtsextrem eingestellt

Was bedeuten diese Ergebnisse für die Charakterisierung der AfD aus der Perspektive ihrer Wähler?

Zunächst: Ihr Anteil manifest rechtsextremer Wähler (29 Prozent) ist etwa siebenmal so hoch wie im Durchschnitt der anderen Parteien, die mit ihren rechtsextremen Wählern im Durchschnitt noch nicht einmal die Fünf-Prozent-Hürde überschreiten würden. Im Vergleich mit den Wählern der Grünen (1,5 Prozent) hat die AfD sogar einen fast zwanzigfach höheren Anteil manifest rechtsextrem eingestellter Wähler. Die Anteile für die Wähler der anderen Parteien liegen bei 5,5 Prozent

Populismus und rechtsextreme Einstellungen der AfD-Wähler

In Prozent aller AfD-Wähler



Grundgesamtheit: AfD-Wähler nach Sonntagsfrage (Fallzahl: 1.115).

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

BertelsmannStiftung

für die CDU/CSU, 4,4 Prozent für die SPD, 4,9 Prozent für die Linke und 4,7 Prozent für die FDP.

Darüber hinaus: Ähnlich wie bei den meisten anderen extrem rechtspopulistischen Parteien in Europa dominiert unter den rechtsextremen Einstellungsmustern auch bei den AfD-Wählern ihre Fremdenfeindlichkeit. Deutlich mehr als neun von zehn aller AfD-Wähler (94 Prozent) sind zumindest latent fremdenfeindlich. Fast die gesamte Wählerschaft der AfD stimmt im Durchschnitt also entweder voll, überwiegend oder teilweise den Aussagen zu: „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen." „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken." Und „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet." Ebenfalls neun von zehn AfD-Wählern (90 Prozent) stimmen explizit oder zumindest teilweise chauvinistischen Aussagen zu. Antisemitische Einstellungen werden latent oder manifest von gut vier von zehn Wählern der AfD (42 Prozent) geteilt, sozialdarwinistische Einstellungen von knapp vier von zehn ihrer Wähler (39 Prozent) zumindest teilweise. Darüber hinaus befürworten 50 Prozent aller AfD-Wähler latent oder manifest eine rechtsgerichtete Diktatur, und 44 Prozent verharmlosen latent oder manifest den Nationalsozialismus.

Zusammenfassend zeigt dieses Bild:

Nicht nur als rechtspopulistische Mobilisierungsbewegung, sondern auch als eine von zumindest latent rechtsextremen Einstellungen geprägte Wählerpartei hat die AfD im Deutschen Bundestag ein Alleinstellungsmerkmal. Und je stärker der Populismus abflaut und populistische Wähler aus der Mitte wieder zu den etablierten Parteien zurückkehren, umso dominanter werden unter ihren Wählern die rechtsextremen Einstellungen.

Auch als Wählerpartei driftet die AfD immer tiefer hinein in das rechtsextreme Wählersegment. Ihr ideologisches Wählerprofil bewegt sich derzeit eher in die Richtung der rechtsextremen NPD als in die Richtung der drei bürgerlichen Parteien leicht rechts von der politischen Mitte.

Was ist Populismus?

Populismus scheint sich zur Signatur der Demokratie im 21. Jahrhundert zu entwickeln. Seit der Wahl von Donald Trump, dem Brexit und dem Erstarken rechts- und linkspopulistischer Bewegungen auch in vielen Demokratien des Westens wird von einem neuen „Zeitalter des Populismus" gesprochen. Populismus ist zur zentralen Herausforderung für die Zukunft der liberalen Demokratien geworden.

Diese realpolitische Herausforderung spiegelt sich auch in der Demokratieforschung und hat zu zahlreichen neuen Publikationen und einer Ausweitung der Forschungsanstrengungen geführt. Dadurch konnten zwar begriffliche Definitionen geschärft und das Verständnis und Wissen über die Erscheinungsformen und Ursachen von Populismus verbessert werden (Rovira Kaltwasser et al., The Oxford Handbook of Populism 2017), ohne dabei jedoch einen allgemein akzeptierten wissenschaftlichen Konsens zu erreichen. Wie in der öffentlichen Diskussion bleibt Populismus auch in der Wissenschaft ein vieldeutiger und unterschiedlich verwendeter Begriff. Und einem mühsam wachsenden wissenschaftlichen Konsens steht eine von eher beliebigen Zuschreibungen und Vorurteilen geprägte öffentliche Diskussion und politische Auseinandersetzung über Populismus gegenüber. Ralf Dahrendorf hat darauf verwiesen, dass die Grenze zwischen Demokratie und Populismus sowie zwischen Wahlkampfdebatte und Demagogie nicht immer leicht zu ziehen sei: „Es ist daher Vorsicht am Platze bei der Verwendung der Begriffe. Der Populismus-Vorwurf kann selbst populistisch sein, ein demagogischer Ersatz für Argumente" (Dahrendorf 2003, S. 156).

Was also ist Populismus? Wie lässt er sich eindeutig und aussagekräftig definieren, (wie) lässt er sich empirisch messen und welche Definitionen und Messkonzepte verwendet das hier vorgestellte Populismusbarometer, um festzustellen, wie populistisch die Deutschen sind?

Populismus wird heute meist entweder in einem weiteren Sinne definiert als ein soziokulturell geprägter politischer Stil (Jagers und Walgrave 2007; Ostiguy 2017), eine strategische Form der politischen Mobilisierung und Organisation (Roberts 2006; Weyland 2017) oder in einem spezifisch ideologischen Sinn als eine bestimmte Idee über Politik und Demokratie, deren Normen, Verfahren und Funktionsweise. Die empirische Forschung knüpft an diese ideologische Definition von Populismus an und beschreibt ihn als eine „dünne Ideologie" (Mudde 2004). Gemeint ist damit, dass Populismus vor allem ein bestimmtes Verständnis von Demokratie, ihren Verfahren und ihrer Funktionsweise ist, das nicht von vornherein mit einer klassischen politischen Weltanschauung (z. B. „links-liberal", „rechtsextrem") verbunden ist. Vielmehr lässt sich Populismus als „dünne Ideologie" mit sehr unterschiedlichen politischen Programmen und „dicken" beziehungsweise „vollständigen" Ideologien wie Sozialismus, Liberalismus oder Konservatismus verbinden (Mudde und Rovira Kaltwasser 2013; Stanley 2008).

Das Populismusbarometer folgt konzeptionell dem ideologischen Ansatz und definiert Populismus als ein bestimmtes Verständnis von Politik und Demokratie, ihrer Normen, Institutionen, Verfahren und Funktionsweisen. Das entspricht zum einen dem wachsenden Konsens zumindest der empirisch-vergleichenden Populismusforschung. Zum anderen erlaubt dieses Verständnis, das Phänomen des Populismus zu operationalisieren, durch Umfragen messbar zu machen und ermöglicht damit

auch Länder- und Zeitvergleiche. Darüber hinaus macht es durch konzeptionelle Klarheit auch für die öffentliche und politische Diskussion ein Angebot, die Beliebigkeit in der Verwendung des Begriffs Populismus zu reduzieren.

Populismus als eine bestimmte Idee von „Demokratie" ist definiert durch die Unterscheidung zwischen einem „wahren Volk" und „korrupten Eliten", die Idee eines allgemeinen Volkswillens, und die Idee gesellschaftlicher Homogenität. Daraus ergeben sich die drei konstituierenden Dimensionen von Populismus: „Anti-Establishment", „Pro-Volkssouveränität" und „Anti-Pluralismus".

Drei Dimensionen des Populismus

- Die „Anti-Establishment"-Dimension definiert Populismus als „eine Ideologie, welche die Gesellschaft (…) in zwei homogene und antagonistische Gruppen unterteilt, das reine Volk gegen die korrupten Eliten" (Mudde 2004, S. 543, übersetzt aus dem Englischen). Populisten argumentieren, dass die korrupten Eliten ihre eigenen Interessen gegen die wahren Interessen des reinen Volkes durchsetzen, als dessen Vertreter sie sich begreifen.

- Die „Pro-Volkssouveränität"-Dimension definiert Populismus darüber hinaus als Idee und Forderung einer direkten und unmittelbaren Herrschaft des Volkes („the people"), der sogenannten „Volkssouveränität" (Mair 2002; Meny und Surel 2002). Populisten fordern deshalb, dass wichtige Entscheidungen direkt vom Volk getroffen werden sollten, unmittelbar und ungefiltert durch die Institutionen der liberalen und repräsentativen Demokratie und unverfälscht durch elitäre und partikulare Parteiinteressen.

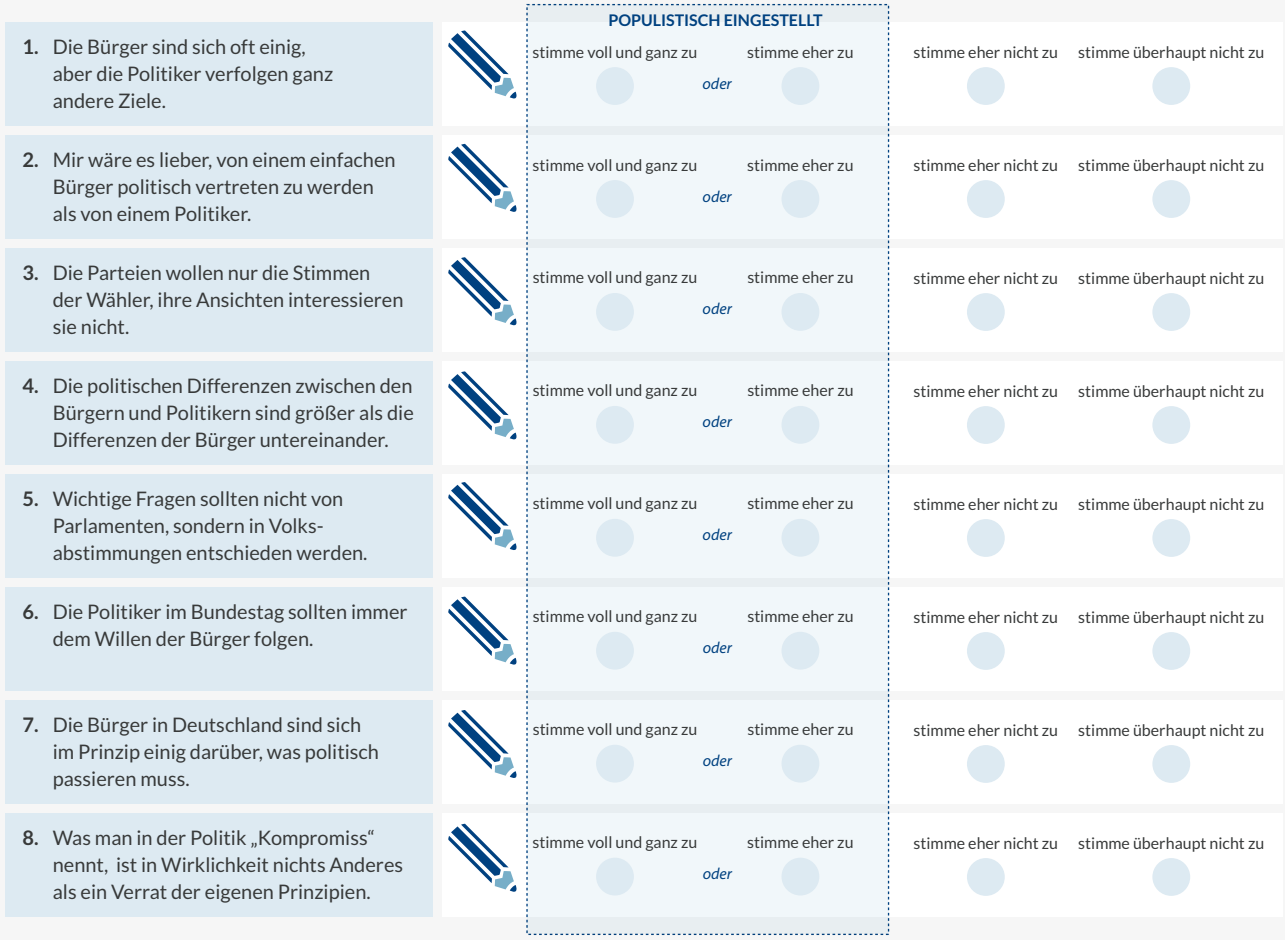
- Die „Anti-Pluralismus"-Dimension definiert Populismus schließlich als eine politische Idee von Homogenität sowohl der politischen Elite als auch des Volkes, die jeweils als homogene Einheit ohne Differenzierung in heterogene Gruppen oder Individuen gesehen werden (Müller 2016; Mudde 2017). Populisten begreifen gesellschaftliche Auseinandersetzungen deshalb als Konflikte zwischen dem „einen", guten und wahren Volk und dem „einen", korrupten und bösen Establishment.

In diesen drei Dimensionen lassen sich populistische Einstellungen auch empirisch durch Umfragen messen: Je stärker Wähler Aussagen und Positionen vertreten, die den „Anti-Establishment"-, „Pro-Volkssouveränität"- und „Anti-Pluralismus"-Dimensionen entsprechen, umso populistischer sind sie.

Der Grad populistischer Einstellungen wird im Populismusbarometer anhand der Zustimmung zu den folgenden acht typischen populistischen Einstellungen operationalisiert und gemessen:

ABBILDUNG 1 **Was ist Populismus?**

Nachstehend einige Aussagen zu Politik und Gesellschaft. Bitte geben Sie für jede Aussage an, inwieweit Sie dieser zustimmen:



Quelle: Eigene Items sowie Items aus Hawkins et al. (2012) und Akkerman et al. (2013).

BertelsmannStiftung

Die verwendeten acht Items zur Identifikation von Populismus wurden in zahlreichen Studien entwickelt und getestet (z.B. Akkerman et al. 2013; Hawkins et al. 2012). Sie werden heute in dieser oder ähnlicher Form als weithin akzeptierter methodischer Standard zur vergleichenden Messung populistischer Einstellungen verwendet (Rovira Kaltwasser 2017; Van Hauwaert und van Kessel 2018). Insofern entspricht das Messkonzept des Populismusbarometers dem Stand der Wissenschaft. Die ersten vier Aussagen stehen für den Gegensatz zwischen politischer Elite und Bürgern. Sie bilden die „Anti-Establishment“-Dimension des Populismus ab. Die letzten vier Aussagen stehen für die Idee der Bürger als homogene Einheit. Sie bilden die „Anti-Pluralismus“-Dimension des Populismus ab. Die Aussagen 2, 5 und 6 (von oben gezählt) betonen schließlich den Wunsch nach direkter Volksherrschaft durch Referenden und die Repräsentation durch „einfache Bürger“ anstatt durch Parteien und Politiker. Sie stehen für die „Pro-Volkssouveränität“-Dimension des Populismus.

Wichtig für das Verständnis von Populismus ist, dass keine der drei Dimensionen alleine hinreichend ist für die Identifikation populistischer Einstellungen (Wuttke et al. 2020). Alle drei Dimensionen sind notwendige Bedingungen für Populismus und müssen gleichzeitig erfüllt sein. Erst ihr Zusammenspiel formt den ideologischen Kern des Populismus als einer Ideologie der Demokratie, die von der Fiktion eines reinen Volkes – ausgestattet mit einem einheitlichen und wahren Volkswillen – ausgeht und gesellschaftliche Auseinandersetzungen als Konflikt zwischen diesem wahren Volkswillen und den egoistischen Interessen einer ebenso homogenen wie korrupten politischen Elite begreift.

Die gleiche Interdependenz gilt auch für die acht Items, die auf die drei Populismus-Dimensionen bezogen sind: So ist beispielsweise nicht der Wunsch nach mehr Volksabstimmungen (Item 5) alleine bereits populistisch. Aber die Forderung nach mehr direkter Demokratie wird populistisch, wenn sie gleichzeitig verbunden ist mit der anti-pluralistischen Fiktion eines einheitlichen Volkswillens (Item 7). Wie für die drei Dimensionen des Populismus gilt deshalb auch für die acht Populismus-Items: Nur im gleichzeitigen Zusammenspiel wird aus den einzelnen Aussagen ein insgesamt populistisches Demokratie- und Politikverständnis. Deshalb gilt in unserem Populismusbarometer nur derjenige als „Populist“, der allen acht Aussagen „voll und ganz“ oder „eher“ zustimmt. Befragte, die mindestens einer Aussage „überhaupt nicht“ zustimmen, oder mindestens der Hälfte der acht Aussagen „eher nicht“ zustimmen, werden dagegen als unpopulistisch eingestellt bezeichnet. Alle anderen Befragten sind weder populistisch noch unpopulistisch eingestellt, und fallen in die Kategorie „teils/teils“.

Ergänzend zum Grad ihrer populistischen Einstellung haben wir auch die ideologische Orientierung der Befragten gemessen. Dazu greifen wir auf die Selbsteinschätzung der Befragten auf einer Links-Rechts-Skala zurück, bei der sie ihren persönlichen Standpunkt auf einer Skala von 0 für „links“ und 10 für „rechts“ verorten können.

Entlang dieser Messkonzepte lassen sich die Reichweite, das Profil und die Veränderung populistischer Einstellungen im Zeitverlauf darstellen und analysieren. Wie lauten die Befunde des Populismusbarometer 2020? Wie populistisch sind die Deutschen, und was hat sich seit der Bundestagswahl 2017 und die Corona-Krise verändert? Sind die Deutschen unpopulistischer geworden oder populistischer? Und wie „moderat“ oder „radikal“ ist ihr Populismus? Dominiert der Populismus von rechts oder von links oder aus der politischen Mitte? Und ist der Populismus für die Demokratie in Deutschland eher eine Chance oder eine Gefahr?

Nicht nur Corona: Populistische Einstellungen seit 2019 stark rückläufig

Im Jahr der Bundestagswahl 2017 und im Jahr danach waren populistische Einstellungen unter Wählern in Deutschland weit verbreitet. 2017 waren etwa drei von zehn Wählern populistisch eingestellt. Ihr Populismus nahm im Jahr nach der Bundestagswahl nach Umfang und Intensität sogar noch einmal zu.

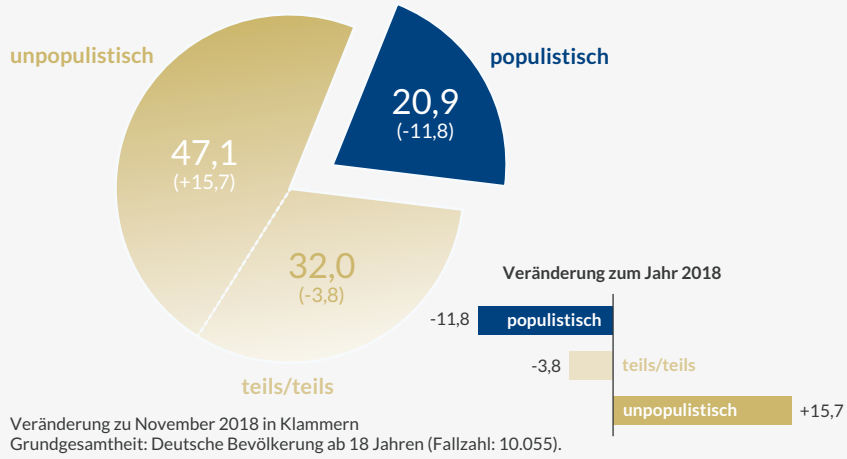
Dieser Trend eines zunehmend populistisch aufgeladenen Meinungsklimas in Deutschland ist gebrochen: Bereits seit 2019 gehen die populistischen Einstellungen

bei deutschen Wählern stark zurück. Der Populismus ist in Deutschland in die Defensive geraten. Das ist sicherlich auch ein Effekt der gestiegenen Politik- und Regierungszufriedenheit im bisherigen Verlauf der Corona-Krise (Vehrkamp und Bischoff 2020b; Brand et al. 2020), aber bei weitem nicht ausschließlich. Der antipopulistische Wandel des Meinungsklimas gelang bereits im Verlauf des Jahres 2019. Die Corona-Krise hat diese Trendumkehr dann stabilisiert und verstärkt.

Vergleicht man die aktuellen Werte aus dem Populismusbarometer 2020 mit den Vorjahren, zeigt sich das folgende Bild:

ABBILDUNG 2 **Wie populistisch sind die Deutschen?**

In Prozent aller Befragten



Veränderung zu November 2018 in Klammern
Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren (Fallzahl: 10.055).

Quelle: infratest dimap und YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

BertelsmannStiftung

Aktuell sind nur noch etwa zwei von zehn Wahlberechtigten in Deutschland (20,9 Prozent) populistisch eingestellt. Das sind 11,8 Prozentpunkte oder etwas mehr als ein Drittel weniger als im November 2018 (32,8 Prozent). Oder anders formuliert: Zeigte sich Ende 2018 noch jeder dritte Wähler populistisch eingestellt, ist es derzeit nur noch jeder fünfte.

Ähnlich stark hat der Anteil unpopulistischer Wähler zugenommen. Nach 31,4 Prozent Ende 2018 zeigt sich im Populismusbarometer 2020 fast die Hälfte aller Wähler (47,1 Prozent) als unpopulistisch. Der Anteil unpopulistischer Wähler ist damit um genau die Hälfte angestiegen (s. Abbildung 2). Gleichzeitig ist die Gruppe der „teils/teils“ populistisch eingestellten Wähler um 3,8 Prozentpunkte auf nunmehr 32 Prozent zurückgegangen. Das verstärkt die Eindeutigkeit des Trends. Der Rückgang populistischer Einstellungen ist nicht lediglich mit einem ähnlich hohen Anstieg der „teils/teils“ populistisch eingestellten Wähler einhergegangen. Im Gegenteil: Die Zunahme des Anteils unpopulistischer Wähler ist sogar noch einmal deutlich stärker ausgefallen als die Abnahme des Anteils populistischer Wähler.

Aber nicht nur der Anteil populistisch eingestellter Wähler hat stark abgenommen. Auch die Intensität populistischer Einstellungen hat sich signifikant verringert. Im Vergleich zum Stand Ende 2018 ist die Populismusneigung im Durchschnitt aller

Wahlberechtigten auf der Populismusskala von 0 (unpopulistisch) bis 8 (populistisch) um 0,68 Skalenpunkte auf 4,66 gesunken. Das ist der mit Abstand niedrigste Stand seit der ersten Erhebung des Populismusbarometers im Frühjahr 2017. Auch das zeigt: Die Populisten sind in Deutschland wieder in die Defensive geraten.

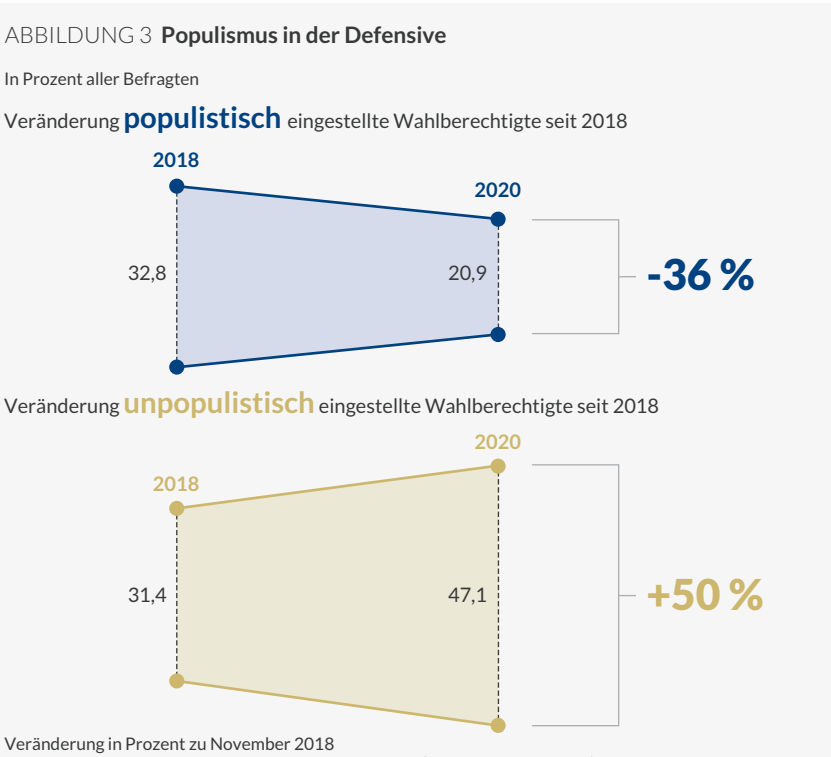
Populismus in der Defensive

Wie deutlich die Stimmungslage in Deutschland sich seit dem Höhepunkt der populistischen Aufheizung des politischen Meinungsklimas in Deutschland Ende 2018 wieder abgekühlt hat, verdeutlicht noch einmal der explizite Zeitpunktvergleich zwischen dem Höhepunkt der Populismuswelle Ende 2018 und dem aktuellen Stand heute. Ende 2018 waren fast genau ein Drittel aller Wahlberechtigten populistisch eingestellt. Jeder dritte Wahlberechtigte stimmte allen acht Testfragen über populistische Einstellungen entweder „voll und ganz“ oder „eher“ zu. Schon eine teilweise Ablehnung, nur eines einzigen der insgesamt acht verschiedenen Populismusitems, führt im Populismusbarometer dazu, nicht als populistisch, sondern als „teils/teils“ populistisch eingestellt zu gelten. Der Grad und die Intensität des Populismus in der Gruppe der populistisch eingestellten Wähler sind damit sehr hoch. Das Kriterium für Populisten ist im Populismusbarometer vergleichsweise streng formuliert: Wer allen acht Items zustimmt, ist sehr weitgehend und eindeutig populistisch gesinnt. Das traf Ende 2018 auf knapp ein Drittel der deutschen Wähler zu.

Der Zeitpunktvergleich verdeutlicht die fast erdrutschartige Veränderung des Meinungsklimas seit Ende 2018:

ABBILDUNG 3 **Populismus in der Defensive**

In Prozent aller Befragten



Veränderung in Prozent zu November 2018
Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren (Fallzahl 2020: 10.055).

Quelle: infratest dimap und YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. | BertelsmannStiftung

Die Verringerung des Anteils populistisch eingestellter Wähler von knapp einem Drittel (32,8 Prozent) Ende 2018 auf nur noch gut ein Fünftel (20,9 Prozent) entspricht einem Rückgang von mehr als einem Drittel (-36 Prozent). Im Populismusbarometer 2018 zeigte sich die weitere Aufheizung der populistischen Stimmung in einer Zunahme des Anteils der Populisten um 1,2 Prozentpunkte von 29,2 Prozent vor der Bundestagswahl 2017 auf 30,4 Prozent im Mai 2018, bei einem gleichzeitig abnehmenden Anteil unpopulistischer Wähler um 4,2 Prozentpunkte von 36,9 auf 32,8 Prozent (Vehrkamp und Wratil 2017; Vehrkamp und Merkel 2018). Schon diese vergleichsweise geringen Veränderungen waren in der Gesamttendenz statistisch signifikant und zeigten eine weitere Verschärfung des populistischen Meinungsklimas im Verlauf des Jahres 2018.

Verglichen damit kann die danach einsetzende Trendumkehr mit guten Gründen als erdrutschartig bezeichnet werden: Die zunehmende Dominanz populistischer Einstellungen ist gebrochen. Die Eigendynamik eines sich selbst verstärkenden Populismus ist gestoppt und in ihr Gegenteil verkehrt worden. Der prägende Meinungstrend ist nicht mehr populistisch gesinnt, sondern zeigt sich wieder deutlich unpopulistischer als im Umfeld der letzten Bundestagswahl.

Das zeigt in noch stärkerem Umfang auch der Anteil unpopulistischer Wähler: Nach dem bisher im Populismusbarometer niedrigsten Stand von nur noch weniger als einem Drittel (31,4 Prozent) unpopulistischer Wähler in Deutschland Ende 2018, ist ihr Anteil inzwischen wieder auf fast die Hälfte aller Wahlberechtigten (47,1 Prozent) angestiegen. Fast jeder zweite Wähler in Deutschland ist damit derzeit sehr klar und deutlich unpopulistisch eingestellt.

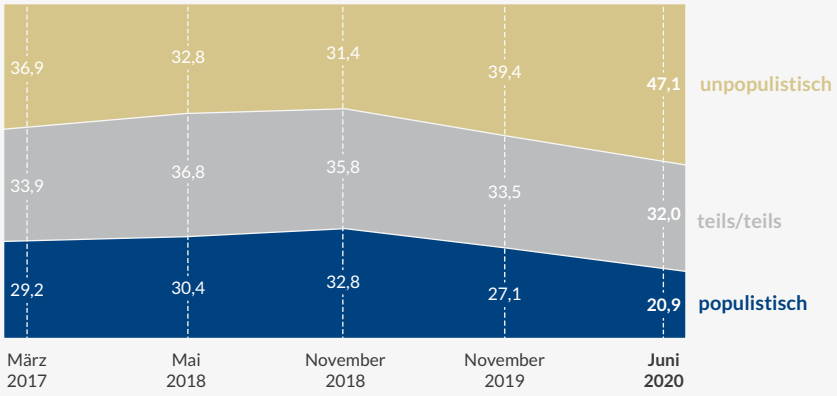
Die deutsche Bevölkerung zeigt sich damit im Jahr vor der Bundestagswahl 2021 sehr viel populismusresistenter als noch vor und nach der Bundestagswahl 2017.

Trendwende im Meinungsklima?

Das Bild einer Trendwende im politischen Meinungsklima ergibt sich auch aus dem Vergleich der Populismuswerte im Zeitverlauf. Die fünf dargestellten Datenpunkte des Populismusbarometers zwischen März 2017 und Juni 2020 zeigen zum einen die populistische Aufladung des Meinungsklimas vor und nach der Bundestagswahl 2017. Während der Anteil populistisch eingestellter Wähler von gut 29 Prozent im März 2017 bis auf fast ein Drittel (32,8 Prozent) im November 2018 anstieg, sank im gleichen Zeitraum der Anteil der unpopulistischen Wähler von 36,9 Prozent auf nur noch 31,4 Prozent. Der bisherige Höhepunkt der populistischen Welle in Deutschland war damit Ende 2018 erreicht. Zum anderen zeigen sie auch die Trendumkehr: Bis Ende 2019 lag der Anteil der Populisten bereits deutlich niedriger und der Anteil der Nicht-Populisten deutlich höher als im Vorfeld der Bundestagswahl 2017. Die Trendwende war gelungen und setzte sich mit Ausbruch der Corona-Krise im März 2020 weiter fort. Auffällig ist dabei der in Umfang und Intensität sehr konstante Wandel bereits im Verlauf des Jahres 2019. Zwar ist der Rückgang des Anteils populistischer Wähler in diesem Jahr noch einmal leicht stärker ausgefallen als im Verlauf des Jahres 2019. Der Unterschied in der Effektstärke bleibt aber marginal. Viel auffälliger sind die Konstanz und Gleichmäßigkeit eines stetig unpopulistischer werdenden Meinungsklimas der deutschen Wählerschaft.

ABBILDUNG 4 **Populismus im Zeitverlauf**

In Prozent aller Befragten



Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren (Fallzahl 2020: 10.055).

Quelle: infratest dimap und YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. | BertelsmannStiftung

Das Gesamtbild zeigt: Die Trendwende im Meinungsklima der deutschen Wähler setzte also bereits im Verlauf des Jahres 2019 ein und hält bis heute an. Sie wurde durch die Corona-Krise zwar stabilisiert und leicht verstärkt, aber durch den Corona-Effekt weder ausgelöst noch allein durch ihn getrieben. Die Trendwende war bereits deutlich vor Beginn der Krise geschafft. Etwa die Hälfte des Weges aus der populistischen Aufladung der Jahre 2017/18 war bereits Ende 2019, also ein halbes Jahr vor Beginn der Corona-Krise absolviert. Ob sich der Trend auch ohne die Krise weiter verstärkt und fortgesetzt hätte, muss aber Spekulation bleiben. Der Ausbruch, Verlauf und das politische Management der Krise haben den Trend auch sicherlich ge- und verstärkt. Die „Rückkehr des Vertrauens“ (Vehrkamp und Bischoff 2020b) in gutes, verlässliches und inklusives Regierungshandeln hat auch die Populisten noch stärker in die Defensive gebracht. Für die Lehren der vergangenen Jahre und den politischen Umgang mit Populisten ist aber wichtig festzuhalten, dass die Corona-Krise nicht der auslösende Faktor war. Der demokratische Antipopulismus hatte bereits vor Beginn der Krise eine Trendwende im politischen Meinungsklima geschafft, die dann durch die Corona-Krise stabilisiert und verstärkt worden ist. Sie ist aber bereits vor und ohne die Krise schon im Verlauf des Jahres 2019 im demokratischen Diskurs und einer zunehmend offensiven und konstruktiven Auseinandersetzung der etablierten Parteien und demokratischen Institutionen gelungen. Demokratischer Antipopulismus braucht also nicht zwangsläufig eine „große Krise“, sondern kann auch als demokratische Selbstbehauptung im Normalbetrieb gelingen. Dafür ist das Jahr 2019 jedenfalls ein sehr gutes Beispiel. Die liberale Demokratie hat auf die populistische Mobilisierung mit einer demokratischen Gegenmobilisierung geantwortet, auch und gerade aus der politischen Mitte heraus.

Abschwellender Populismus der politischen Mitte

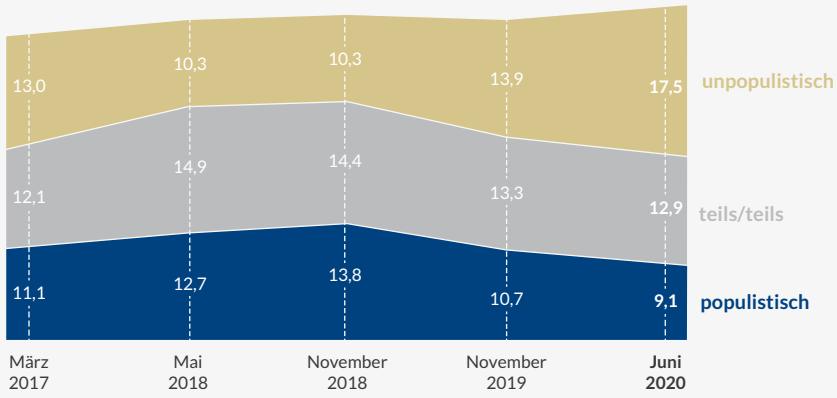
Die Gegenmobilisierung des demokratischen Antipopulismus war auch eine antipopulistische Gegenbewegung aus der politischen Mitte. Das ist vor allem deshalb besonders bemerkenswert, weil die politische Mitte in den letzten Jahren häufig

und zu Recht als demokratisch instabil, brüchig und jedenfalls nicht resistent genug gegenüber populistischer und extremistischer Versuchungen beschrieben wurde (Zick et al. 2019; Decker und Brähler 2018). Auch im Populismusbarometer 2018 war einer der zentralen Befunde der „anschwellende Populismus in der politischen Mitte“ (Vehrkamp und Merkel 2018). In keinem anderen Segment des deutschen Elektorats fiel damals die Zunahme des Populismus so deutlich aus wie in der politischen Mitte. Vor allem der rechtspopulistischen AfD war es gelungen, mit ihrem extremen Populismus auch in der politischen Mitte zu mobilisieren.

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass nun auch die antipopulistische Trendwende überdurchschnittlich stark aus der politischen Mitte gestützt und getrieben wird. Die politische Mitte zeigt sich damit heute deutlich widerstandsfähiger und populismusresistenter als noch im Umfeld der Bundestagswahl 2017. Der demokratische Antipopulismus und die antipopulistische Mobilisierung werden jedenfalls derzeit sehr stark auch aus der politischen Mitte der Wählerschaft gestützt und getrieben.

ABBILDUNG 5 **Populismus der Mitte im Zeitverlauf**

Anteile populistischer und unpopulistischer Wahlberechtigter aus der politischen Mitte in Prozent aller Befragten



Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren (Fallzahl 2020: 9.057).

Quelle: infratest dimap und YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. | BertelsmannStiftung

Der Anteil unpopulistischer Wahlberechtigter aus der politischen Mitte an allen Wahlberechtigten ist von lediglich noch einem Zehntel (10,3 Prozent) Ende 2018 um gut zwei Drittel auf 17,5 Prozent gestiegen. Gleichzeitig hat sich der Anteil der Populisten in der politischen Mitte von 13,8 Prozent aller Wähler auf nur noch 9,1 Prozent verringert. Auffällig ist dabei vor allem der stark gestiegene Anteil der Nicht-Populisten: Ihr Anteil stieg in der politischen Mitte noch einmal deutlich stärker an als im Durchschnitt aller Wahlberechtigter. Während der Anstieg im Durchschnitt aller Wähler bereits bei 50 Prozent lag, liegt er in der politischen Mitte sogar bei etwa 70 Prozent.

Auch und gerade die politische Mitte zeigt sich damit in der Auseinandersetzung mit der populistischen Versuchung als lernfähig, aktiv und zunehmend resistent. Sie erweist sich inzwischen als Stabilisator und Treiber eines sich wieder abkühlenden populistischen Meinungsklimas in Deutschland.

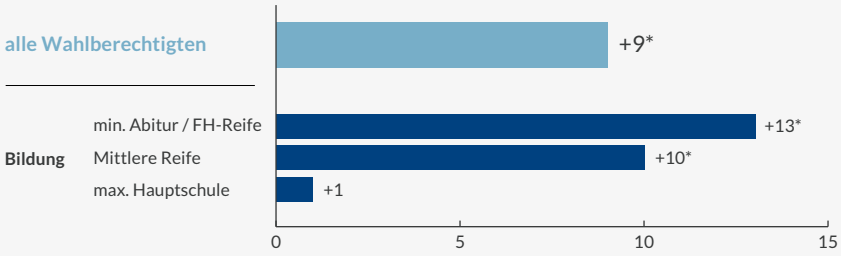
Populistische Einstellungen bleiben dennoch „populär“

Trotz der sehr deutlichen Trendwende im Meinungsklima bleiben populistische Einstellungen vor allem bei formal höher gebildeten Menschen noch immer „populär“. In Umfragen übertreiben sie ihren Populismus. Sie äußern sich populistischer, als es ihren eigentlichen Einstellungen entspricht. Ihr „wahrer“ Populismus ist also geringer als ihr „expressiver“ Populismus. Das kann als Hinweis auf die noch immer grassierende gesellschaftliche Erwünschtheit populistischer Einstellungen interpretiert werden. Aus der experimentellen Umfrageforschung ist bekannt, dass gerade höher gebildete Menschen sich in Umfragen gerne „sozial erwünscht“ äußern und positionieren. Sie vertreten in Umfragen Einstellungen, die sie in der Tendenz für politischen Mainstream und damit sozial erwünscht halten. Je gebildeter ein Befragter ist, umso besser durchschaut er diese Zusammenhänge und orientiert seine Antworten stärker als weniger gebildete Befragte an solchen vermuteten Mustern gesellschaftlicher Akzeptanz und Erwünschtheit. Ermitteln lassen sich solche Muster durch experimentelle Umfrageforschung, die auf einem Vergleich von „offen“ und „verdeckt“ geäußerten Einstellungen beruht und davon ausgeht, dass die „verdeckt oder geschützt“ geäußerten Präferenzen und Einstellungen näher an den wahren Einstellungen sind als an den „offen oder ungeschützt“ geäußerten.

Auch im Populismusbarometer 2020 zeigt sich bei diesem Umfrageexperiment ein noch immer signifikanter Übertreibungseffekt. Im Durchschnitt aller Befragten liegt dieser Übertreibungseffekt bei neun Prozentpunkten. Differenziert nach formalem Bildungsstand ist der Effekt allerdings nur für die beiden formal höheren Bildungsgruppen statistisch signifikant. Für die Wähler mit mindestens Abitur oder einer Fachhochschulreife liegt der Übertreibungseffekt bei 13 Prozentpunkten, für die Befragten mit mittlerer Reife bei zehn Prozentpunkten. Für die Wahlberechtigten mit maximal einem Hauptschulabschluss liegt er dagegen statistisch nicht signifikant bei lediglich einem Prozentpunkt.

ABBILDUNG 6 **Populärer Populismus – soziale Erwünschtheit populistischer Einstellungen**

In Prozentpunkten



Anmerkung: Werte sind durchschnittliche Abweichung zwischen Zustimmung zu einem Item aus direkter Frage und Listen-Experiment (gemittelt über drei Items).

Methode: Werte für „wahren“ Populismus sind ermittelt durch lineare Regressionen der Zählungen aus Listen-Experiment mit Dummy-Variable für „treatment list“; Statistische Signifikanz des Unterschieds basiert auf „difference-in-means“-Test; *p<0,01.

Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren im Jahr 2020.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

BertelsmannStiftung

Das Muster der populistischen Übertreibung entspricht damit dem aus der Umfrageforschung Bekanntem: Je höher gebildet die Menschen sind, umso eher neigen sie dazu sozial erwünscht zu antworten. Viele formal höher gebildete Menschen halten also populistische Einstellungen über Politik, Parteien und Demokratie noch immer für eher gesellschaftlich erwünscht. Das kann als Hinweis auf einen weiterhin zumindest latent vorhandenen Populismus bei denjenigen gedeutet werden, deren „wahre" Einstellungen eher unpopulistisch oder zumindest weniger populistisch sind als die im Umfrageexperiment offen artikulierten. Sie sind zwar eigentlich gar nicht oder nicht mehr wirklich populistisch eingestellt, halten es im öffentlichen Diskurs aber noch immer für opportun, sich populistischer zu artikulieren.

Im Gegensatz dazu liegt der Übertreibungseffekt bei formal gering gebildeten Wählern auf einem statistisch nicht signifikanten Niveau. Im Populismusbarometer 2018 war dagegen auch in dieser Bildungsgruppe zumindest bei einzelnen populistischen Einstellungen ein signifikanter Übertreibungseffekt erkennbar (Vehrkamp und Merkel 2018, S. 29). Auch wenn die verwendeten Items nicht vollständig identisch waren, ließ sich das im Jahr 2018 als ein weiterer Beleg für ein stark populistisch aufgeladenes Meinungsklima interpretieren. Sogar die formal weniger Gebildeten haben ihren ohnehin schon deutlich ausgeprägteren Populismus noch einmal weiter übertrieben. Zumindest dieser Effekt ist im Populismusbarometer 2020 nicht mehr nachweisbar (s. methodischer Anhang auf S. 82 für mehr Details).

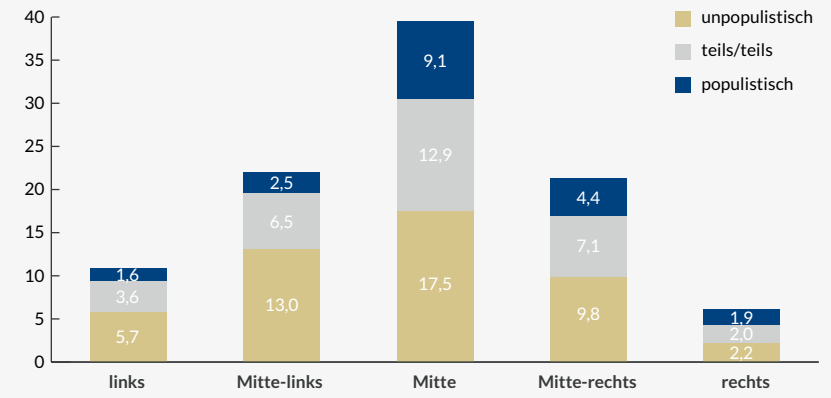
Extrem rechte Einstellungen zunehmend unpopulär

Im Populismusbarometer werden populistische Einstellungen zunächst unabhängig von der ideologischen Links-Rechts-Orientierung definiert und gemessen. Ideologische Selbstverortungen der Befragten auf der Links-Rechts-Skala von 0 (links) bis 10 (rechts) lassen dann allerdings auch Aussagen darüber zu, wie ideologisch links, rechts oder in der politischen Mitte Menschen mit populistischen Einstellungen sich verorten. Zur Vereinfachung der Zusammenhänge werden die Selbsteinschätzungen dabei in fünf Gruppen unterteilt: Selbstverortungen auf der Links-Rechts-Skala bei 0, 1 oder 2 bezeichnen wir als „links", bei 3 oder 4 als „Mitte-links", bei 5 als „Mitte", bei 6 oder 7 als „Mitte-rechts" und bei 8, 9 oder 10 als „rechts". In diesen Gruppen lässt sich dann analysieren, wie viele Befragte jeweils populistisch oder unpopulistisch eingestellt sind. Das zeigt die ideologische Prägung des Populismus und lässt Rückschlüsse darüber zu, wie relativ stark ausgeprägt populistische Einstellungen in den verschiedenen ideologischen Wählersegmenten sind.

Auch wenn sich der Populismus in der politischen Mitte stark rückläufig zeigt, gilt auch weiterhin: Populismus ist kein exklusives Phänomen der politischen Ränder. Etwas weniger als die Hälfte aller populistisch eingestellten Wähler verorten sich selbst in der politischen Mitte (9,1 Prozent). Trotz des insgesamt und in der politischen Mitte sogar leicht überdurchschnittlich rückläufigen Populismus bleiben populistische Einstellungen auch vor der Bundestagswahl 2021 dort sehr präsent. Mit einem fast doppelt so hohen Anteil von Nicht-Populisten (17,5 Prozent) zeigt sich die politische Mitte gleichzeitig aber auch deutlich resistenter gegen den Populismus als noch im Umfeld der Bundestagswahl 2017.

ABBILDUNG 7 **Populismus und Links-Rechts-Orientierung I**

In Prozent aller Befragten



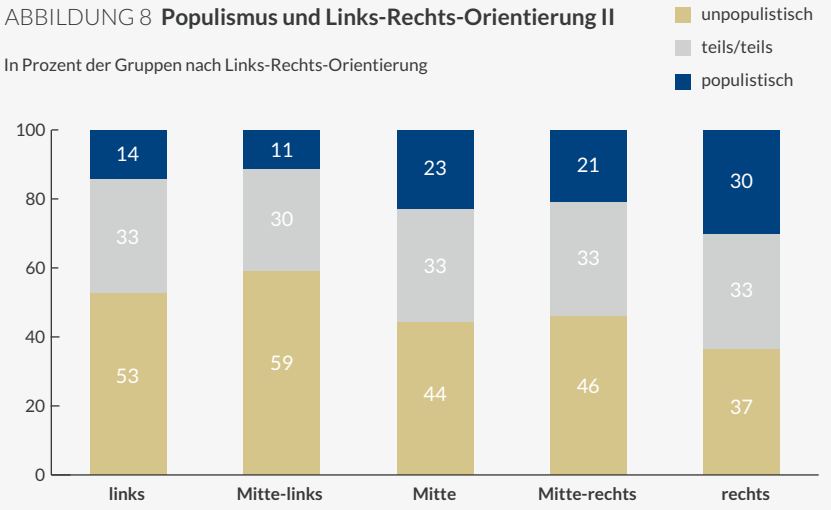
Anmerkung: Abweichungen in den summierten Populismusgruppen ergeben sich durch Befragte, die nicht auf der Links-Rechts-Skala verortet werden konnten.

Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren im Jahr 2020 (Fallzahl: 9.057).

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. | BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 8 **Populismus und Links-Rechts-Orientierung II**

In Prozent der Gruppen nach Links-Rechts-Orientierung



Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren im Jahr 2020 (Fallzahl: 9.057).

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. | BertelsmannStiftung

Noch deutlicher wird dieses Bild, wenn man die jeweiligen Anteile populistisch und unpopulistisch eingestellter Wähler als Anteile ihrer jeweiligen ideologischen Gruppen betrachtet. Für die politische Mitte zeigt sich dann, dass derzeit weniger als ein Viertel (23 Prozent) aller Wähler aus der politischen Mitte populistisch eingestellt sind. Im Vorjahr waren das noch 28 Prozent (–5 Prozentpunkte) und im Populismusbarometer 2018 sogar mehr als ein Drittel (34 Prozent). Noch stärker ist der Anstieg der Nicht-Populisten ausgefallen: Zeigten sich im Populismusbarometer

2018 nur noch gut ein Viertel (27 Prozent) aller Mitte-Wähler als Nicht-Populisten, sind es im Jahr 2020 mit 44 Prozent fast zwei Drittel mehr.

Die anteilsmäßige Betrachtung zeigt darüber hinaus, dass Populismus auch in diesem Jahr im ideologisch rechten Spektrum am stärksten vertreten ist. Drei von zehn extrem rechts verortete Wähler sind gleichzeitig auch Populisten. Ganz links sind das weniger als halb so viele (14 Prozent). Darüber hinaus sind auch die Anteile expliziter Nicht-Populisten links von der politischen Mitte am höchsten: Jeweils deutlich mehr als die Hälfte aller ganz linken Wähler (53 Prozent) und der Mitte-links-Wähler (59 Prozent) zeigen sich weitgehend resistent gegen Populismus.

Populismus ist in Deutschland also weiterhin weit häufiger mit rechten, als mit linken Orientierungen verbunden. Der so gemessene Rechtspopulismus ist anteilsmäßig mehr als doppelt so stark ausgeprägt wie der Linkspopulismus. Dennoch gibt es rein zahlenmäßig in Deutschland ähnlich viele Linkspopulisten wie Rechtspopulisten. Weil es aber gleichzeitig mehr Menschen gibt, die sich ideologisch selbst ganz links, und weniger, die sich als ganz rechts einordnen, fallen die relativen Gewichte innerhalb der Gruppen dann so eindeutig zu Lasten der Rechtspopulisten aus. Auch mit Blick auf ihre interne Populismusresistenz unterscheiden sich die sehr linken von den sehr rechten Wählern fundamental: Während, wie oben bereits angeführt, ganz links mehr als die Hälfte (53 Prozent) nicht populistisch eingestellt sind, liegt der Anteil ganz rechts bei lediglich etwas mehr als einem Drittel (37 Prozent).

Rechte Ideologie zeigt sich damit auch im Jahr vor der Bundestagswahl 2021 deutlich anfälliger für Populismus und weniger resistent gegen populistische Mobilisierung, als eine ideologisch linke oder sogar sehr linke Selbsteinschätzung.

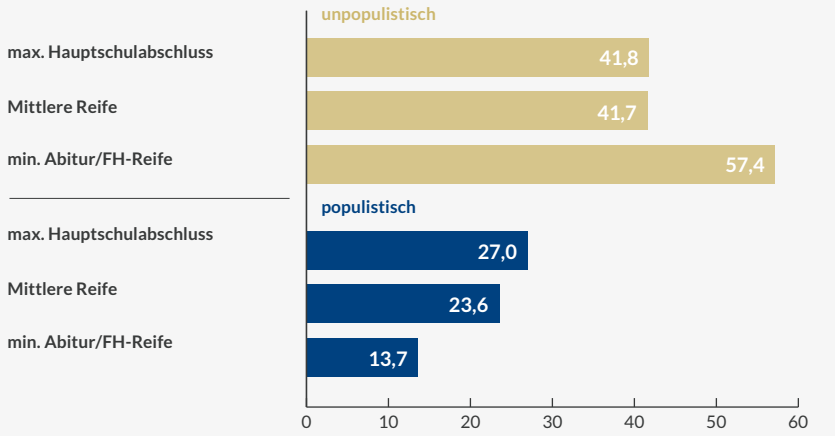
Soziale Spaltung beim Populismus rückläufig

Analysiert man das soziale Profil der Menschen mit populistischen Einstellungen, bleibt es auch im Populismusbarometer 2020 bei dem sehr eindeutigen Befund: Der Populismus in Deutschland ist sozial gespalten. Je geringer der formale Bildungsstand und je geringer das Einkommen, desto populistischer und je höher der formale Bildungsstand und das Einkommen, desto unpopulistischer zeigen sich die Menschen. Auch nach Alter und Geschlecht gibt es Unterschiede, aber weniger deutlich und weniger eindeutig.

Die soziale Spaltung des Populismus ist somit nicht verschwunden, aber deutlich rückläufig und weniger scharf als im Umfeld der Bundestagswahl 2017. In den Jahren 2017 und 2018 war die soziale Spaltung jedenfalls noch einmal sehr viel drastischer als in diesem Jahr. Vor und im Jahr nach der letzten Bundestagswahl zeigten sich in der höchsten Bildungsklasse jeweils etwa doppelt so viele Menschen unpopulistisch. Gleichzeitig waren fast dreimal so viele Menschen aus der niedrigsten formalen Bildungsgruppe populistisch eingestellt, wie in der höchsten Bildungsgruppe. Ein ähnliches Bild zeigte sich auch beim Einkommen: In der untersten Einkommensgruppe lag der Anteil der Populisten mehr als doppelt so hoch, wie bei den höchsten Einkommen. Gleichzeitig waren nur etwa halb so viele unpopulistisch eingestellt. Diese sehr tiefe soziale Spaltung des Populismus hat sich seither deutlich verringert.

ABBILDUNG 9 **Populismus nach Bildung**

In Prozent der Gruppe

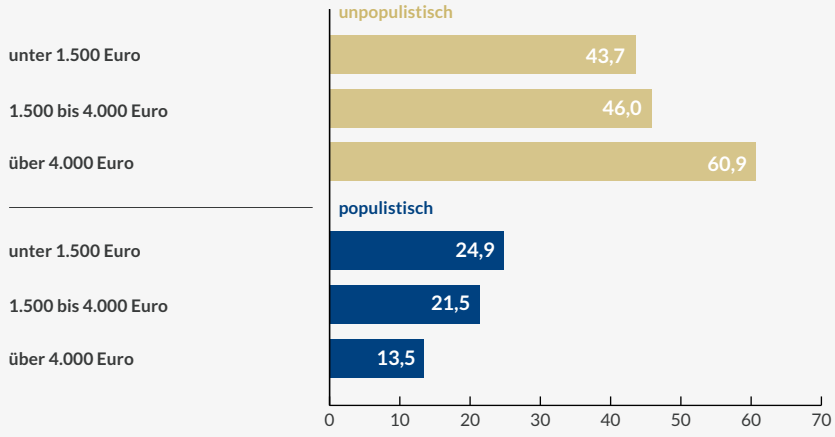


Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren im Jahr 2020 (Fallzahl: 9.099).

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. | BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 10 **Populismus nach Einkommen**

In Prozent der Gruppe



Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren im Jahr 2020 (Fallzahl: 8.332).

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. | BertelsmannStiftung

Derzeit zeigen sich in der höchsten Einkommensgruppe und formal höchsten Bildungsgruppe jeweils etwa sechs von zehn Menschen unpopulistisch eingestellt. In der höchsten Bildungsgruppe mit mindestens Abitur oder Fachhochschulreife sind 57,4 Prozent aller Menschen unpopulistisch. In der höchsten Einkommensgruppe ab 4.000 Euro Monatseinkommen sind es sogar 60,9 Prozent. Gleichzeitig sind in diesen beiden Gruppen der einkommensstärksten und bildungsstärksten nur jeweils etwa ein Siebtel aller Menschen populistisch eingestellt: Bei den bildungsstarken Menschen sind es 13,7 Prozent, bei den einkommensstarken 13,5 Prozent.

Spiegelbildlich zeigt sich das Muster in den Gruppen der bildungs- und einkommensschwächsten Menschen, in denen sich nur etwa jeweils vier von zehn Menschen unpopulistisch zeigen und jeweils etwa ein Viertel populistisch. In der schwächsten Bildungsgruppe mit maximal Hauptschulabschluss liegt der Anteil der Nicht-Populisten bei 41,8 Prozent und der Anteil der Populisten bei 27 Prozent. In der schwächsten Einkommensgruppe mit weniger als 1.500 Euro Monatseinkommen liegt der Anteil der Nicht-Populisten bei 43,7 Prozent und der Anteil der Populisten bei 24,9 Prozent.

Trotz der sich weiterhin deutlich zeigenden sozialen Spaltung ist es wichtig festzuhalten: die soziale Spaltung des Populismus ist deutlich rückläufig, was vor allem daran liegt, dass im Vergleich zu den Jahren 2017 und 2018 der Populismus in den unteren Bildungs- und Einkommensschichten stärker abgenommen hat als in den obersten Gruppen. Gleichzeitig sind auch die Anteile unpopulistischer Menschen in den unteren Bildungs- und Einkommensgruppen stärker angestiegen als in den obersten Gruppen. Auch wenn die Subgruppen der im Populismusbarometer verwendeten Umfragepanels nicht vollständig deckungsgleich und damit auch nicht vollständig vergleichbar sind, bleibt die Tendenz sehr eindeutig: Die soziale Spaltung des Populismus ist nicht verschwunden, aber dennoch deutlich weniger stark ausgeprägt als noch im Umfeld der Bundestagswahl 2017. Der Charme und die Mobilisierungswirkung populistischer Parolen haben auch in den unteren Einkommens- und Bildungsschichten deutlich an Zugkraft und Bindungswirkung verloren. Bei der Bundestagswahl 2021 werden es Populisten jedenfalls auch in diesen Wählersegmenten schwerer haben als bei der letzten Wahl.

Nichtwähler bleiben populistischer als Wähler

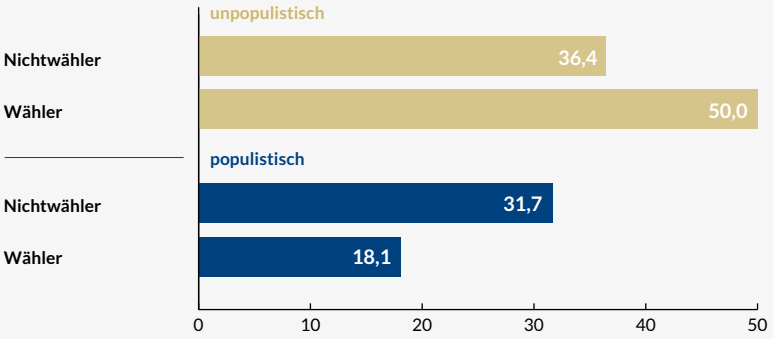
Wahlverweigerung ist ein für Populisten nicht untypisches Reaktions- und Verhaltensmuster. Die „Nichtwahl aus Protest“ soll dann die populistische Distanz zu den etablierten Institutionen und Verfahren der liberalen Demokratie zum Ausdruck bringen, von der man sich nicht hinreichend beachtet und vertreten fühlt. Deshalb sind Nichtwähler bereits unabhängig von ihrem sozialen Profil und Status häufig populistischer eingestellt als der Durchschnitt der aktiven Wähler. Die sozial tief gespaltene Wahlbeteiligung in Deutschland verschärft dann diesen Effekt noch einmal erheblich. Weil Nichtwähler in Deutschland im Durchschnitt sozial deutlich benachteiligter sind als Wähler, vertieft die soziale Spaltung des Populismus auch den Unterschied im Populismus zwischen Wählern und Nichtwählern.

Daran hat sich auch im Jahr 2020 nichts geändert: Nichtwähler bleiben deutlich populistischer als Wähler.

In der Gruppe der aktiven Wähler zeigen sich genau die Hälfte (50 Prozent) unpopulistisch und nur weniger als ein Fünftel (18,1 Prozent) populistisch eingestellt. Bei den Nichtwählern zeigen sich deutlich mehr als ein Drittel (36,4 Prozent) unpopulistisch und etwas weniger als ein Drittel (31,7) populistisch. Im Vergleich zum Jahr 2018 haben sich damit bei den Nichtwählern die Anteile der Populisten etwas weniger stark verringert (-8,3 Prozentpunkte) und die Anteile der Nicht-Populisten etwas weniger stark zugenommen (+12,9 Prozentpunkte). Bei den Wählern hat der Anteil der Populisten leicht stärker abgenommen (-9,3 Prozentpunkte) und der Anteil der Nicht-Populisten (+14,2 Prozentpunkte) leicht stärker zugenommen. Die

ABBILDUNG 11 **Populismus bei Wählern und Nichtwählern**

In Prozent der Gruppe



Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren (Fallzahl: 8.582).

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. | BertelsmannStiftung

Nichtwähler zeigen sich im Jahr 2020 damit zwar sogar noch einmal leicht stärker populistisch als die Wähler. Aber auch im Nichtwählersegment geht der Populismus insgesamt sehr deutlich zurück. Eine erneute populistische Mobilisierung von Nichtwählern dürfte deshalb im kommenden Bundestagswahlkampf deutlich schwerer sein als vor der Bundestagswahl 2017.

Populisten als „autoritäre Demokraten“

Populisten sehen sich selbst gerne als unzufriedene, vom Funktionieren der Demokratie „enttäuschte Demokraten“, aber nicht als „Feinde der Demokratie“ (Vehrkamp und Merkel 2018).

Was ist dran an dieser Selbstwahrnehmung vieler Populisten?

Zunächst einmal: Schon die Definition von Populismus weist Populisten als bestenfalls illiberale Demokraten aus. Ihr Verständnis von Demokratie entspricht jedenfalls nicht oder nur teilweise und unzureichend den Normen und Prinzipien einer liberalen Demokratie. Die für Populisten typische Verachtung demokratischer Kompromisse, ihr Antipluralismus und ihre häufig offene und aggressive Ausgrenzung von Minderheiten sowie ihr mangelnder Respekt vor demokratischen Institutionen und Verfahren zeigen das überdeutlich. Populisten sind im Sinne der liberalen Demokratie keine lupenreinen Demokraten. Sie bewegen sich zumeist im Graubereich zwischen liberaler und illiberal-autoritärer Demokratie. Sie sind also, sofern das begrifflich und sinnimmanent nicht ohnehin ein nicht auflösbarer Widerspruch ist, eher illiberale, autoritäre Demokraten, die ihre autoritären Einstellungen und ihre Ablehnung zentraler Normen und Institutionen der Demokratie vordergründig hinter einer vermeintlichen Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie verbergen. Sie artikulieren sich dann zwar als Anhänger des Systems der Demokratie, aber eben als unzufrieden mit ihrem Funktionieren. Hinter ihrer Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie versteckt sich aber häufig ein autoritäres Missverstehen der liberalen Demokratie. Das macht Populisten letztlich so gefährlich für die Demokratie, weil sie dann, wenn sie die

Macht dazu haben, die Demokratie nach ihren Vorstellungen illiberal und autoritär beschädigen und sogar bis zur Unkenntlichkeit verformen können.

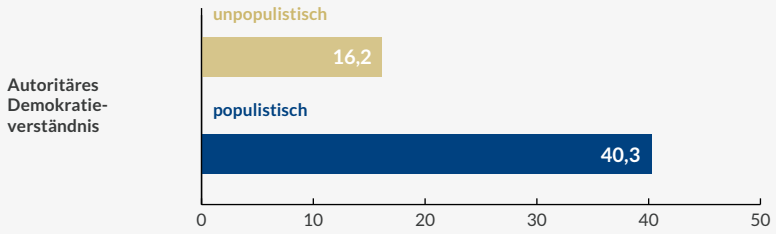
Genau dieses Bild von der Unzufriedenheit mit der Demokratie vor dem Hintergrund eines illiberal-autoritären Demokratieverständnisses zeigt sich auch im Populismusbarometer 2020: Populisten sind illiberal-autoritäre Demokraten, aber ganz überwiegend keine Anhänger einer liberalen Demokratie.

Dazu ist es hilfreich, sich zunächst etwas mehr Klarheit über das populistische Verständnis von Demokratie zu verschaffen, um vor diesem Hintergrund dann die relativ hohen Werte der allgemeinen Zustimmung zur Demokratie und die hohen Unzufriedenheitswerte mit ihrem Funktionieren zu interpretieren.

Misst man anhand typisch autoritärer Einstellungsmuster gegenüber Außenseitern, Minderheiten, Regeln und Führung, wie stark diese das Demokratieverständnis von Populisten im Vergleich zu Nicht-Populisten prägen, zeigen sich sehr deutliche Unterschiede:

ABBILDUNG 12 **Autoritäre Demokraten**

In Prozent der Populismusgruppen



Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren im Jahr 2020 (Fallzahl: 8.369).

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. | BertelsmannStiftung

Während nur etwa jeder siebte Nicht-Populist (16,2 Prozent) ein autoritäres Demokratieverständnis vertritt, sind das bei den Populisten mit 40,3 Prozent weit mehr als doppelt so viele. Unter den Populisten vertritt also jeder Vierte ein eher illiberales und autoritär geprägtes Demokratieverständnis (s. im methodischen Anhang die Items zur Messung eines autoritären Demokratieverständnisses, S. 82).

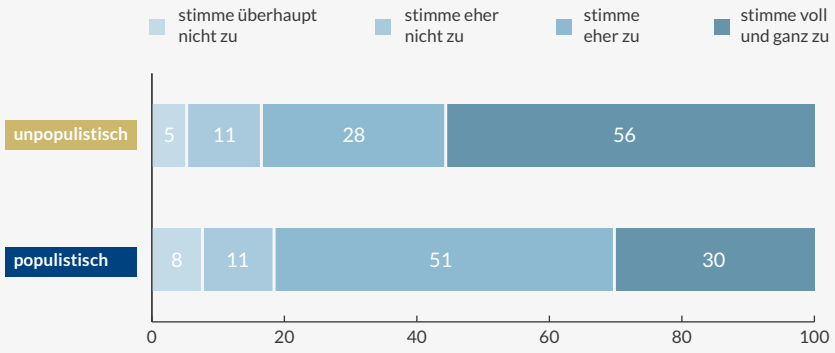
Das sollte man im Hinterkopf behalten für die Interpretation der formal hohen Zustimmungswerte der Populisten zum System der Demokratie und ihrer gleichzeitig deutlich stärker ausgeprägten Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie:

Zwar stimmen auch 30 Prozent aller Populisten der Aussage „Das System der Demokratie ist das beste politische System“ voll und ganz zu. Zum einen sind das aber nur etwa halb so viele, wie bei den Nicht-Populisten (56 Prozent). Zum anderen stimmen viele dieser Populisten dabei eben ihrem subjektiven und eher illiberal-autoritären Systemverständnis von Demokratie „voll und ganz“ zu. Die gleiche interpretative Einschränkung gilt für die Aggregation derjenigen, die dem

System der Demokratie entweder „voll und ganz“ oder zumindest „eher“ zustimmen. Hier verschwinden durch die Aggregation die Unterschiede zwischen Populisten und Nicht-Populisten auf den ersten Blick fast vollständig. Jeweils mehr als acht von zehn der Nicht-Populisten (84 Prozent) und der Populisten (81 Prozent) stimmen entweder „voll und ganz“ oder „eher“ zu. Der weit mehr als doppelt so hohe Anteil autoritär eingestellter Demokraten unter den Populisten zeigt aber, wie unterschiedlich diese formal sehr ähnlichen Zustimmungswerte normativ und demokratiepolitisch zu bewerten sind: Während die allermeisten Nicht-Populisten das System der liberalen Demokratie meinen, wenn sie dem System der Demokratie im Allgemeinen zustimmen, meinen sehr viele der Populisten dabei wohl eher ihr illiberal-autoritäres Verständnis von Demokratie.

ABBILDUNG 13 **Zustimmung zum System der Demokratie …**

In Prozent der Gruppe



Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren im Jahr 2020 (Fallzahl: 10.055).

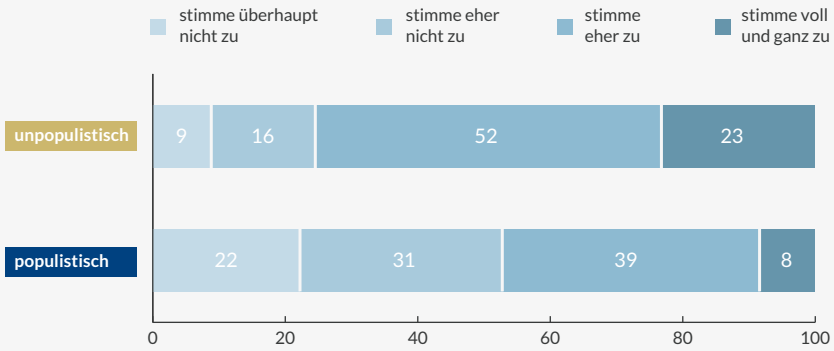
Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

BertelsmannStiftung

Ähnlich differenziert ist das Bild bei der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie zu interpretieren. Hier zeigen die Populisten eine deutlich höhere Unzufriedenheit als die Nicht-Populisten. Eine Mehrheit der Populisten (53 Prozent) zeigt sich vollständig oder zumindest eher unzufrieden, während es bei den Nicht-Populisten nur ein Viertel (25 Prozent) sind. Aber warum sind Populisten, die ein eher illiberal-autoritäres Demokratieverständnis vertreten, unzufrieden mit ihrem Funktionieren? Weil ihnen die Demokratie zu liberal, die Minderheitenrechte zu stark und die öffentliche Meinung zu pluralistisch ist? Ihr autoritäres Demokratieverständnis lässt eine solche Vermutung zu. Jedenfalls ist eine abstrakt geäußerte Unzufriedenheit mit der Demokratie ebenso wenig, wie eine abstrakt, ohne konkrete Bezüge auf die Normen und Verfahren der liberalen Demokratie geäußerte Systemzustimmung zur Demokratie ohne solche normativen Bezüge nicht wirklich sinnvoll zu interpretieren. Im Gegenteil: Eine unreflektierte Gleichsetzung würde sogar zu weitreichenden Fehlschlüssen führen. Populisten als illiberal-autoritäre Demokraten können jedenfalls nicht die gleiche normative Wertigkeit ihrer Zustimmung zur Demokratie und ihrer Zufriedenheit mit der Demokratie für sich beanspruchen, wie Menschen mit einem liberalen Demokratieverständnis. Auch in der Forschung und Analyse sollten solche normativen Vorverständnisse immer mit analysiert werden, um Fehlinterpretationen vorzubeugen.

ABBILDUNG 14 **Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie …**

In Prozent der Gruppe



Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren im Jahr 2020 (Fallzahl: 10.055).

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. | BertelsmannStiftung

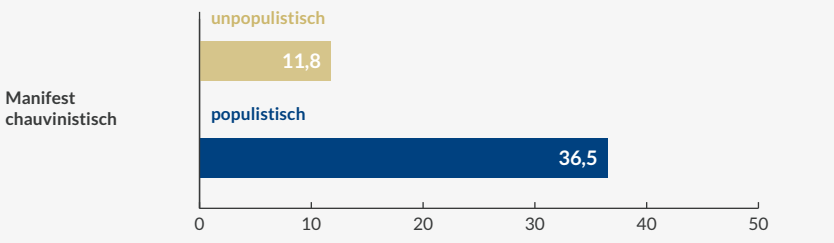
Populisten als „chauvinistisch eingestellte Europäer“

Ähnliches gilt auch für die Zustimmung zur europäischen Integration und der Zufriedenheit mit dem erreichten Integrationsniveau. Auch hier stellt sich die Frage nach dem normativen Vorverständnis von europäischer Integration: Welches Europa ist gemeint, wenn man darüber urteilt, ob die Integration inzwischen zu weit gegangen ist? Und welches Europa ist gemeint, wenn man sich unzufrieden mit dem Funktionieren der europäischen Integration äußert?

Auch hier zeigen sich schon im Vorverständnis große Unterschiede zwischen Populisten und Nicht-Populisten: Wie chauvinistisch, also einseitig nationalistisch und auf die Durchsetzung nationaler Interessen, nationaler Macht und nationaler Geltung fixiert, sind Populisten im Vergleich zu Nicht-Populisten, wenn sie über die europäische Integration urteilen?

ABBILDUNG 15 **Chauvinistisch eingestellte Europäer**

In Prozent der Populismusgruppen



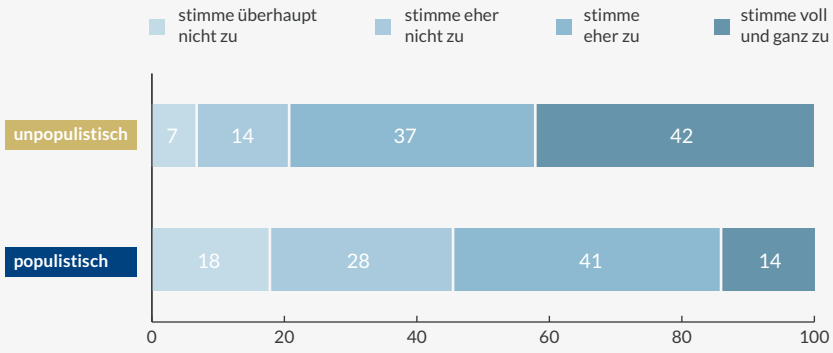
Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren im Jahr 2020 (Fallzahl: 10.055).

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. | BertelsmannStiftung

Während nur etwas mehr als einer von zehn Nicht-Populisten (11,8 Prozent) manifest chauvinistische Einstellungen vertritt, sind es bei den Populisten (36,5 Prozent) mehr als dreimal so viele. Mehr als jeder dritte Populist ist somit gleichzeitig auch besonders stark chauvinistisch eingestellt. Aber welche Art von Europäer ist man, wenn man die Durchsetzung von Macht und Geltung des eigenen Landes für das oberste Ziel der Politik hält? Welche Art von Europa meint ein populistisch und zugleich chauvinistisch eingestellter Wähler, der sich endlich wieder mehr Mut zu einem starken Nationalgefühl und ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen wünscht? Jedenfalls sollten diese Vorverständnisse die Interpretation der Zustimmungswerte zum Stand und zur Zufriedenheit mit dem Funktionieren der europäischen Integration kritisch begleiten.

ABBILDUNG 16 **Zustimmung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union …**

In Prozent der Gruppe

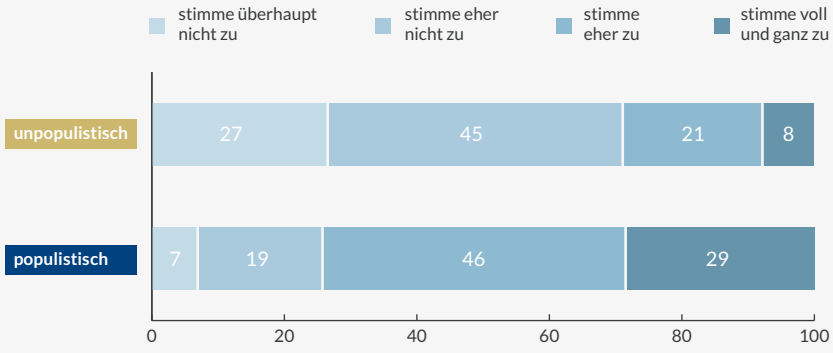


Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren im Jahr 2020 (Fallzahl: 10.055).

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 17 **Europäische Integration ist zu weit gegangen …**

In Prozent der Gruppe



Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren im Jahr 2020 (Fallzahl: 10.055).

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. BertelsmannStiftung

Bei der Zustimmung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union fällt auf, dass auch eine Mehrheit der Populisten (55 Prozent) dieser zumindest eher zustimmt. Bei den Nicht-Populisten sind das sogar fast acht von zehn (79 Prozent), und damit mehr als drei Viertel. Auch eine Mehrheit der Populisten unterstützt also die Mitgliedschaft in der Europäischen Union? Aber welches Europa meinen sie? Ein Europa der Nationalisten und Chauvinisten? Das legen die Antworten auf die Frage nach dem Stand der europäischen Integration jedenfalls nahe: Hier zeigt sich sehr eindeutig, dass drei Viertel aller Populisten (75 Prozent) der Meinung sind, dass die europäische Integration zu weit gegangen ist. Bei den Nicht-Populisten sehen das lediglich knapp drei von zehn (29 Prozent) so. Gefragt nach der Intensität und Form der Integration bricht das chauvinistische Europabild der Populisten durch. Sie meinen ein ganz anderes, nationalistischeres, chauvinistischeres Europa, als das der Europäischen Union. Das macht auch ihre immerhin mehrheitliche Zustimmung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union so brüchig und verdächtig. Hätten sie dort die Mehrheit, würden sie das Europa, wie wir es heute kennen, verändern – so wie viele Populisten auch die liberale Demokratie, wie wir sie kennen, verändern, deformieren und entstellen würden, wenn sie es könnten.

Wird der Populismus zwar weniger, aber dafür radikaler?

Wie populistisch sind die Deutschen im Jahr vor der Bundestagswahl 2021?

Zunächst: Die Deutschen sind substantiell weniger populistisch als vor der Bundestagswahl 2017. Die Aufheizung des populistischen Meinungsklimas nach der Migrationskrise der Jahre 2015/16 und der „populären Bundestagswahl 2017“ (Vehrkamp und Wegschaider 2017) hat sich deutlich abgekühlt.

Die populistische Welle ist zwar noch nicht vollständig verebbt, aber gebrochen.

Ihren vorläufigen Höhepunkt hat sie bereits Ende 2018 überschritten. Seitdem ist der Populismus in Deutschland in der Defensive. Die Trendwende im Meinungsklima ist damit nicht nur und nicht ursächlich durch die Corona-Krise ausgelöst und getrieben. Bereits im Jahr vor Ausbruch der Krise war der Kipppunkt im Meinungsklima erreicht. Stabilisiert und verstärkt wurde die Trendumkehr dann durch die „Rückkehr des Vertrauens“ in staatliches Regierungshandeln im Zuge des Krisenmanagements (Vehrkamp und Bischoff 2020b). Ob daraus ein nachhaltiger Wandel und eine nachhaltige (Re-) Stabilisierung der liberalen Demokratie werden, muss sich noch zeigen.

Das anstehende Wahljahr 2021 wird der nächste wichtige Meilenstein.

Damit geht Deutschland zwar mit einem deutlich veränderten allgemeinen Meinungsklima in das Wahljahr 2021. Der Populismus bleibt dennoch latent: Eine sich wieder verstärkende Welle wie in den Jahren 2016/17 ist nicht auszuschließen. Gleichzeitig stellt sich eine neue Herausforderung in der Auseinandersetzung mit dem Populismus: seine drohende Radikalisierung in einer immer kleiner werdenden Nische. Zwar sind deutlich weniger Menschen populistisch gesinnt. Aber die verbleibenden Populisten scheinen sich stärker zu radikalisieren. Erstes Anzeichen dafür ist ihre zunehmende Überlappung und Verschmelzung mit

rechtsextremistischen Einstellungen. Das betrifft vor allem die Entwicklung der AfD, die sich von der lupenrein rechtspopulistischen Mobilisierungsbewegung der Jahre 2016/17 zu einer zunehmend von rechtsextremen Einstellungen geprägten Wählerpartei entwickelt (s. „Im Fokus“ auf S. 18).

Sollte sich diese Tendenz fortsetzen, wäre die Herausforderung nicht mehr nur eine politische im Rahmen eines demokratischen Antipopulismus. Es wäre dann verstärkt auch eine Herausforderung für die wehrhafte Demokratie. Die Auseinandersetzung mit Populisten gehört aber so lange, wie nur eben möglich und verantwortbar in die diskursiven Arenen der liberalen Demokratie, in die Verantwortung der demokratischen Institutionen selbst. Deren Kraft und Fähigkeit zur Selbstbehauptung sind noch längst nicht erschöpft. Wahlen sind als Hochämter der Demokratie die beste Chance, das zu beweisen.

2. Populismus im Meinungsstreit

Themen und Sachpositionen der populistischen und unpopulistischen Wählermobilisierung im Jahr 2020

Was bewegt die Wähler im Jahr vor der Bundestagswahl 2021? Welche Themen mobilisieren besonders stark, und wie sehr unterscheiden sich dabei die populistischen von den unpopulistischen Wählern?

Die stärksten Effekte haben in Deutschland auch im Jahr 2020 die Themen „Europa", „Soziales" und „Migration". Als Brückenthema, mit dem sich populistische und unpopulistische Wähler gleichermaßen erreichen lassen, bietet sich erneut die Forderung nach „mehr direkter Demokratie" an.

Beim Thema „Europa" bleibt es dabei: Wie in den Vorjahren ist „Europa" für die Wähler in Deutschland ein positiv besetztes Thema, das ihre Wahlentscheidungen stark beeinflusst. Gegenüber dem Austritt aus der EU würde die Forderung nach einer stärkeren Zusammenarbeit die Zustimmungswerte um 15 Prozentpunkte verbessern. Ein deutlich anderes Bild zeigt sich bei den populistisch eingestellten Wählern: Sie zeigen sich in der EU-Frage weitgehend indifferent. Die Zukunft der EU scheint in diesem Wählersegment im Jahr vor der Bundestagswahl 2021 kein „Aufregerthema" zu sein. Das ist ein starkes Indiz dafür, dass Anti-EU-Kampagnen derzeit selbst bei den Populisten in Deutschland keine nennenswerten Mobilisierungs- und Zustimmungschancen haben.

Die Positionen zu Migration und Flüchtlingen waren vor und nach der Bundestagswahl 2017 dominant. Das bleibt auch in diesem Jahr so: allerdings deutlich weniger stark ausgeprägt, und das sogar bei den populistisch eingestellten Wählern. Migration und Flüchtlinge bleiben für sie wahlentscheidende Fragen, aber auch bei den Populisten nimmt die Effektstärke des Themas ab. Das reduziert die Chancen, einen populistischen Wahlkampf ausschließlich auf die Mobilisierungschancen migrationsfeindlicher Positionen zu stützen.

Das Problem bezahlbaren Wohnens und eines sozial gerechten Wohnungsmarkts schwelt weiter und hat von seiner Dringlichkeit für die Wähler auch im Jahr vor der Bundestagswahl 2021 nichts verloren. Es bleibt ein „Aufregerthema". In einigen Wählersegmenten wirkt das Thema inzwischen ähnlich stark wie die Migrationsfrage.

Weniger relevant und eher indifferent aus Sicht der Wähler scheinen derzeit die Themen Globalisierung, Freihandel und Zölle. Sie haben an Unterstützung verloren und sind derzeit kaum geeignet, bei Wählern zu zünden. Corona und die weltweiten Folgen haben die Begeisterung für mehr Globalisierung und Freihandel auch in Deutschland gedämpft.

IM FOKUS

„Mehr direkte Demokratie“ als Mobilisierungschance

Die Forderung nach mehr Volksabstimmungen und „mehr direkter Demokratie“ ist in deutschen Wahlkämpfen ein Dauerbrenner. Das gilt für die Bundesebene ebenso wie für die Länder und Kommunen. Aber für Bundestagswahlkämpfe hat das Thema schon deshalb eine besondere Bedeutung, weil es auf der Ebene des Bundes in Deutschland bislang keine direktdemokratischen Verfahren gibt. Zwar heißt es in Artikel 20 des Grundgesetzes ausdrücklich, dass „alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht“ und diese „vom Volke in Wahlen und Abstimmungen“ ausgeübt wird. Die Einführung direktdemokratischer Verfahren ist aber bislang im Deutschen Bundestag nie mehrheitsfähig gewesen.

Dabei zeigen die experimentellen Ergebnisse dazu im Populismusbarometer 2020 erneut: „Mehr direkte Demokratie“ ist über alle Parteigrenzen hinweg ein Thema mit positivem Zustimmungs- und Mobilisierungspotential. Kandidaten, die sich im Wahlkampf „für viel mehr Volksabstimmungen“ einsetzen, gewinnen zum Teil deutlich an Zustimmung gegenüber Kandidaten, die „für viel weniger Volksabstimmungen“ plädieren. Besonders bemerkenswert ist dabei, dass das sowohl für populistisch als auch für unpopulistisch eingestellte Wähler gilt, und darüber hinaus auch für Wählersegmente aller im Bundestag vertretenen Parteien.

Die Werte im Einzelnen: Im Durchschnitt aller Wähler erhöht sich die Zustimmung eines Kandidaten durch das Eintreten für „mehr direkte Demokratie“ um zwölf Prozentpunkte. Bei populistisch eingestellten Wählern liegt der Effekt sogar bei 20 Prozentpunkten, und auch für unpopulistisch eingestellte Wähler bleibt der Effekt mit immerhin noch sieben Prozentpunkten deutlich im positiven Bereich. Das zeigt zunächst, dass die Forderung nach „mehr direkte Demokratie“ nicht den Populisten überlassen werden sollte. Auch bei unpopulistischen oder nur teilweise populistisch eingestellten Wählern lassen sich damit zusätzliche Stimmen mobilisieren.

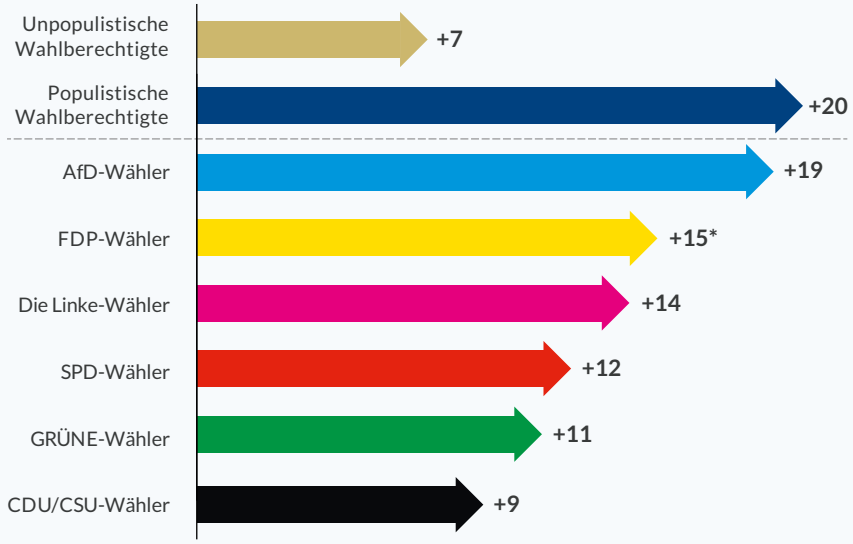
„Mehr direkte Demokratie“ mobilisiert Wähler aus allen Parteien

Die sehr breite Wählerzustimmung zu direkter Demokratie zeigen auch die entsprechenden Zustimmungswerte bei den Wählern der einzelnen Parteien. Mit einer Bandbreite von neun bis 19 Prozentpunkten liegen die Werte für die Parteien alle zwischen den Werten für die Nicht-Populisten und Populisten und mindestens um ein knappes Drittel oberhalb des Wertes für die Nicht-Populisten. Am stärksten fällt der Effekt erwartungsgemäß für die stark überdurchschnittlich populistisch eingestellten Wähler der AfD aus. Bei ihnen könnte ein Kandidat durch ein Plädieren für „mehr direkte Demokratie“ bis zu 19 Prozentpunkte an Zustimmung gewinnen (s. Zaslove et al. 2020). Bei der FDP liegt der Wert bei 15 Prozentpunkten, ist aber aufgrund der vergleichsweise geringen Zahl an FDP-Wählern in dem Umfrageexperiment nur sehr eingeschränkt aussagekräftig. Aussagekräftiger sind dagegen die Werte für die Wähler der Linkspartei (+14 Prozentpunkte), der SPD (+12 Prozentpunkte), der Grünen (+11 Prozentpunkte) und der Unionsparteien (+9 Prozentpunkte).

Zwar zeigen sich damit deutliche Unterschiede zwischen den Parteien. Aber dennoch birgt das Thema „mehr direkte Demokratie“ für alle Parteien positive Zustimmungs- und Mobilisierungseffekte. Es gibt also bei den Wählern eine größtmögliche Koalition für „mehr direkte Demokratie“. Das spricht dafür, dass alle Parteien damit auch im kommenden Bundestagswahlkampf 2021 punkten könnten.

„Mehr direkte Demokratie“ als neue Mobilisierungschance

Verbesserung der Zustimmung für einen Kandidaten, der sich „für viel mehr Volksabstimmungen“ einsetzt



Mobilisierungseffekt in Prozentpunkten gegenüber der Basisposition „Ist für viel weniger Volksabstimmungen“.

*Anmerkung: Die statistische Unsicherheit des Effekts für FDP-Wähler fällt aufgrund einer kleineren Anzahl an Befragten größer aus.

Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren im Jahr 2020.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

BertelsmannStiftung

Für das Thema Populismus und die Reaktionsmöglichkeiten der etablierten Parteien darauf bedeutet das: „Mehr direkte Demokratie“ ist ein Brückenthema – eine Forderung also, mit der die Parteien sowohl Populisten als auch Nicht-Populisten ansprechen und mobilisieren können.

Eine klug bedachte, die repräsentativen Verfahren ergänzende und verbessernde Einführung direktdemokratischer Instrumente auch auf der Bundesebene wäre dann auch ein Stück demokratischer Antipopulismus. Sie nimmt den Populisten die Möglichkeit der Verdächtigung repräsentativer Institutionen und Verfahren, sich dem Volkswillen zwischen Wahlen entziehen zu wollen, zumal Repräsentationslücken ein wichtiger Treiber und Grund für die Entstehung und Aktivierung populistischer Einstellungen sind (Rovira Kaltwasser et al. 2019). Auch wenn es stimmt, dass Populisten ihre Forderung nach „mehr direkter Demokratie“ oft aus normativ prekären Vorstellungen und einer populistisch überzogenen Kritik an der repräsentativen Demokratie heraus vertreten, bleibt gültig: Wer ein Thema sucht, mit dem Populisten und Nicht-Populisten in der deutschen Wählerschaft zugleich angesprochen und mobilisiert werden können, liegt mit „mehr direkter Demokratie“ richtig: auch im anstehenden Bundestagswahlkampf 2021.

Welche Themen und Positionen bestimmen das Wahlverhalten?

Die bisherigen Analysen haben gezeigt: Populistische Einstellungen sind weiterhin im Jahr 2020 in der deutschen Bevölkerung verbreitet, wenn auch auf spürbar niedrigerem Niveau als 2018. Aber sind sie auch wahlentscheidend? Dass jemand populistisch über das Funktionieren von Politik und Demokratie denkt, bedeutet nicht zwangsläufig, dass er daran sein Wahlverhalten ausrichtet. Der Weg von einzelnen politischen Einstellungen und Präferenzen zu einer konkreten Wahlentscheidung ist oft lang und verschlungen. Jemand kann beispielsweise für einen besseren Umweltschutz sein, zugleich aber einen Austritt aus der Europäischen Union für wichtiger halten. Dann würde er bei einer Wahl mit großer Wahrscheinlichkeit nicht für eine umweltfreundliche, aber proeuropäische Partei stimmen, sondern eher für eine antieuropäische Partei, obwohl sie seine umweltpolitischen Präferenzen nicht oder nur unzureichend trifft.

Deshalb ist es auch für die politische Analyse und Interpretation populistischer Einstellungen wichtig zu fragen: Was bewegt populistische und unpopulistische Wähler? Welche Themen und Positionen zu einzelnen Politikbereichen und Sachproblemen sind für sie wie wichtig? Und was bestimmt letztlich ihre Wahlentscheidung? Wie sehr bestimmen populistische Einstellungen die Wahlentscheidung der Wähler, wie stark ist ihre Mobilisierungskraft, und welche Themen eignen sich besonders für eine unpopulistische Gegenmobilisierung?

Zur Beantwortung dieser Fragen nehmen wir im Populismusbarometer sogenannte Conjoint-Analysen vor (Hainmueller et al. 2014/2015; Vehrkamp und Wratil 2017; Vehrkamp und Merkel 2018; Neuner und Wratil 2020). Als Ergänzung zur klassischen Umfrage eignet sich die Conjoint-Analyse besonders dafür, die Prioritäten der Wähler zu ermitteln und herauszufinden, welches Thema und welche Sachposition die Wahlentscheidung besonders beeinflussen. Die einfache und direkte Abfrage von Themen und Präferenzen in Umfragen stößt dabei an Grenzen. Wie verzerrt sind Antworten auf direkte Fragen? Wie sozial erwünscht antworten Befragte, und wie sehr sind sie bereit ihre „wahren“ Präferenzen und Motive einer Wahlentscheidung zu offenbaren? Und sind Befragte überhaupt in der Lage, ihre eigene Gewichtung und Priorisierung konkurrierender Themen und Positionen korrekt wahrzunehmen, und sie in Umfragen korrekt wiederzugeben?

Um solche möglichen Verzerrungen zu minimieren und den „wahren“ Motiven einer Wahlentscheidung möglichst nahe zu kommen, werden diese in der Conjoint-Analyse nicht direkt abgefragt, sondern indirekt, durch die Entscheidung zwischen verschiedenen Bündeln beziehungsweise Paketen, in denen unterschiedliche Kombinationen politischer Positionen zu verschiedenen Themen zusammengefasst sind. Die Befragten entscheiden sich dann mehrfach zwischen politischen Kandidaten, die jeweils unterschiedliche Bündel beziehungsweise Pakete politischer Positionen vertreten. Da die Zusammensetzung der Pakete zufällig erfolgt und jeder Befragte sich mehrfach zwischen ihnen entscheiden muss, kann im Anschluss die jeweils wahlentscheidende Einzelposition identifiziert werden. Mit statistischen Verfahren lässt sich dann indirekt herausfinden, welche Position zu welchem Thema eine Wahlentscheidung in dem Experiment tatsächlich bestimmt hat, ohne dass die Befragten direkt danach gefragt werden müssen.

Was bewegt die Wähler im Jahr 2020?

Für das Populismusbarometer 2020 wurden – wie auch schon im Populismusbarometer 2018 – mithilfe dieser Methode die Präferenzen der Wähler zu insgesamt acht verschiedenen Politikbereichen ermittelt: Europa, Euro, Flüchtlinge, Wohnungsbau, Steuern, Freihandel, Protektionismus und direkte Demokratie.

Zu diesen acht Politikfeldern wurden jeweils vier verschiedene Sachpositionen formuliert. Die Conjoint-Methode ermittelt dann den Einfluss einer bestimmten Sachposition auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten. Wie sehr eine einzelne politische Aussage die Wahlentscheidung beeinflusst, ist ablesbar an den prozentualen Veränderungen in der Zustimmung, die ein Kandidat im Vergleich zu einem anderen erfährt, der zu dem Thema eine „Basisposition" vertritt.

Beim Thema „Europa" wurde beispielsweise als „Basisposition" die Forderung nach einem Austritt aus der EU gewählt. Die in den Abbildungen ausgewiesenen Ergebnisse zum Thema Europa zeigen, um wie viele Prozentpunkte ein Kandidat im Durchschnitt sein Wahlergebnis verbessern könnte, wenn er anstatt für einen Austritt lediglich für eine schwächere Zusammenarbeit innerhalb der EU oder für eine stärkere Zusammenarbeit beziehungsweise den Ausbau der EU zu einem gemeinsamen Staat eintreten würde.

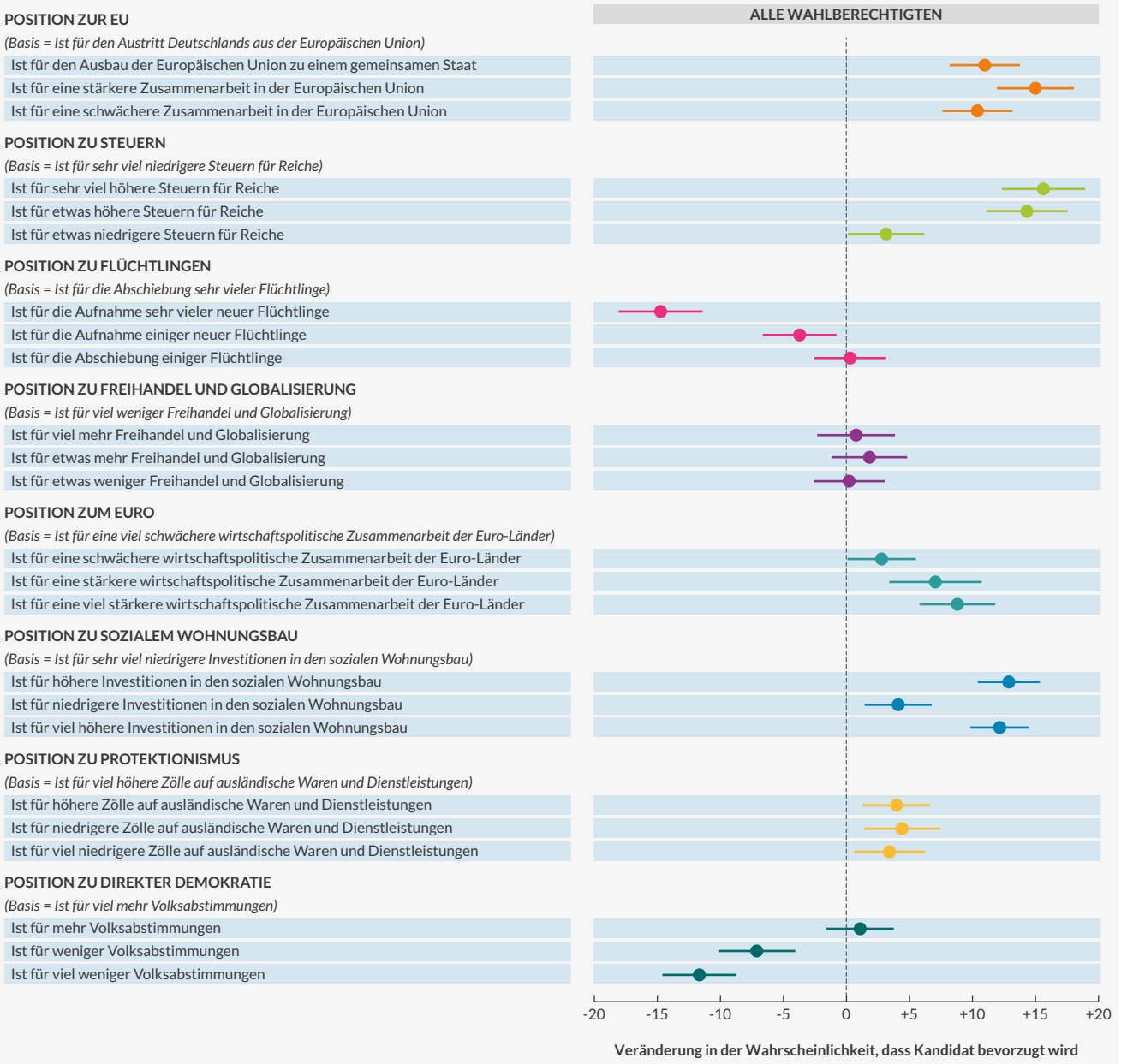
Die Ergebnisse für alle Wahlberechtigten sind in Abbildung 18 zusammengefasst. Zusätzlich dokumentiert Abbildung 19 zusammenfassend die Ergebnisse für die populistischen im Vergleich zu den unpopulistischen Wählern.

Grafisch lassen sich die positiven und negativen Effekte einzelner Positionen auf die Wahlentscheidung an der Abweichung der Punkte von der gestrichelten Null-Linie ablesen. Die Punktwerte auf der Skala zeigen jeweils an, wie sehr eine bestimmte Sachposition die Zustimmung zu einem Kandidaten im Durchschnitt der jeweils analysierten Wählergruppe verändern würde. Ein Punktwert von beispielsweise 20 bedeutet, dass ein Kandidat seine Zustimmungswerte um 20 Prozentpunkte steigern könnte, wenn er anstatt der jeweiligen „Basisposition" die davon abweichende Sachposition vertreten würde.

Zur genaueren Interpretierbarkeit der Analyseergebnisse zeigen die Abbildungen zusätzlich zu den Punktwerten als horizontale Linien auch die dazugehörigen Konfidenzintervalle. Diese Konfidenzintervalle illustrieren die mit jeder Messung aus Umfragen verbundenen Unsicherheiten. Je breiter die Linien der Konfidenzintervalle, umso unsicherer ist der dazugehörige Punktwert. Zudem kann nur dann, wenn die Linien die Null-Linie nicht schneiden, mit hoher Sicherheit davon ausgegangen werden, dass die gemessene Veränderung der Zustimmungswerte auch tatsächlich existiert und nicht zufällig zustande gekommen ist. Ähnliches gilt auch für den Vergleich einzelner Sachpositionen untereinander: Je mehr sich die Linien der Konfidenzintervalle überlappen, desto eher könnten die gemessenen Unterschiede auch zufällig sein.

ABBILDUNG 18 **Einfluss von Sachpositionen auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei allen Wahlberechtigten**

In Prozentpunkten



Methode: „Average marginal component effects“ (Hainmueller et al. 2014) mit Konfidenzintervallen (95%) basierend auf Standardfehlern geclustered nach Befragtem; Änderungen in der Wahrscheinlichkeit beziehen sich auf Vergleich zur Basis-Kategorie.
Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren im Jahr 2020.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

BertelsmannStiftung

Für die Interpretation der Ergebnisse ist darüber hinaus zu beachten, dass immer nur zwei Kandidaten zur Auswahl stehen: Hinweise zur Parteizugehörigkeit der Kandidaten gibt es dabei nicht. Das isoliert die Effekte der Sachpositionen vom Einfluss pauschaler Parteiidentitäten und -abneigungen der Wähler und fokussiert auf den möglichen Einfluss konkreter Sachpositionen auf die Wahlentscheidung.

ABBILDUNG 19 **Einfluss von Sachpositionen auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei unpopulistisch und populistisch eingestellten Wahlberechtigten**

In Prozentpunkten



Methode: „Average marginal component effects" (Hainmueller et al. 2014) mit Konfidenzintervallen (95%) basierend auf Standardfehlern geclustered nach Befragtem; Änderungen in der Wahrscheinlichkeit beziehen sich auf Vergleich zur Basis-Kategorie.
Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren im Jahr 2020.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

BertelsmannStiftung

Im Folgenden werden zunächst in acht Einzelanalysen die acht im Populismusbarometer 2020 abgefragten Politikfelder analysiert, jeweils für den Durchschnitt aller Wahlberechtigten und im Vergleich dazu für die beiden Lager der populistisch und unpopulistisch eingestellten Wähler. Im Ergebnis lässt sich so ein differenziertes Bild dessen zeichnen, was die Wähler im Jahr 2020 bewegt. Damit lässt

sich erkennen, welche Themen die Politiker und Parteien wie aufgreifen könnten, um ihre Zustimmungswerte zu verbessern.

Zukunft der Europäischen Union: „Mehr Europa“ mobilisiert I

Beim Thema Europa bleibt es dabei: Wie in den Vorjahren ist Europa für die Wähler in Deutschland ein positiv besetztes Thema, das ihre Wahlentscheidungen stark beeinflusst. Auch im Jahr vor der nächsten Bundestagswahl 2021 bewegt die Zukunft der europäischen Integration viele Wähler. Kandidaten, die sich im Wahlkampf für einen Ausbau der Europäischen Union (EU) und für eine stärkere Kooperation innerhalb der EU einsetzen, gewinnen damit stark an Unterstützung und erhöhen deutlich ihre Wahrscheinlichkeit, gewählt zu werden. Umgekehrt bedeutet das für EU-Skeptiker und Gegner einer Vertiefung der europäischen Integration, dass sie mit einem Anti-EU-Wahlkampf ihre Wahlchancen im Durchschnitt aller Wahlberechtigten sehr deutlich verschlechtern. Eine Anti-EU-Kampagne wäre also von vornherein bestenfalls eine Nischenstrategie, mit der sich nur vereinzelte Segmente der Wählerschaft erreichen lassen. Im Durchschnitt aller Wahlberechtigten würde sie auf starke Ablehnung und Abwehr stoßen.

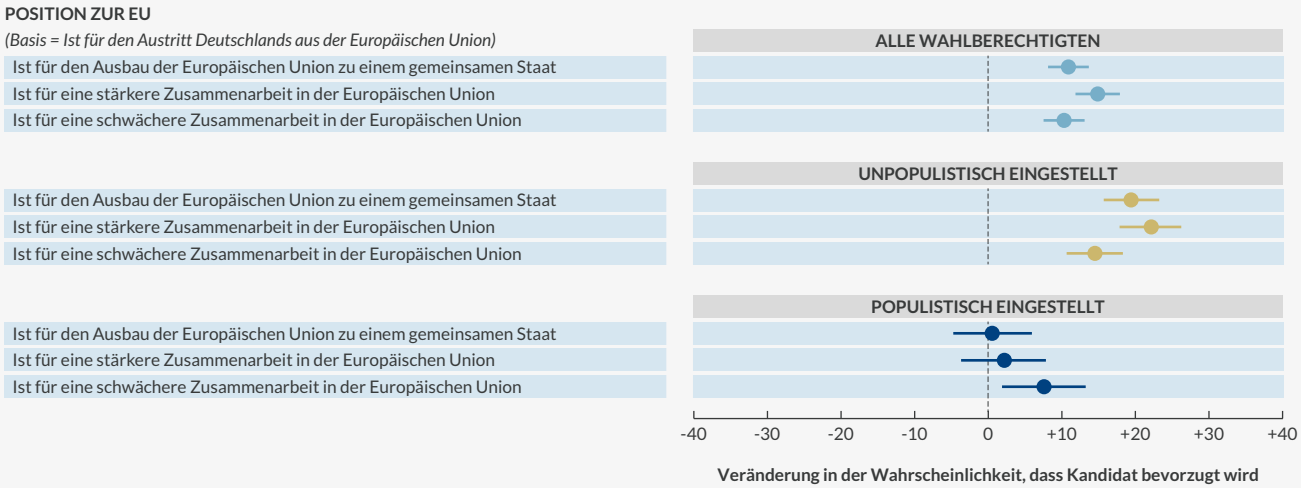
Für die proeuropäischen Kräfte heißt das: „Mehr Europa“ erhöht auch im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 die Wahlchancen, und zwar in gleich doppelter Weise: zum einen als ein positiv besetzbares Thema im Wahlkampf, mit dem die Chance besteht die große Mehrheit proeuropäisch gesinnter Wähler zu mobilisieren und ihre Zustimmung zu gewinnen, zum anderen aber auch als Chance eines „negative campaigning“ gegen die Skeptiker und Gegner der EU. Wer für den Austritt aus der EU plädiert oder ihn durch seine Politik zumindest billigend in Kauf nehmen, provozieren oder riskieren würde, muss in der deutschen Wählerschaft mit deutlichem Widerstand rechnen. Eine Partei, die mit ihren europapolitischen Positionen die bestehende EU grundsätzlich in Frage stellt oder gar gefährdet, würde diesen Widerstand zu spüren bekommen.

„Mehr Europa“ bleibt also bei den Wählern in Deutschland eine echte Mobilisierungschance. Gleichzeitig bleibt ein drohender Austritt aus der EU für viele Wähler in Deutschland ein Schreckgespenst mit stark gegenmobilisierender Wirkung. Für Pro-Europäer ergibt sich damit im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 eine doppelte Chance: zum einen mit einem Pro-EU-Wahlkampf in der proeuropäischen Mehrheit der deutschen Wähler an Zustimmung zu gewinnen, und zum anderen, von der Gegenmobilisierung der Wähler gegen die antieuropäische Minderheit vor allem unter den Populisten zu profitieren. Der Appell an proeuropäische Überzeugungen wäre ebenso erfolgversprechend, wie der Appell an die Besorgnis vor den Folgen der antieuropäischen Positionen von EU-Gegnern.

Mit Blick auf die Zahlen zeigen sich diese Tendenzen auch in diesem Jahr sowohl bei allen Wahlberechtigten als auch noch einmal verstärkt bei den unpopulistischen Wählern. Zwar zeigt sich die Effektstärke proeuropäischer Positionen gegenüber den Vorjahren leicht gedämpft. Die Unterschiede bewegen sich im Wesentlichen aber im Bereich statistischer Unsicherheit. Für die Interpretation der Ergebnisse sind sie deshalb vernachlässigbar. Gegenüber dem Austritt aus der EU, würde die Forderung nach einer stärkeren Zusammenarbeit die Zustimmungswerte um 15 Prozentpunkte verbessern. Auch der Ausbau der EU zu einem gemeinsamen

ABBILDUNG 20 **Einfluss von Positionen zur EU auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei allen Wahlberechtigten sowie bei unpopulistisch und populistisch eingestellten Wahlberechtigten**

In Prozentpunkten



Methode: „Average marginal component effects" (Hainmueller et al. 2014) mit Konfidenzintervallen (95%) basierend auf Standardfehlern geclustered nach Befragtem; Änderungen in der Wahrscheinlichkeit beziehen sich auf Vergleich zur Basis-Kategorie.
Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung im Jahr 2020.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

BertelsmannStiftung

Staat (+11 Prozentpunkte) und sogar die Forderung nach einer etwas schwächeren Zusammenarbeit in der EU (+10 Prozentpunkte) werden gegenüber einem Austritt aus der EU ähnlich stark bevorzugt. Das zeigt noch einmal die besonders starke Mobilisierungschance gegen Kandidaten, die für einen Austritt aus der EU plädieren oder ihn durch Anti-EU-Positionen provozieren oder riskieren würden. Vor allem für die proeuropäischen Kandidaten sehr unpopulistischer Wählerparteien bietet sich eine besondere Chance (s. Kapitel 3).

Ein deutlich anderes Bild zeigt sich bei den populistisch eingestellten Wählern. Sie zeigen sich in der EU-Frage weitgehend indifferent. Die Zukunft der EU scheint in diesem Wählersegment im Jahr vor der Bundestagswahl 2021 kein „Aufregerthema" mit großer Mobilisierungschance zu sein. Jedenfalls ist für die Populisten die Frage, ob ein Kandidat für oder gegen die EU plädiert, derzeit nicht wahlentscheidend. Selbst ein Kandidat, der für den Ausbau der EU zu einem gemeinsamen Staat eintritt, würde im Durchschnitt seine Wahlwahrscheinlichkeit gegenüber einem Kandidaten, der für den Austritt aus der EU plädiert, nicht signifikant verschlechtern. Das ist ein starkes Indiz dafür, dass Anti-EU-Kampagnen selbst bei deutschen Populisten keine nennenswerten Mobilisierungs- und Zustimmungschancen haben. Gleichzeitig richten sie im Durchschnitt aller Wähler und bei den Nicht-Populisten aber großen Schaden an und führen dort zu starken Zustimmungsverlusten.

Das alles unterstreicht noch einmal den Gesamttenor: „Mehr Europa" bietet positive und negative Mobilisierungschancen. Im Durchschnitt aller Wähler und vor allem bei unpopulistischen Wählern mobilisiert der Appell an proeuropäische Positionen, ohne dadurch populistische Wähler von vornherein abzuschrecken.

Gleichzeitig mobilisiert ähnlich stark auch die negative Abgrenzung gegenüber Skeptikern und Gegnern der EU. Hier gibt es also zwei Chancenpotentiale, die im Bundestagswahlkampf 2017 nur unzureichend genutzt wurden. Im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 bieten sie sich den Parteien erneut an.

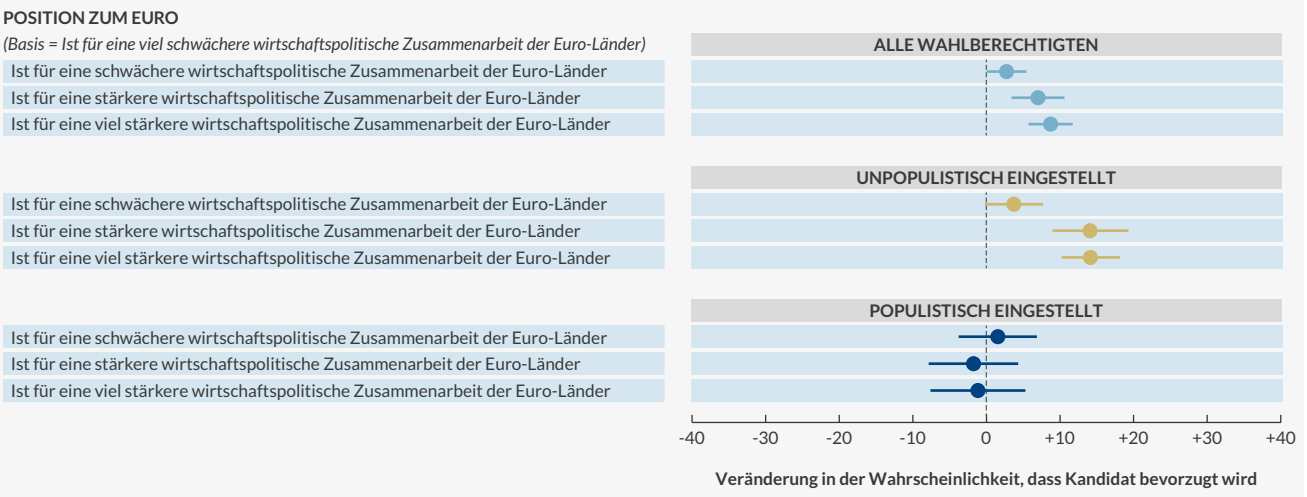
Zukunft der Eurozone: „Mehr Europa“ mobilisiert II

Ein sehr ähnliches Muster wie bei der EU als Ganzes zeigt sich bei der Frage nach der Zukunft der Eurozone. Auch beim Thema Euro bieten sich vergleichbare Mobilisierungs- und Zustimmungschancen einer explizit proeuropäischen Wahlkampagne. Erneut gilt das sowohl für den Durchschnitt aller Wahlberechtigten, wie auch noch einmal etwas stärker ausgeprägt, für die unpopulistisch eingestellten Wähler. Wie schon bei der EU zeigen sich auch beim Euro die Effektstärken gegenüber den Vorjahren nahezu unverändert. Bestehende Differenzen sind statistisch jedenfalls nicht eindeutig interpretierbar. Gegenüber einer „viel schwächeren“ Zusammenarbeit der Euro-Länder erhöht die Forderung nach einer „viel stärkeren“ Zusammenarbeit innerhalb der Eurozone auch in diesem Jahr die Zustimmung bei allen Wählern sehr deutlich (+9 Prozentpunkte). Bei den unpopulistisch eingestellten Wählern erhöht sich die Zustimmung sogar noch etwas stärker um 14 Prozentpunkte.

Nur die Populisten zeigen sich erneut indifferent. Ob ein Kandidat für eine „schwächere“, „stärkere“ oder sogar „viel stärkere“ Zusammenarbeit der Euro-Länder plädiert, hat auf ihre Wahlwahrscheinlichkeit keinen statistisch messbaren Effekt und scheint ihnen zumindest für ihre Wahlentscheidung egal zu sein. Es lässt ihre Zustimmungswerte für solche Kandidaten jedenfalls weitgehend unberührt.

ABBILDUNG 21 **Einfluss von Positionen zur Eurozone auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei allen Wahlberechtigten sowie bei unpopulistisch und populistisch eingestellten Wahlberechtigten**

In Prozentpunkten



Methode: „Average marginal component effects“ (Hainmueller et al. 2014) mit Konfidenzintervallen (95%) basierend auf Standardfehlern geclustered nach Befragtem; Änderungen in der Wahrscheinlichkeit beziehen sich auf Vergleich zur Basis-Kategorie.
Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren im Jahr 2020.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

BertelsmannStiftung

Das ist vor allem deshalb bemerkenswert, weil in den vergangenen Jahren die Befürchtung und Angst der etablierten Parteien vor einem antieuropäischen Furor der Populisten gegen explizite Pro-EU- und Pro-Euro-Positionen sehr weit verbreitet war. Oft war und ist das Argument zu hören, eine explizit proeuropäische Wahlkampagne berge das Potential einer populistischen Mobilisierungsgefahr. Aus Angst vor der eigenen Europacourage wurde deshalb vor allem im Bundestagswahlkampf 2017 sehr weitgehend darauf verzichtet, „mehr Europa" zu einem wesentlichen Kampagnenbestandteil zu machen. Die Ergebnisse des Populismusbarometer 2020 zeigen erneut, wie viel positives und negatives Mobilisierungs- und Zustimmungspotential dadurch ungenutzt geblieben ist.

Deshalb wird es interessant sein, ob sich die etablierten Pro-Europa-Parteien im Bundestagswahlkampf 2021 eines Besseren besinnen. Werden sie diese Chancen diesmal für sich nutzen? Das würde ein viel stärkeres „positive campaigning" für „mehr Europa" und auch „mehr Euro" nahelegen. Gleichzeitig empfiehlt sich eine sehr viel klarere Abgrenzung und ein mutigeres „negative campaigning" gegen EU- und Euro-Gegner. Noch sind die Wahlprogramme 2021 nicht geschrieben. Noch wäre also Zeit, diese Potentiale zu heben und die Chancen zu nutzen, die „mehr EU" und „mehr Euro" auch für die Bundestagswahl 2021 bieten.

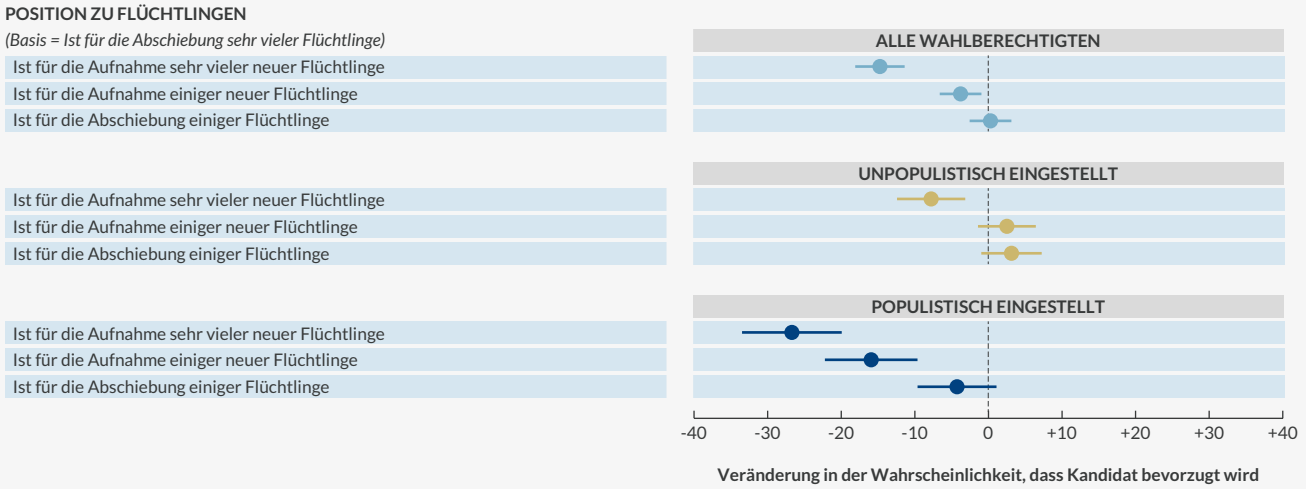
Migrationsthema derzeit weniger wahlentscheidend

Die Positionen zu Migration und Flüchtlingen waren vor und nach der Bundestagswahl 2017 dominant. Vor allem bei den Populisten unter Deutschlands Wählern haben sie die stärksten positiven und negativen Effekte auf die Wahlwahrscheinlichkeit und Zustimmungswerte eines Kandidaten gehabt. Das bleibt auch in diesem Jahr so, allerdings deutlich weniger stark ausgeprägt, und das sogar bei den populistisch eingestellten Wählern. Migration und Flüchtlinge bleiben für sie wahlentscheidende Fragen. Aber auch bei den Populisten nimmt die Effektstärke des Themas ab. Es bleibt auf der populistischen Agenda, aber im Vergleich zur Bundestagswahl 2017 etwas gedämpft. Das reduziert eventuell die Chancen, einen populistischen Wahlkampf ausschließlich auf die Mobilisierungschancen migrationsfeindlicher Positionen zu stützen. Dumpfe Migrationsfeindlichkeit wirkt jedenfalls etwas weniger stark als bei der Bundestagswahl 2017. Das Thema hat an Dringlichkeit verloren, sogar bei den Populisten.

Dennoch lässt sich bei populistischen Wählern die Zustimmung durch die Abschiebung „sehr vieler" Flüchtlinge gegenüber einer Aufnahme „sehr vieler" Flüchtlinge noch immer um 27 Prozentpunkte erhöhen. Im Jahr vor der Bundestagswahl 2017 lag dieser Effekt bei 29 Prozentpunkten. Gleichzeitig scheint die Dringlichkeit von Abschiebungen für Populisten etwas weniger virulent zu werden. Wer die Abschiebung nur „einiger" Flüchtlinge fordert, muss gegenüber der Abschiebung „sehr vieler" Flüchtlinge nicht mehr so stark befürchten, bei Populisten schon deshalb an Zustimmung zu verlieren. Der Effekt ist jedenfalls statistisch weniger eindeutig als im Jahr der Bundestagswahl 2017. Das könnte als ein vorsichtiges Zeichen einer leicht nachlassenden Virulenz und Dringlichkeit interpretiert werden. An der substantiell migrationsfeindlichen Disposition von Populisten ändert das allerdings nichts.

ABBILDUNG 22 **Einfluss von Positionen zu Flüchtlingen auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei allen Wahlberechtigten sowie bei unpopulistisch und populistisch eingestellten Wahlberechtigten**

In Prozentpunkten



Methode: „Average marginal component effects" (Hainmueller et al. 2014) mit Konfidenzintervallen (95%) basierend auf Standardfehlern geclustered nach Befragtem; Änderungen in der Wahrscheinlichkeit beziehen sich auf Vergleich zur Basis-Kategorie.
Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren im Jahr 2020.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

BertelsmannStiftung

Auch im Durchschnitt aller Wahlberechtigten und bei den unpopulistischen Wählern zeigen sich erste Anzeichen einer schwächeren Dringlichkeit der Migrations- und Flüchtlingspolitik für die Wahlentscheidung. Gegenüber der Forderung nach Abschiebung „sehr vieler" Flüchtlinge führt jedenfalls nur noch die Ablehnung der Aufnahme „sehr vieler neuer" Flüchtlinge zu einem statistisch auffälligen Verlust an Zustimmung. Ansonsten zeigen sich viele Wähler und vor allem die nicht populistisch eingestellten unter ihnen eher indifferent gegenüber den unterschiedlichen Positionen zur Migrationspolitik. Das lässt sich auch bei ihnen als Anzeichen einer leicht rückläufigen Salienz und Dringlichkeit dieser Fragen für die eigene Wahlentscheidung deuten. Erledigt ist damit das Thema für den anstehenden Wahlkampf 2021 aber in keiner Weise. Es bleibt virulent, zumal sich eine erneute Verschärfung der Notlagen und Herausforderungen in der Zeit bis zur nächsten Bundestagswahl 2021 nicht ausschließen lässt.

Sozialer Wohnungsbau: Die neue soziale Frage schwelt weiter

Manche Probleme mögen sich von selbst lösen. Das Problem von bezahlbarem Wohnen und einem sozial gerechten Wohnungsmarkt tut es nicht. Es schwelt und hat von seiner Dringlichkeit für die Wähler nichts verloren. Folglich bleibt es für Wähler ein „Aufregerthema". In einigen Wählersegmenten wirkt das Thema inzwischen ähnlich stark wie die Migrationsfrage. Mit sozialem Wohnungsbau lassen sich also Wahlkämpfe erfolgreicher oder aber auch weniger erfolgreich gestalten. Jedenfalls beeinflusst es die Wahlwahrscheinlichkeit und Zustimmungsraten im Muster eindeutig und in den Effekten spürbar: eine Chance also und ein Risiko für denjenigen, der das Thema auch weiterhin vernachlässigt.

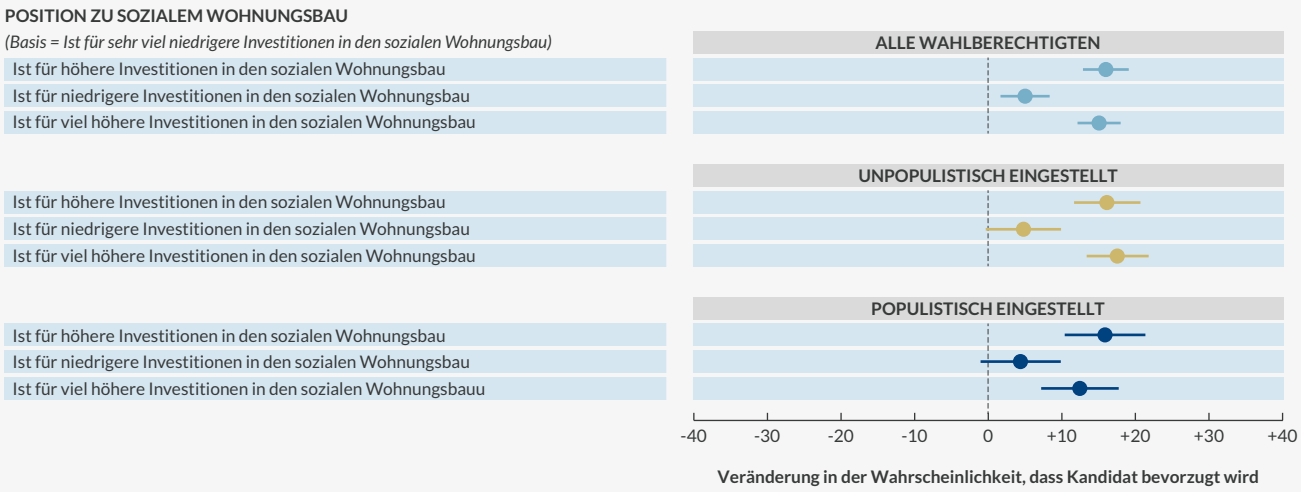
Zunächst die Zahlen: Gegenüber der Forderung nach „sehr viel niedrigeren“ Investitionen in den sozialen Wohnungsbau vermag die Forderung nach „höheren“ und „viel höheren“ Investitionen die Zustimmung um 16 beziehungsweise 15 Prozentpunkte zu verbessern. Besonders auffällig und bemerkenswert dabei: Der Effekt ist nach Richtung und Stärke bei Populisten und Nicht-Populisten nahezu identisch. Populistisch eingestellte Wähler reagieren mit ihren Zustimmungswerten beim sozialen Wohnungsbau nicht anders als unpopulistisch eingestellte Wähler. Sie „ticken“ also zu Fragen des sozialen Wohnungsbaus sehr ähnlich.

Für die etablierten Parteien bietet sich damit eine einmalige Chance. Sozialer Wohnungsbau wäre ein Thema, mit dem sich Populisten und Nicht-Populisten gleichermaßen ansprechen und mobilisieren lassen. Es treibt im Durchschnitt aller Wähler die Deutschen um und beeinflusst ihre Wahlentscheidung. Für mehr Investitionen in den sozialen Wohnungsbau zu plädieren, erhöht die Wahlchancen in beiden Segmenten des Elektorats, im populistischen ebenso wie im unpopulistischen. Für die etablierten Parteien eignet es sich damit für den Versuch, populistische Wähler zurückzugewinnen. Damit kann es auch für die Mobilisierung von Nichtwählern genutzt werden, weil Nichtwähler sich im Durchschnitt populistischer zeigen als Wähler (s. Kapitel 1).

Spiegelbildlich gilt das alles auch für die mögliche Gegenmobilisierung von Wählern gegen einen weiteren Abbau von Investitionen in den sozialen Wohnungsbau. Eine solche Forderung würde bei Populisten und Nicht-Populisten die Wahlchancen von Kandidaten erheblich verschlechtern, und zwar für „sehr viel niedrigere“ ebenso wie für „niedrigere“ Investitionen. Auch hier besteht also die Chance eines „negative campaigning“ gegen einen weiteren Abbau von Investitionen in den sozialen Wohnungsbau. Ignorieren die etablierten Parteien das Thema, öffnen sie eine

ABBILDUNG 23 **Einfluss von Positionen zu sozialem Wohnungsbau auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei allen Wahlberechtigten sowie bei unpopulistisch und populistisch eingestellten Wahlberechtigten**

In Prozentpunkten



Methode: „Average marginal component effects“ (Hainmueller et al. 2014) mit Konfidenzintervallen (95%) basierend auf Standardfehlern geclustered nach Befragtem; Änderungen in der Wahrscheinlichkeit beziehen sich auf Vergleich zur Basis-Kategorie.
Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren im Jahr 2020.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

BertelsmannStiftung

neue Flanke für die Populisten. Die AfD überlässt das Thema aber bislang eher der Linken. Programmatische Dispositionen aus den Gründerjahren, als einer vor allem Anti-EU- und Anti-Euro-Professorenpartei wirken hier nach. Hauptsächlich für die Parteien links von der Mitte bietet das Thema deshalb große Profilierungschancen insbesondere bei Nichtwählern und eher populistisch eingestellten Wählern.

Steuern: Wunsch nach mehr Umverteilung bleibt

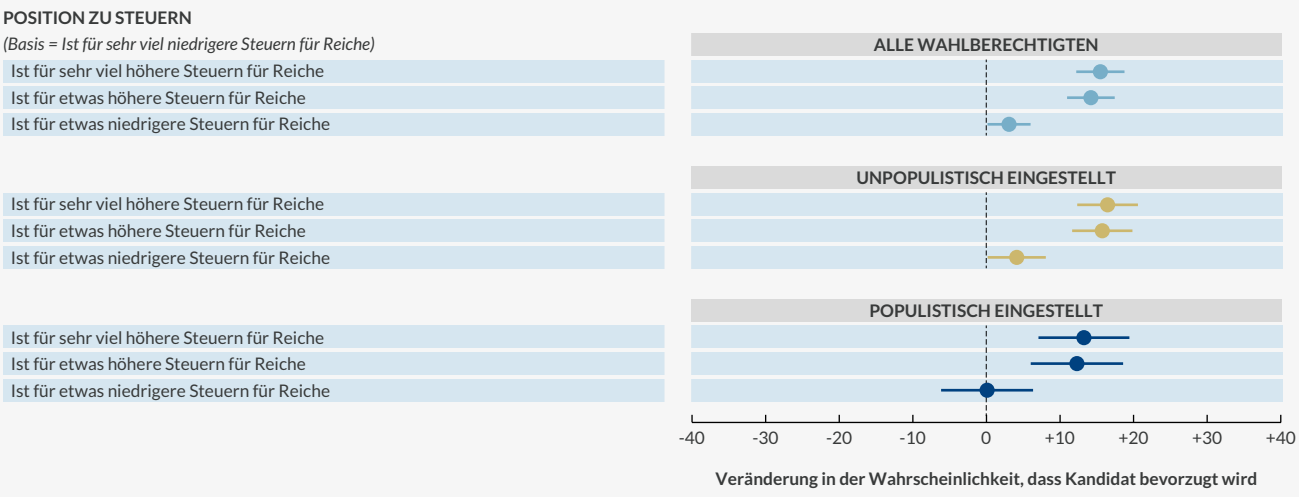
Ein etwas anderes Bild zeigt sich dagegen bei den Steuern und dem Wunsch nach mehr Umverteilung durch höhere Steuern für Reiche. Auch das Thema bleibt in der Richtung und Stärke seiner Effekte auf die Wahlchancen eines Kandidaten erstaunlich stabil. Dennoch zeigt sich die Dringlichkeit des Wunsches nach mehr Umverteilung durch höhere Steuern für Reiche im Segment der populistisch eingestellten Wähler in diesem Jahr etwas schwächer.

So erhöht die Forderung nach „etwas höheren" Steuern für Reiche die Zustimmung bei Populisten zwar noch immer um etwa zwölf Prozentpunkte. Im Populismusbarometer 2017 lag dieser Effekt aber noch bei über 20 Prozentpunkten. Gleichzeitig reichte damals schon der Unterschied zwischen „sehr viel niedrigeren" und „etwas niedrigeren" Steuern für Reiche aus, um bei Populisten die Zustimmung signifikant zu erhöhen. Derzeit sieht es so aus, dass eine solche Sachposition kaum noch einen Effekt auf die Zustimmung populistischer Wähler zu einem Kandidaten hat.

Diese Veränderungen sind aber alle nicht besonders stark ausgeprägt. Sie ändern auch im Grundsatz nichts an dem Wunsch bei Populisten und Nicht-Populisten

ABBILDUNG 24 **Einfluss von Positionen zu Steuern auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei allen Wahlberechtigten sowie bei unpopulistisch und populistisch eingestellten Wahlberechtigten**

In Prozentpunkten



Methode: „Average marginal component effects" (Hainmueller et al. 2014) mit Konfidenzintervallen (95%) basierend auf Standardfehlern geclustered nach Befragtem; Änderungen in der Wahrscheinlichkeit beziehen sich auf Vergleich zur Basis-Kategorie.
Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren im Jahr 2020.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

BertelsmannStiftung

nach mehr Umverteilung durch höhere Steuern für Reiche. Insofern sind und bleiben die Mobilisierungschancen bei diesem Thema ähnlich gelagert und ausgeprägt wie beim sozialen Wohnungsbau. Dennoch zeigt der Wunsch nach mehr Umverteilung durch höhere Steuern für Reiche eine leicht schwächere Dringlichkeit bei den Wählern als noch vor der Bundestagswahl 2017. Dahinter könnte sich die sehr großzügige und inklusive Finanzierung der Corona-Krisenpakete der Bundesregierung verbergen, ebenso die insgesamt sozial inklusivere Regierungspolitik in der großen Koalition seit 2018/19. Die dabei erzielten Erfolge bewirken aber noch längst keine „Erledigung" der Umverteilungsaufgabe. Im Gegenteil: Sie bleibt virulent und treibt viele Wähler auch weiterhin um. Umverteilung bietet den etablierten Parteien deshalb auch im kommenden Bundestagswahlkampf ein Themenspektrum für die Ansprache und Mobilisierung sowohl unpopulistischer, wie populistisch eingestellter Wähler. Ebenso gilt das für die Populisten, sofern ihnen das Thema überlassen wird.

Freihandel und Globalisierung weniger wahlentscheidend

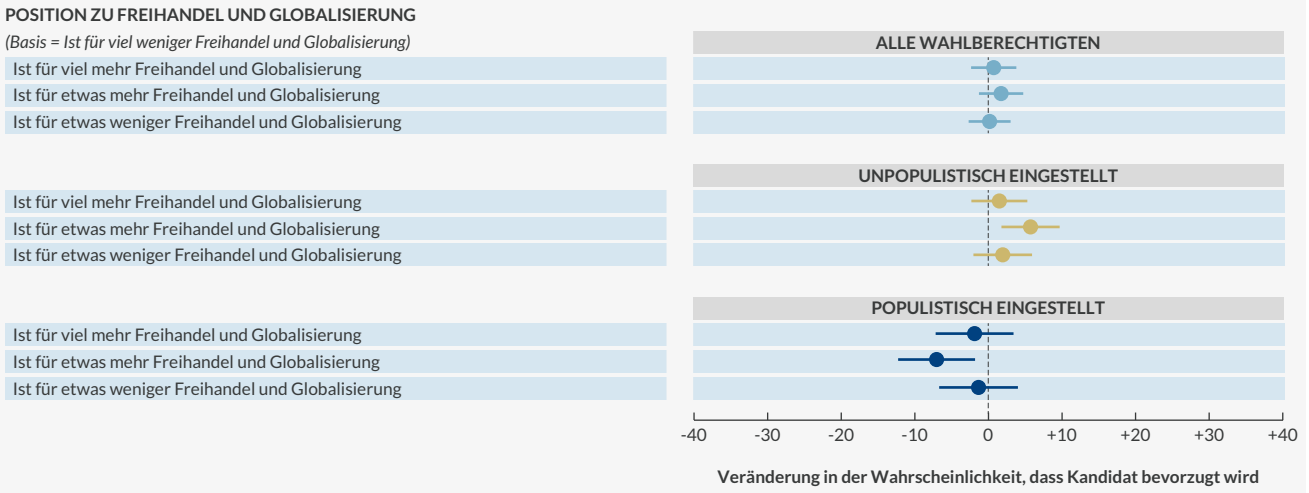
Die Forderung nach „etwas mehr" oder sogar „viel mehr" Freihandel und Globalisierung hatte im Jahr nach der Bundestagswahl 2017 an Dringlichkeit gewonnen. Im Populismusbarometer 2018 zeigte sich zumindest im Durchschnitt aller Wähler und verstärkt bei den Nicht-Populisten unter ihnen ein positiver Zustimmungseffekt bei den Positionen zu Freihandel und Globalisierung. Je stärker ein Kandidat im Vergleich zu „viel weniger" für „viel" oder „etwas mehr" Freihandel und Globalisierung plädierte, umso deutlicher stieg seine Zustimmung, vor allem bei den Nicht-Populisten um bis zu mehr als zehn Prozentpunkte. Selbst bei populistisch eingestellten Wählern zeigte sich ein Effekt für mehr Freihandel und Globalisierung, wenn auch geringer ausgeprägt. Anti-Globalisierung mobilisiert also in Deutschland nicht. Das unterscheidet die Exportnation Deutschland von vielen anderen europäischen Ländern, in denen Links- und Rechtspopulisten aus Anti-Globalisierungskampagnen politisches Kapital schlagen können. Das funktioniert in Deutschland nicht.

Und das bleibt auch im Jahr vor der Bundestagswahl 2021 so: Freihandel und Globalisierung sind noch nicht einmal für die Populisten unter den deutschen Wählern ein „Aufregerthema". Ob ein Kandidat für „viel weniger", „etwas weniger" oder „viel mehr" Freihandel und Globalisierung eintritt, ist ihnen weitgehend egal. Jedenfalls beeinflusst es nicht ihre Wahlentscheidung zugunsten oder gegen einen Kandidaten.

Ein ähnlich indifferentes Bild zeigt sich diesmal aber auch bei den unpopulistischen Wählern und allen Wahlberechtigten: Niemand scheint das Thema derzeit für wirklich wahlentscheidend zu halten. Noch im Jahr 2018 war das anders. Die Positionierung für mehr Freihandel und Globalisierung führte im Durchschnitt aller Wähler und verstärkt bei den Nicht-Populisten zu einem Zustimmungsgewinn von bis zu zehn Prozentpunkten. Diese Effekte sind im Jahr 2020 weitgehend verschwunden. Die Themen haben an positiver Mobilisierungskraft eingebüßt. Dahinter könnte sich ein Corona-Effekt verbergen, weil vielen Wählern im Zuge der weltweiten Ausbreitung der Pandemie auch die negativen Folgen und Risiken der Globalisierung wieder deutlicher geworden sind. In eine Globalisierungskritik ist das jedoch (noch) nicht umgeschlagen, und ob sich der Dämpfer im Globalisierungsdiskurs

ABBILDUNG 25 **Einfluss von Positionen zu Freihandel und Globalisierung auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei allen Wahlberechtigten sowie bei unpopulistisch und populistisch eingestellten Wahlberechtigten**

In Prozentpunkten



Methode: „Average marginal component effects" (Hainmueller et al. 2014) mit Konfidenzintervallen (95%) basierend auf Standardfehlern geclustered nach Befragtem; Änderungen in der Wahrscheinlichkeit beziehen sich auf Vergleich zur Basis-Kategorie.
Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren im Jahr 2020.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

BertelsmannStiftung

nach Überwindung der Corona-Krise wieder korrigiert, bleibt abzuwarten. Jedenfalls lässt sich mit der Forderung nach mehr Freihandel und Globalisierung derzeit keine zusätzliche Unterstützung für Kandidaten generieren.

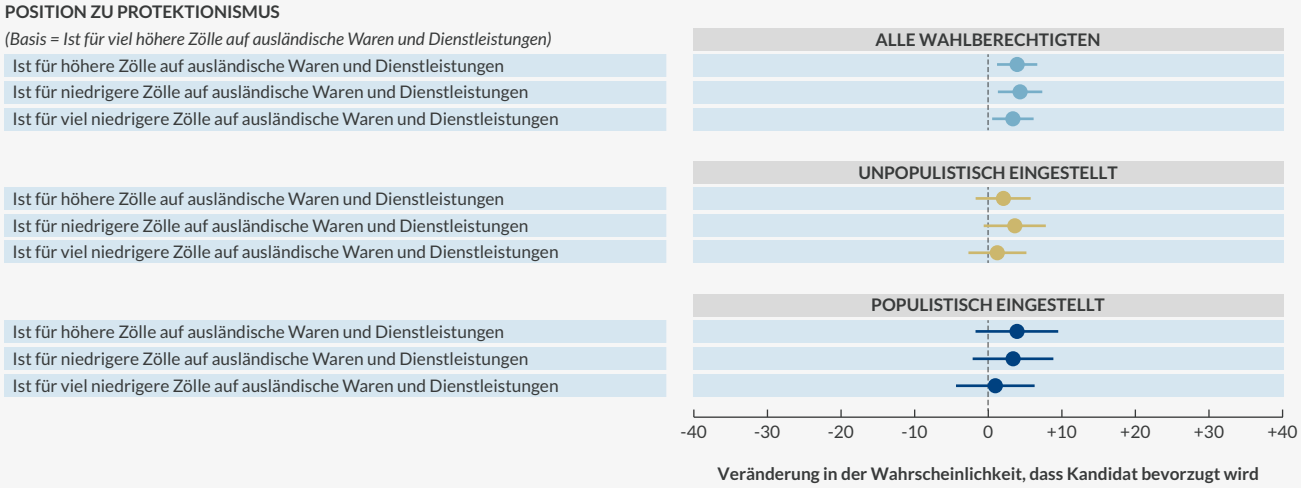
Für die Parteien und ihre Kandidaten im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 heißt das: „Keine Angst vor dem Globalisierungsthema" bleibt auch in Zeiten der Corona-Krise gültig. Freihandel und Globalisierung haben in Deutschland (noch?) keine negativen Mobilisierungschancen, weder bei Nicht-Populisten noch bei Populisten unter den Wählern. Für eine aktive Mobilisierung bietet sich mehr Freihandel und Globalisierung allerdings derzeit auch nicht an. Dafür sind die negativen Folgen der globalisierungsbedingt weltweit spürbaren Corona-Krise wohl noch zu bedrohlich und präsent.

Auch Zölle und Protektionismus weniger wahlentscheidend

Sehr ähnlich und nur leicht besser zeigt sich das Bild beim Thema Zölle und Protektionismus. Auch hier herrscht eine sehr weitgehende Indifferenz bei populistischen und nicht populistischen Wählern. Lediglich die etwas aktivere Positionierung der Wähler dazwischen bewirkt, dass bei allen Wählern ein zumindest leicht positiver Zustimmungseffekt für weniger oder etwas weniger stark erhöhte Zölle verbleibt. Gegenüber „viel höheren" Zöllen führt die Forderung nach nur „höheren", „niedrigeren" oder „sehr viel niedrigeren" Zöllen zu einer höheren Zustimmung von drei bis vier Prozentpunkten. Im Populismusbarometer 2018 waren diese positiven Effekte aber noch deutlicher und auch für alle betrachteten Wählersegmente sichtbar. Das Thema wirkte also sowohl bei den Nicht-Populisten wie auch bei den Populisten. Das ist derzeit nicht mehr der Fall.

ABBILDUNG 26 **Einfluss von Positionen zu Protektionismus auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei allen Wahlberechtigten sowie bei unpopulistisch und populistisch eingestellten Wahlberechtigten**

In Prozentpunkten



Methode: „Average marginal component effects" (Hainmueller et al. 2014) mit Konfidenzintervallen (95%) basierend auf Standardfehlern geclustered nach Befragtem; Änderungen in der Wahrscheinlichkeit beziehen sich auf Vergleich zur Basis-Kategorie.
Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren im Jahr 2020.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

BertelsmannStiftung

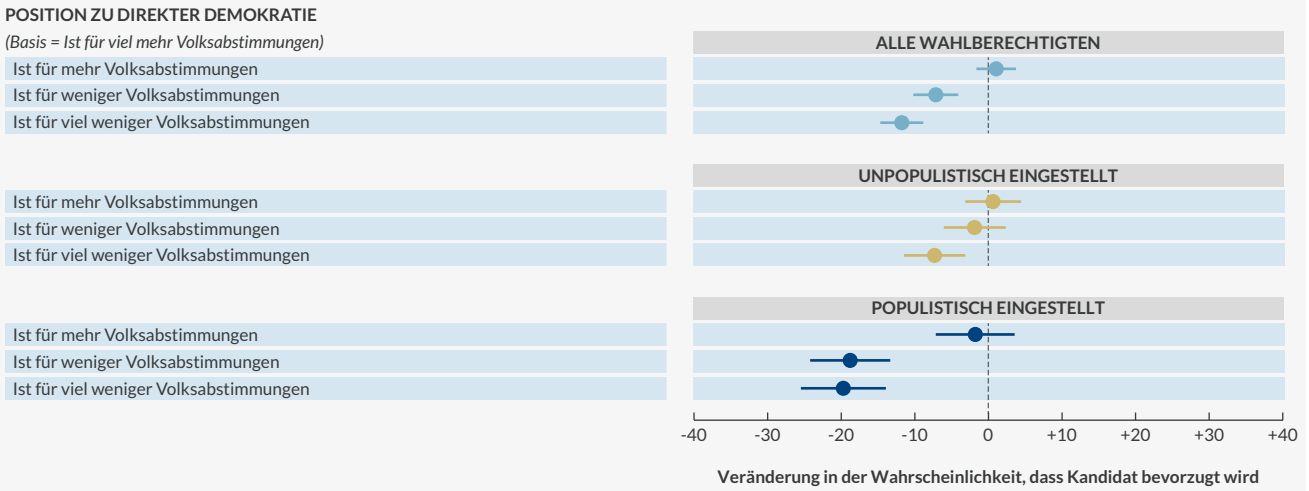
Aber Indifferenz heißt eben nicht nur, dass durch ein Plädoyer für niedrigere Zölle und gegen Protektionismus keine positiven Zustimmungseffekte zu erzielen sind. Es bedeutet gleichzeitig, dass mit dem Thema keine nennenswert negativen Zustimmungseffekte verbunden sind. Auch Protektionismus mobilisiert in Deutschland nicht, und für höhere Zölle zu plädieren, hätte keinen nennenswerten Effekt auf die Zustimmungswerte eines Kandidaten. Zölle und Protektionismus eignen sich also derzeit weder für positive noch für negative Kampagnen, weil das Thema die Wähler derzeit nicht wirklich bewegt.

Mehr direkte Demokratie nicht den Populisten überlassen!

Nahezu unverändert zeigt sich das Bild bei der Forderung nach mehr direkter Demokratie in Deutschland. „Mehr direkte Demokratie" mobilisiert in Deutschland zwar vor allem eher populistisch eingestellte Wähler. Aber auch bei unpopulistischen Wählern und allen Wahlberechtigten ist sie akzeptiert beziehungsweise stößt auch dort zumindest auf keinerlei Ablehnung. Im Unterschied zu Populisten bewegt die unpopulistischen Wähler das Thema aber nicht so stark. Sie würden es zwar negativ bewerten, wenn ein Kandidat explizit für „viel weniger" Volksabstimmungen plädieren würde. Ihre Zustimmungswerte zu Kandidaten steigen auch mit deren Einsatz für mehr direkte Demokratie. Aber dennoch bleibt für das Gesamtbild aller Wähler allein die deutlich stärkere Forderung populistisch eingestellter Wähler nach mehr direkter Demokratie prägend. Ihre Zustimmung zu Kandidaten, die für „weniger" oder „viel weniger" direkte Demokratie plädieren sinkt um bis zu 20 Prozentpunkte. Bei unpopulistischen Wählern ist dieser Effekt mit sieben Prozentpunkten viel schwächer ausgeprägt.

ABBILDUNG 27 **Einfluss von Positionen zu direkter Demokratie auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei allen Wahlberechtigten sowie bei unpopulistisch und populistisch eingestellten Wahlberechtigten**

In Prozentpunkten



Methode: „Average marginal component effects" (Hainmueller et al. 2014) mit Konfidenzintervallen (95%) basierend auf Standardfehlern geclustered nach Befragtem; Änderungen in der Wahrscheinlichkeit beziehen sich auf Vergleich zur Basis-Kategorie.
Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren im Jahr 2020.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

BertelsmannStiftung

Für populistisch eingestellte Wähler gehört die Forderung nach direkter Demokratie zu ihrem Standardrepertoire. Ihre dahinterliegenden demokratischen Absichten bleiben dennoch suspekt. Warum?

Populisten vertreten überdurchschnittlich häufig ein illiberal-autoritäres Demokratieverständnis. Sie lehnen politische Kompromisse als Verrat an den eigenen Prinzipien, ebenso wie viele der grundlegenden Normen und Verfahren der parlamentarisch-liberalen Demokratie ab (s. Kapitel 1). Darüber hinaus sind sie antipluralistisch gesinnt. Sie glauben an die Einheitlichkeit eines vermeintlichen Volkswillens, den sie zu kennen glauben und politisch vertreten. Das macht sie dann zumindest vordergründig auch zu Anhängern der direkten Demokratie – vor allem dann, wenn es, wie in Deutschland auf der Bundesebene, solche Instrumente entweder gar nicht gibt oder sie nur sehr selten und eingeschränkt eingesetzt werden. Die Forderung nach mehr direkter Demokratie wird dann zu einem leicht ausspielbaren populistischen Mobilisierungsargument gegen die etablierten Parteien und gegen die parlamentarischen Institutionen der liberalen Demokratie. „Seht her", heißt es dann, „dem Volk wird die Mitsprache und die direkte Beteiligung an der Entscheidung wichtiger Fragen verweigert, und die Eliten nutzen die Verfahren und Institutionen der repräsentativen Demokratie zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen, die gegen das wahre Volk gerichtet sind." So in etwa lauten dann die populistischen Parolen für mehr direkte Demokratie.

Für Populisten ist direkte Demokratie also vor allem ein Instrument zur Feststellung eines vermeintlich homogenen Volkswillens gegenüber den herrschenden Eliten. Das beruht aber auf einem fundamentalen Missverständnis darüber, wie die verschiedenen Instrumente der direkten Demokratie in einer repräsentativen Demokratie wirken und was sie bewirken können.

Im Kontext der liberalen Demokratie besteht die eigentliche Herausforderung und das Potential direkter Demokratie nicht im Ersatz, sondern in einer partizipativen Ergänzung der repräsentativen Institutionen. Die entscheidende Rechtfertigung für mehr direkte Demokratie ist dann nicht die Durchsetzung eines vermeintlich homogenen Volkswillens gegenüber den egoistischen Klasseninteressen einer korrupten Elite, sondern die partizipative Verbesserung der repräsentativen Institutionen innerhalb der pluralistisch-liberalen Demokratie. Für welche Fragen, welche Verfahren der direkten Demokratie zu welchen institutionellen Varianten real existierender repräsentativ-liberaler Demokratien passen, ist dann eine weit komplexere Frage. Mit dem Rekurs auf einen vermeintlich homogenen Volkswillen ist sie jedenfalls nicht zu beantworten.

Dieses Missverständnis in Bezug auf die Möglichkeiten und Chancen direkter Demokratie in repräsentativen Demokratien führt dann auch häufig zu einer schnellen Enttäuschung und Vernachlässigung direktdemokratischer Instrumente, wenn Populisten in Demokratien an die Macht gelangen. Sie erkennen dann sehr schnell, dass auch direkte Demokratie nicht Homogenität, sondern Pluralität hervorbringt und dass der vermeintliche Volkswille oft vielfältiger, heterogener und unberechenbarer ist als in der populistischen Fantasie.

Deshalb bleibt die Zustimmung von Populisten zu direkter Demokratie normativ prekär. Die Aufgabe der etablierten Parteien wäre dann aber gerade, sich das zweifellos vorhandene Potential direktdemokratischer Instrumente nicht durch populistische Verzerrung nehmen zu lassen. Sie sollten deshalb auf einem differenzierten Diskurs über die Vor- und Nachteile direktdemokratischer Elemente innerhalb der repräsentativen Demokratie bestehen und ihr pluralistisches und liberaldemokratisches Potential nutzen. Dabei könnten sich die Anhänger direkter Demokratie auch auf die zumindest wohlwollende Akzeptanz und Unterstützung unpopulistischer Wähler berufen und verlassen. Aber die deskriptiv meist überwältigend hohe Zustimmung zu direkter Demokratie in einfachen Umfragen sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Thema jenseits der eher populistisch eingestellten Wähler keine wahlentscheidende Wirkung entfalten kann.

Das jedenfalls zeigen die Ergebnisse des diesjährigen Populismusbarometer 2020: Direkte Demokratie ist für die Nicht-Populisten kein Mobilisierungsschlager. Dennoch sollte sie nicht den Populisten allein überlassen werden. Richtig verstanden ermöglicht sie den etablierten Parteien sogar eine Brücke in die Wählersegmente der Populisten. Die Einführung von Elementen direkter Demokratie könnte gerade auf der Bundesebene auf einen Konsens zwischen Nicht-Populisten und Populisten bauen: eine Befriedungs- und Entwicklungschance, die sich die Demokratie in Deutschland nicht entgehen lassen sollte.

3. Populismus an der Wahlurne

Parteipräferenzen und Wahlabsichten populistisch und unpopulistisch eingestellter Wahlberechtigter im Jahr 2020

Populistische und unpopulistische Wähler sympathisieren und identifizieren sich sehr unterschiedlich mit den Parteien, und sie wählen auch sehr unterschiedlich. Gegenüber der Bundestagswahl 2017 zeigen sich allerdings starke Veränderungen. Die Trendwende im Meinungsklima beeinflusst auch die Wahlmotive der Wähler und die Wahlchancen der Parteien.

Das zeigt auch die Analyse der Wahlabsichten in der politischen Mitte. Die Versuchung der bürgerlichen Parteien, dem Populismus der AfD zu folgen, ihn nachzuahmen oder sich zumindest rhetorisch ihm anzupassen, wurde als Irrweg erkannt und korrigiert. Die drei Parteien (CDU/CSU und FDP) der bürgerlichen Mitte sind damit wieder fest im unpopulistischen Wählersegment leicht rechts von der politischen Mitte verankert.

Im Gesamtbild aller Parteien zeigt sich erstmals seit 2017 ein deutlich unterdurchschnittlich populistischer Block aller fünf Parteien leicht links und rechts von der politischen Mitte (CDU/CSU, die Grünen, SPD und FDP). Dieser unpopulistische Block der etablierten Parteien der politischen Mitte steht derzeit für etwas mehr als 80 Prozent aller Wähler. Auch der Populismus der politischen Ränder ist deutlich schwächer ausgeprägt als noch 2017/18.

Die Parteienlandschaft in Deutschland zeigt sich damit im Jahr vor der Bundestagswahl 2021 deutlich populismusresistenter als vor und nach der Bundestagswahl 2017.

Extremer Ausreißer in der deutschen Parteienlandschaft bleibt auch im Jahr 2020 die AfD. Eine deutliche Mehrheit (56 Prozent) aller AfD-Wähler ist entweder latent rechtsextrem (27 Prozent) oder sogar manifest rechtsextrem (29 Prozent) eingestellt. Gleichzeitig sind 73 Prozent aller AfD-Wähler entweder klar populistisch (38 Prozent) oder zumindest teils/teils populistisch (35 Prozent) eingestellt. Der Anteil unpopulistischer und zugleich nicht rechtsextrem eingestellter Wähler liegt bei der AfD bei lediglich 13 Prozent. Fast neun von zehn AfD-Wählern (87 Prozent) vertreten also entweder sehr deutlich oder zumindest latent populistische und/oder latent rechtsextreme Einstellungen.

Zusammenfassend zeigt das: Nicht nur als rechtspopulistische Mobilisierungsbewegung, sondern auch als eine von zumindest latent rechtsextremen Einstellungen geprägte Wählerpartei hat die AfD im Deutschen Bundestag ein Alleinstellungsmerkmal: Je stärker der Populismus abflaut und populistische Wähler aus der Mitte zu den etablierten Parteien zurückkehren, umso dominanter werden unter den AfD-Wählern die rechtsextremen Einstellungen.

IM FOKUS

Lieber eine negative Parteiidentität als keine

Seit einigen Jahren wird die Bedeutung negativer Parteiidentitäten für das Wahlverhalten wiederentdeckt (Meléndez und Rovira Kaltwasser 2017; Vehrkamp und Bischoff 2020a). Wähler entscheiden sich nicht nur *für*, sondern auch *gegen* Parteien. Sie wählen also nicht nur *für* eine Partei, weil sie ihren Interessen, Einstellungen und Präferenzen am besten entspricht. Sie stimmen auch *gegen* eine oder mehrere Parteien, die sie auf jeden Fall verhindern wollen, und geben dann derjenigen Partei ihre Stimme, die ihnen als die beste Versicherung dagegen erscheint, dass eine dieser Parteien zu viel Einfluss oder sogar die Macht bekommt.

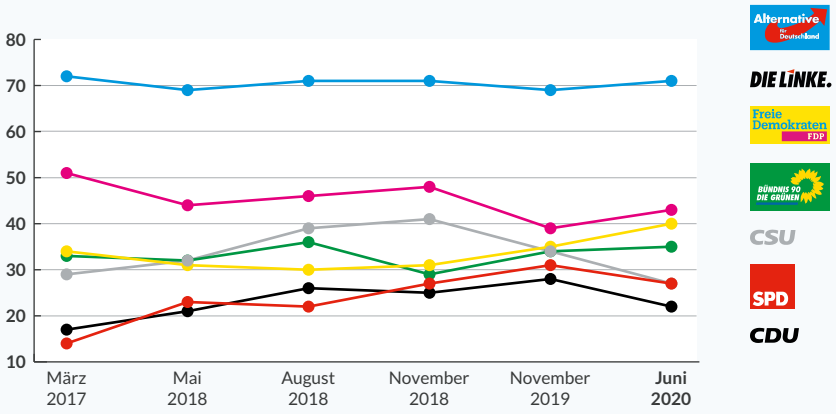
Auch negative Parteiidentitäten können Wahlentscheidungen also beeinflussen. Deshalb lohnt es für die Parteien, sich damit zu beschäftigen: Welche Parteien würden wie viele und welche Wähler auf keinen Fall wählen, so dass eine klare Abgrenzung, Konkurrenz und Bekämpfung sich für die eigene Zustimmung und den eigenen Wahlerfolg rentieren könnte?

Für die Messung negativer Parteiidentitäten gibt es unterschiedliche Konzepte. Eine Möglichkeit der Operationalisierung negativer Parteiidentitäten ist die Frage, wie viel ein Befragter von einer Partei hält: „sehr viel“, „eher viel“, „eher wenig“ oder „sehr wenig“. Wer von einer Partei nur „sehr wenig“ hält, wird sie kaum wählen. Deshalb kann mit großer Wahrscheinlichkeit von einer negativen Parteiidentität ausgegangen werden, wenn ein Befragter von einer Partei „sehr wenig“ hält.

Im Zeitverlauf zwischen März 2017 und Juni 2020 ergibt sich dabei für die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien das folgende Bild:

Negative Parteiidentitäten im Zeitverlauf

In Prozent aller Befragten



Anmerkung: Anteil der Befragten, die für die Partei angegeben haben „sehr wenig“ von ihr zu halten.
Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren.

Quelle: infratest dimap und YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. | BertelsmannStiftung

Alle Parteien bis auf die AfD bewegen sich in einer Bandbreite von circa 20 bis etwa an die 50 Prozent aller Wähler, die jeweils „sehr wenig“ von ihnen halten. Lediglich die AfD liegt mit mehr als 70 Prozent aller Wähler, die „sehr wenig“ von ihr halten, im einsamen Abseits. Sie ist die einzige Partei, die weit mehrheitlich abgelehnt wird. Auffällig ist dabei zunächst, dass im europäischen Vergleich sehr hohe Niveau der Ablehnung. Keine andere extrem rechtspopulistische Partei wird von den Wählern ihres Landes so stark abgelehnt wie die AfD (Rovira Kaltwasser et al. 2019).

Keine Alternative für Deutschland

Besonders auffällig ist bei der AfD auch, dass sich ihre enorm hohen Ablehnungswerte durch den Einzug in den Deutschen Bundestag überhaupt nicht verbessert haben. Mit 71 Prozent Ablehnung unter allen deutschen Wählern liegt ihre negative Parteiidentität fast auf dem Niveau vom März 2017. Sechs Monate später gelang ihr bei der Bundestagswahl 2017 erstmals der Einzug in den Bundestag. Dennoch führten die parlamentarische Etablierung und Präsenz der AfD nicht zu einer Verbesserung ihrer Ablehnungswerte. Noch immer halten mehr als sieben von zehn Wählern in Deutschland „sehr wenig“ von der AfD, würden sie also mit großer Wahrscheinlichkeit auch in nächster Zeit auf keinen Fall wählen.

Anders zeigt sich das Bild für die Linkspartei: Sie lag im März 2017 noch bei 51 Prozent, konnte ihren Ablehnungswert aber auf inzwischen etwa gut 40 Prozent reduzieren. Damit zeichnet sich bei der Linkspartei ein deutlicher Normalisierungsprozess ab. Sie wird zunehmend als wählbare Alternative innerhalb des etablierten Parteiensystems wahrgenommen. Vorurteile und Ressentiments treten zunehmend in den Hintergrund. Die Linke lag damit im Juni 2020 in etwa gleichauf mit der FDP. Beide Parteien werden derzeit von etwa vier von zehn aller Wähler abgelehnt. Für die Linke ist das ein Rekordwert – für die FDP auch, allerdings mit umgekehrten Vorzeichen.

Noch Ende 2018 lag die FDP mit etwa 30 Prozent Ablehnung bei allen Wählern in einer sehr engen Bandbreite mit der SPD, den Grünen und den Unionsparteien. Danach sind ihre Ablehnungswerte um ein Drittel auf derzeit 40 Prozent gestiegen, was vor allem auf ihr Verhalten nach der Landtagswahl in Thüringen zurückzuführen sein dürfte. Nicht negativ ausgewirkt hat sich dagegen ihr Ausstieg aus den Sondierungsgesprächen zur Regierungsbildung nach der Bundestagswahl 2017, jedenfalls was ihre expliziten Ablehnungswerte und negativen Parteiidentitäten angeht, die in dieser Zeit sogar leicht rückläufig waren.

Das erging den Parteien der Großen Koalition anders. Ihre Ablehnungswerte zeigen sich bis Ende 2019 deutlich erhöht, vor allem die der SPD. Während von der SPD im März 2017 nur etwa 14 Prozent aller Wähler „sehr wenig“ hielten, waren es im November 2019 mit 27 Prozent etwa doppelt so viele. Im gleichen Zeitraum erhöhten sich die Ablehnungswerte gegenüber der CDU/CSU von 17 auf 26 Prozent. Auch wenn die Große Koalition nach ihrem langen Fehlstart im Jahr 2018 in der Folgezeit „Besser als ihr Ruf“ regiert hat (Vehrkamp und Matthieß 2019): Erst am aktuellen Rand konnten die Regierungsparteien im Zuge ihres Regierungsmanagements der Corona-Pandemie ihre Werte wieder etwas verbessern.

Prägend für das Bild der negativen Parteiidentitäten in Deutschland bleibt aber die extrem tiefe und stabile „gläserne Decke“ für die AfD.

Wie populistisch sind die Wähler der Parteien?

Populisten denken über viele politische Themen anders als unpopulistische Wähler. Populismus beeinflusst und prägt also die politischen Einstellungen und Sachpositionen. Aber beeinflusst Populismus auch die Parteipräferenzen und das Wahlverhalten? Wählen Populisten anders als unpopulistische Wähler?

Um diese Fragen zu beantworten, verortet das Populismusbarometer die Wähler zunächst nach ihren Wahlabsichten als Anhänger einer bestimmten Partei. Maßgebend dafür ist die Beantwortung der sogenannten Sonntagsfrage („Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre oder würden Sie nicht an der Wahl teilnehmen?“). Die parteipolitische Verortung der Wahlberechtigten entspricht damit ihren jeweils aktuellen wahlpolitischen Absichten, und die Stärke und Zusammensetzung der Anhängerschaft der einzelnen Parteien spiegelt ihre Umfragewerte zum Zeitpunkt der Datenerhebung für das vorliegende Populismusbarometer im Juni 2020.

Über diese wahlpolitischen Parteipräferenzen hinaus werden zwei weitere Verortungen vorgenommen: zum einen nach dem Grad der Populismusneigung, und zum anderen nach der ideologischen Links-Rechts-Orientierung der Wahlberechtigten mit einer Wahlabsicht. Der Grad ihrer Populismusneigung wird entlang der acht Items zur Identifikation von Populismus (s. Abbildung 1 auf S. 22) auf einer Populismus-Skala von 0 (=unpopulistisch) bis 8 (=populistisch) abgebildet. Die ideologische Links-Rechts-Orientierung wird durch die Selbsteinschätzung der Wähler auf einer Links-Rechts-Skala von 0 (=links) bis 10 (=rechts) erfasst.

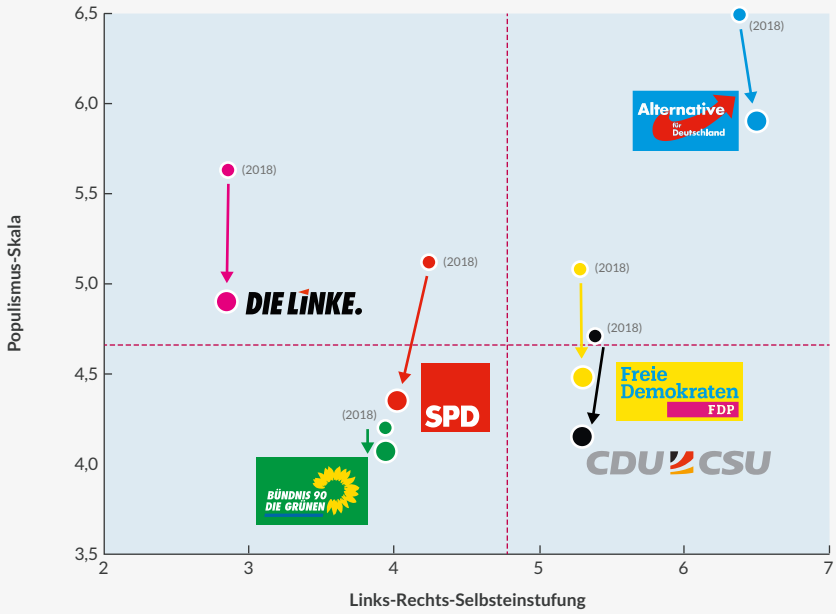
Durch die Zusammenführung der drei Verortungen lässt sich dann ein differenziertes Bild der Parteienlandschaft in Deutschland zeichnen (s. Abbildung 28), das die Verortung der Parteien nach der durchschnittlichen Populismusneigung und Links-Rechts-Orientierung ihrer derzeitigen Wähler zeigt.

Für die Interpretation der politischen Verortung der Parteien ist zum einen ihre relative Positionierung zueinander wichtig. Zum anderen ist der Vergleich im Zeitverlauf und zu den Mittelwerten der Populismusneigung und Links-Rechts-Orientierung im Durchschnitt aller Wahlberechtigten (=gestrichelte Linien) von Bedeutung. Dabei lassen sich vier unterschiedliche Quadranten oder Segmente der Parteienlandschaft unterscheiden: ein rechtspopulistisches Segment (überdurchschnittlich populistisch und gleichzeitig rechts von der politischen Mitte) und ein linkspopulistisches Segment (überdurchschnittlich populistisch und gleichzeitig links von der politischen Mitte), sowie zwei unterdurchschnittlich populistische beziehungsweise unpopulistische Wählersegmente, von denen sich das eine links und das andere rechts von der politischen Mitte befindet.

Die Verortung und die Bewegung der einzelnen Parteien und ihrer Wähler in diesen vier Segmenten zeigen ein differenziertes Bild der derzeitigen Parteienlandschaft und ihrer Veränderungen seit der Bundestagswahl 2017.

ABBILDUNG 28 **Wähler der Parteien nach Populismus und Links-Rechts-Orientierung**

Signifikante Veränderungen zu 2018 sind durch Pfeile dargestellt.



Anmerkung: Punkte zeigen Durchschnitt für Wähler der Parteien; gestrichelte rote Linien zeigen Durchschnitt aller Wahlberechtigten im Jahr 2020.

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren (Fallzahl 2020: 7.924).

Quelle: infratest dimap und YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. | BertelsmannStiftung

CDU/CSU und FDP: Abschwellender Populismus der bürgerlichen Mitte

Eines der wichtigsten Ergebnisse des Populismusbarometer 2018 war die schleichende Zunahme populistischer Einstellungen in der bürgerlichen Mitte. Die Wähler von CDU/CSU und FDP hatten sich im Vergleich zum Wahljahr 2017 deutlich populistischer gezeigt. Diese Entwicklung hat sich im Jahr vor der Bundestagswahl 2021 wieder korrigiert: Die Wähler der bürgerlichen Mitte zeigen sich im Populismusbarometer 2020 sogar noch weniger populistisch als im Wahljahr 2017. Ihr Ausflug in populistischere Gefilde scheint damit vorerst beendet. Die Versuchung der beiden bürgerlichen Parteien, dem Populismus der AfD zu folgen, ihn nachzuahmen oder sich zumindest rhetorisch ihm anzupassen, wurde als Irrweg erkannt und korrigiert. Die drei Parteien der bürgerlichen Mitte sind damit wieder fest im unpopulistischen Wählersegment leicht rechts von der politischen Mitte verankert.

Mit Blick auf die konkreten Skalenwerte zeigt sich bei der Union ein rückläufiger Grad des durchschnittlichen Populismus ihrer Wähler von 4,71 im Jahr 2018 auf 4,15 in diesem Jahr. Die durchschnittliche Populismusneigung der Unionswähler liegt damit um 0,51 Skalenpunkte unterhalb des Mittelwertes aller Wahlberechtigten (4,66). Der wiederum liegt um 0,65 Skalenpunkte unterhalb des Mittelwertes von

2018 (5,31). Die Abnahme populistischer Einstellungen bei den Unionswählern liegt damit in etwa im Durchschnitt aller Wähler. Gleichzeitig ist ihre Selbstverortung auf der Rechts-Links-Achse mit einem Skalenwert von 5,3 seit der Bundestagswahl 2017 nahezu konstant geblieben. Die Union bleibt ideologisch eine Partei leicht rechts von der politischen Mitte.

Bei der FDP zeigt sich ebenfalls eine in etwa durchschnittliche Abnahme populistischer Einstellungen um 0,6 Skalenpunkte auf einen Skalenwert von nunmehr 4,48. Die ideologische Selbstverortung der derzeit noch verbleibenden FDP-Wähler entspricht nahezu perfekt der Selbstverortung der Unionswähler.

Die Grünen und SPD: Populismusresistenz der linksliberalen Mitte

Die linksliberale Mitte der Wähler in Deutschland hatte sich der populistischen Aufladung des Meinungsklimas in Deutschland vor und nach der Bundestagswahl 2017 sehr weitgehend entzogen. Die Wähler der Grünen bleiben die am wenigsten populistisch eingestellten von allen Parteien in Deutschland. Die Populismusresistenz bleibt damit der Markenkern der grünen Wählerschaft. Dennoch ist daraus kein Alleinstellungsmerkmal der Grünen im deutschen Parteiensystem geworden. Die vergleichsweise stärker abnehmenden Grade populistischer Einstellungen bei den Wählern von CDU/CSU, SPD und FDP haben zu einer Angleichung der vier Parteien der politischen Mitte geführt.

Dennoch konnten die Grünen ihre Position als populismusresistenteste Wählerpartei des deutschen Parteiensystems verteidigen. Gleichzeitig haben sich ihre Umfragewerte im Vergleich zum Jahr 2018 in etwa verdoppelt. Das zeigt: In der politischen Mitte führt nicht mehr, sondern weniger Populismus zu besseren Wahlergebnissen. Der Erfolg der Grünen ist auch ein Erfolg ihres konsequenten Antipopulismus. Sie haben sich in den Augen vieler Wähler vor und nach der Bundestagswahl als unpopulistischer Fels in einer zunehmend populistischen Meinungsbrandung bewährt. Das hat sie für unpopulistisch und antipopulistisch eingestellte Wähler der politischen Mitte zusätzlich attraktiv gemacht und ihr Wählerpotential substantiell vergrößert.

Der Skalenwert der Grünen zeigt beim Populismus ihrer Wähler mit 4,07 den niedrigsten Wert aller Parteien. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahr bleibt auf diesem niedrigen Niveau jedoch mit -0,13 Skalenpunkten deutlich unterdurchschnittlich. Auf der Links-Rechts-Achse bleiben die Grünen mit ihrem unveränderten Skalenwert von 3,94 auch nach der Verdoppelung ihrer Umfragewerte eine Partei der linken und linksliberalen Mitte. Die signifikante Bewegung der Grünen Richtung Mitte nach der Bundestagswahl 2017 hat aber Bestand. Ihr Abstand von der Mitte nach Links bleibt dennoch etwas größer als der Abstand der Unionsparteien nach Rechts.

Die Skalenwerte der SPD zeigen eine sogar leicht überdurchschnittliche Abnahme im Grad des Populismus ihrer Wähler um 0,77 Skalenpunkte auf 4,35. Nach der ideologischen Selbstverortung ihrer Wähler hat sich die SPD um 0,22 Skalenpunkte nach links auf einen Skalenwert von nunmehr 4,02 verschoben. Die Verortung der SPD nach Populismus und ideologischer Selbstverortung ihrer Wähler ist damit

der Verortung der Grünen wieder deutlich ähnlicher als im Jahr 2018. Den Platz als Marktführer im unpopulistischen Wählersegment der linken Mitte beanspruchen aber inzwischen die Grünen. Mit Blick auf die Bundestagswahl 2021 zeichnet sich um dieses unpopulistische Wählerpotential links von der politischen Mitte damit eine interessante Konkurrenzsituation ab.

Linkspartei: Jenseits der linksliberalen Mitte

Am deutlichsten zeigt sich der Populismus in Deutschland nach wie vor an den politischen Rändern: Im linkspopulistischen Segment der Wählerschaft hat dabei die Linkspartei ein Alleinstellungsmerkmal, aber deutlich weniger ausgeprägt und extrem als die AfD im rechtspopulistischen Segment.

Allerdings hatte sich das Wählerprofil der Linkspartei nach der Bundestagswahl signifikant verschoben: Ihre Wähler zeigten sich im Populismusbarometer 2018 gleichzeitig populistischer und etwas weniger links orientiert als im Wahljahr 2017. Der anschwellende Populismus der bürgerlichen Parteien leicht rechts von der Mitte hatte also auch die Linkspartei erfasst. Im Gegensatz zu ihren Mitbewerbern links von der politischen Mitte war sie dem populistischen Meinungstrend nach der Bundestagswahl 2017 zumindest zeitweise und in Teilen gefolgt.

Das hat die Linkspartei aber inzwischen mehr als korrigiert: Mit einem Skalenwert von 4,90 bleiben die Wähler der Linkspartei zwar etwas überdurchschnittlich populistisch eingestellt. Sie zeigen sich aber deutlich weniger populistisch als im Jahr 2018 (5,64) und liegen damit sogar noch unterhalb ihres Wertes aus dem Wahljahr 2017 (5,15). Dennoch bleibt die Linke als einzige Partei im linkspopulistischen Segment des deutschen Parteiensystems verortet. In der Parteienlandschaft des Wahljahres 2017 hätte sich die Linkspartei mit ihrer aktuellen Populismusneigung jedoch im unpopulistischen Segment links von der Mitte verankern können. Das zeigt zum einen die Abkühlung des populistischen Meinungsklimas insgesamt, wodurch sich auch der Schwellenwert zum populistischen Wählersegment entsprechend verringert hat. Zum anderen wirkt der vergleichsweise starke populistische Ausreißer im Jahr nach der Bundestagswahl 2017 noch nach. Deshalb bleibt die Linkspartei auch im Jahr 2020 im eher linkspopulistischen Segment der deutschen Parteienlandschaft positioniert. Ihre signifikante Bewegung in Richtung Mitte nach der Bundestagswahl 2017 bleibt der Linkspartei jedoch erhalten. Mit Blick auf die Gesamtverortung der Partei in der deutschen Parteienlandschaft bleibt der Linken damit zwar das Alleinstellungsmerkmal im linkspopulistischen Wählersegment. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2017 zeigt sie sich aber weiterhin weniger links und inzwischen auch weniger populistisch. Das führt zu einer gewissen Annäherung an die entsprechenden Verortungen von SPD und den Grünen.

AfD: Wachsende Dominanz rechtsextremer Einstellungen

Extremer Ausreißer in der deutschen Parteienlandschaft bleibt auch im Jahr 2020 die AfD. Sie besetzt auch weiterhin im rechtspopulistischen Segment der Wählerschaft eine Position, die nach Populismusneigung und ideologischer Orientierung mit Abstand am weitesten von allen anderen Parteien und vom Durchschnitt aller Wähler entfernt ist. Mit einem Wert von 5,9 beim Populismus und von 6,5 bei

der Rechtsorientierung hat die AfD ihr Alleinstellungsmerkmal als extrem rechtspopulistische Partei sogar noch einmal verstärkt.

Bemerkenswert ist dabei ihre noch einmal zwar geringe aber dennoch signifikant stärkere Rechtsorientierung (+0,12) bei einer gleichzeitig auf sehr hohem Niveau abnehmenden Populismusneigung (-0,59). Die Wähler der AfD sind damit deutlich weniger populistisch und gleichzeitig ideologisch noch etwas extremer rechts von der Mitte positioniert als vor und nach der Bundestagswahl 2017. Nicht nur für Teile der Parteiorganisation und ihrer Spitzenpolitiker, sondern auch aus der Wählerperspektive zeigt das: Aus der extrem rechtspopulistischen wird eine zunehmend von rechtsextremen Einstellungsmustern ihrer Wähler geprägte AfD. Auch als Wählerpartei driftet die AfD immer tiefer hinein in das rechtsextreme Wählersegment. Die gegenüber ihrem Umfragehoch inzwischen um etwa ein Drittel geschrumpfte AfD wird von einer rechtspopulistischen Mobilisierungsbewegung zu einer von zunehmend rechtsextremen Einstellungen dominierten Wählerpartei. Ihr ideologisches Wählerprofil bewegt sich damit eher in die Richtung der rechtsextremen NPD als in die Richtung der drei bürgerlichen Parteien leicht rechts von der politischen Mitte.

Zwischenfazit: Parteiensystem zeigt sich im Jahr vor der nächsten Bundestagswahl deutlich populismusresistenter

Im Gesamtbild aller Parteien zeigt sich erstmals seit 2017 ein deutlich unterdurchschnittlich populistischer Block aller fünf Parteien leicht links und rechts von der politischen Mitte (CDU/CSU, SPD, die Grünen und FDP). Dieser unpopulistische Block der etablierten Parteien der politischen Mitte steht derzeit für etwas mehr als 80 Prozent aller Wähler. Der Populismus der politischen Ränder ist dagegen signifikant schwächer ausgeprägt als im Jahr der letzten Bundestagswahl und danach. Die Parteienlandschaft in Deutschland zeigt sich damit im Jahr vor der Bundestagswahl 2021 deutlich populismusresistenter als vor und nach der Bundestagswahl 2017.

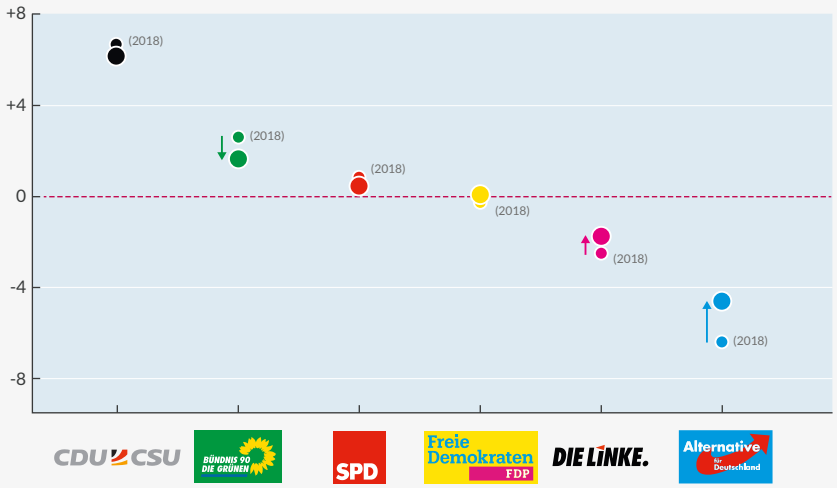
Welche Parteien profitieren vom abnehmenden Populismus der Wähler?

Die einzigen Parteien, die von der abnehmenden Populismusneigung der Wähler profitieren, sind die CDU/CSU und die Grünen. Für alle anderen Parteien wirkt sich eine abnehmende Populismusneigung der Wähler entweder weitgehend neutral (SPD und FDP) oder sogar klar negativ aus (AfD und Linke). Messen lässt sich dieser „Antipopulismus-Profit“ in der Veränderung der Wahlwahrscheinlichkeit für eine Partei in Abhängigkeit vom Grad des Populismus der Wähler. Die Werte in Abbildung 29 zeigen für jede Partei, wie stark sich im Durchschnitt ihre Wahlergebnisse verändern, je weiter der Populismus der Wähler um je einen Punkt auf der Populismusskala abnimmt, sie also unpopulistischer werden.

Für die AfD bedeutet der nachlassende Populismus der Wähler, dass sich ihre Wahlchancen um knapp fünf Prozentpunkte verschlechtern, wenn die Wähler um einen weiteren Skalenpunkt unpopulistischer werden. Das bedeutet für die AfD eine völlig neue Lage und Herausforderung: Sie profitiert nicht mehr wie bisher quasi automatisch von einem zunehmend populistischen Meinungsklima, sondern leidet

ABBILDUNG 29 **Veränderung der Wahlwahrscheinlichkeit**

In Prozentpunkten (je Abnahme um einen Punkt auf der Populismus-Skala)



Veränderungen zum Jahr 2018 sind durch Pfeile dargestellt.
Methode: Durchschnittlicher marginaler Effekt der Populismus-Skala auf vorhergesagte Wahrscheinlichkeit, Partei wählen zu wollen, aus multinomialer logistischer Regressionsanalyse.

Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren im Jahr 2020 mit Wahlabsicht für eine Partei (ohne Nichtwähler und Intention ungültiger Stimme).

Quelle: infratest dimap und YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. | BertelsmannStiftung

unter der Abnahme des Populismus. Und je stärker und nachhaltiger die Abnahme des Populismus ausfällt, umso stärker sinken auch in Zukunft ihre Wahlchancen. Das zunehmend unpopulistischere Meinungsklima in der Wählerschaft nimmt der AfD eine wichtige Mobilisierungsoption vor allem in der ideologischen Mitte der Wähler.

Das gilt sehr abgeschwächt auch für die Linke, deren Wahlwahrscheinlichkeit mit abnehmendem Populismus um immerhin noch knapp zwei Prozentpunkte abnimmt. Auch die Linke kann deshalb vom Wandel des Meinungsklimas derzeit nicht profitieren, sondern leidet darunter, wenn auch deutlich schwächer ausgeprägt als die AfD.

Für SPD und FDP bleiben, bei ihren derzeit niedrigen Umfrageniveaus und sehr flachen Populismusprofilen, die Auswirkungen des sich abkühlenden Populismus weitgehend neutral. Es verringert ihre Wahlchancen nicht weiter, sie können aber bis auf weiteres auch nicht davon profitieren.

Die CDU/CSU bleibt die Partei, deren Wahlwahrscheinlichkeit durch den abnehmenden Populismus eines Wählers am stärksten steigt (+6 Prozentpunkte). Damit ist der positive Effekt des abnehmenden Populismus auf die Wahlchancen der Unionsparteien sogar noch stärker als bei den Grünen (+2 Prozentpunkte). Für die Wahlchancen der Union bedeutet das: Je stärker und nachhaltiger das Abklingen der populistischen Einstellungen ausfällt und anhält, umso stärker steigen dadurch ihre Wahlchancen.

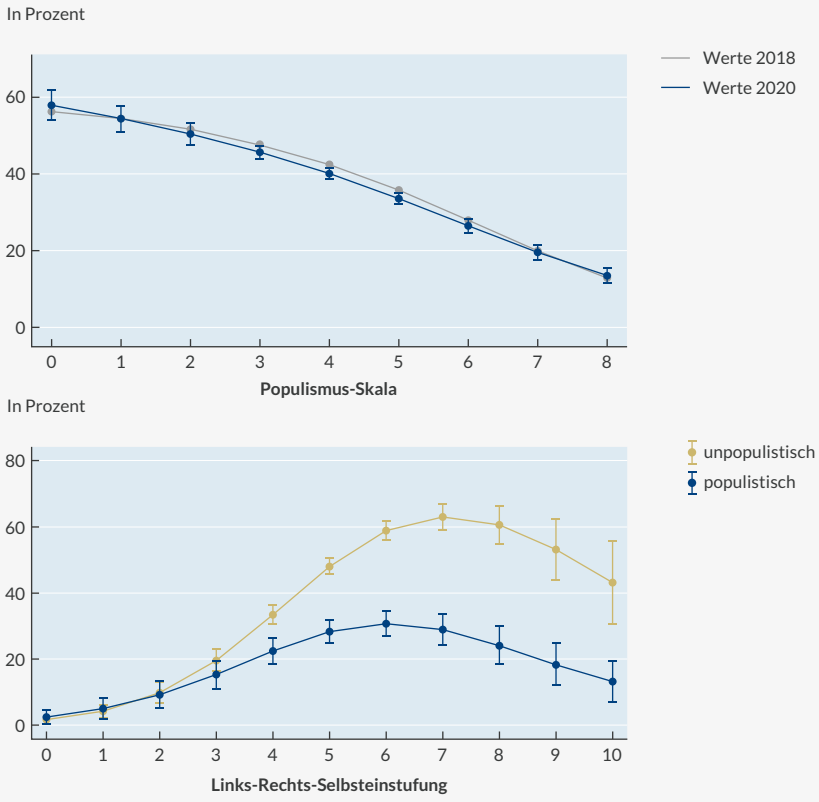
Der abnehmende Populismus stärkt auf dem Wählermarkt also derzeit vor allem die Unionsparteien und die Grünen, also „Schwarz-Grün“.

CDU/CSU: Rückbesinnung auf die unpopulistische Mitte

Die Union hat ihre (anti)populistische Lektion gelernt: Die Gefahr einer Preisgabe ihres bürgerlichen Markenkerns in der unpopulistischen Mitte der Gesellschaft ist vorerst gebannt. Die Jahre 2019 und 2020 waren geprägt durch eine Rückbesinnung der Union auf ihren unpopulistischen Markenkern. Denn die Detailanalyse für die Union zeigt auch in diesem Jahr: Im Segment der vollkommen unpopulistischen Wähler erzielt sie mit knapp 60 Prozent noch immer ihre mit Abstand besten Wahlergebnisse. In den eher unpopulistischen Segmenten der Wählerschaft liegt sie immerhin noch bei über 40 Prozent. Im stark populistischen Segment fällt ihr Wähleranteil dann aber auf deutlich unter 20 Prozent. Auch darin zeigt sich erneut, dass die Union vom abschwellenden Populismus der Wähler profitiert, weil sie im unpopulistischen Wählersegment bis zu dreimal mehr Wähler gewinnen kann, als sie im populistischen Segment verlieren könnte.

Diese Lektion musste die Union und insbesondere die CSU allerdings erst lernen. Im Jahr nach der Bundestagswahl 2017 erlag sie zeitweise der Versuchung eines zunehmend populistisch aufgeladenen Meinungsklimas in Deutschland. Sie geriet damit in eine Zangenbewegung zwischen den zunehmend unpopulistischen und

ABBILDUNG 30 **Populismus und Wahlabsicht bei CDU/CSU-Wählern**



Methode: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeit, Partei wählen zu wollen, aus multinomialer logistischer Regressionsanalyse mit Konfidenzintervallen (95%).
Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren (Fallzahl 2020: 7.229).

Quelle: infratest dimap und YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. | BertelsmannStiftung

ideologisch weiter zur Mitte tendierenden Grünen und der rechtspopulistischen AfD. Rückläufige Umfragewerte waren das logische Resultat dieser parteipolitisch riskanten „Preisgabe der Mitte“ (Vehrkamp 2018). Die antipopulistische Kehrtwende vor allem der CSU hat diesen Negativtrend beendet und inzwischen sogar umgedreht. Bereits seit 2019 profitieren die Unionsparteien auf dem Wählermarkt von ihrem klaren Abgrenzungskurs gegenüber der rechtspopulistischen AfD. Durch ihren Strategiewechsel in Richtung eines aktiven demokratischen Antipopulismus nutzen die Unionsparteien ihr Potential, vom abnehmenden Populismus der Wähler zu profitieren. Sie überlassen damit die Rolle des unpopulistischen Felsens in der populistischen Brandung nicht weiterhin allein den Grünen.

Darüber hinaus scheinen auch eher populistisch eingestellte Wähler aus der politischen Mitte verstärkt zur Union zurückzukehren. In diesem Segment konnte die Union ihren Wähleranteil im Vergleich zum Wahljahr 2017 um immerhin die Hälfte auf nunmehr etwa 30 Prozent steigern.

Dafür bieten sich zwei Erklärungsmuster an:

Zum einen verliert der Populismus für die AfD an Mobilisierungskraft, weil vor allem populistisch eingestellte Wähler aus der politischen Mitte in der Ausprägung ihres Populismus moderater werden. Das entfernt sie vom immer noch deutlich extremeren Populismus der AfD. Die Distanz zwischen moderaten und extremen Populisten wächst. Die Anziehungskraft einer extrem populistischen Mobilisierung lässt dadurch nach.

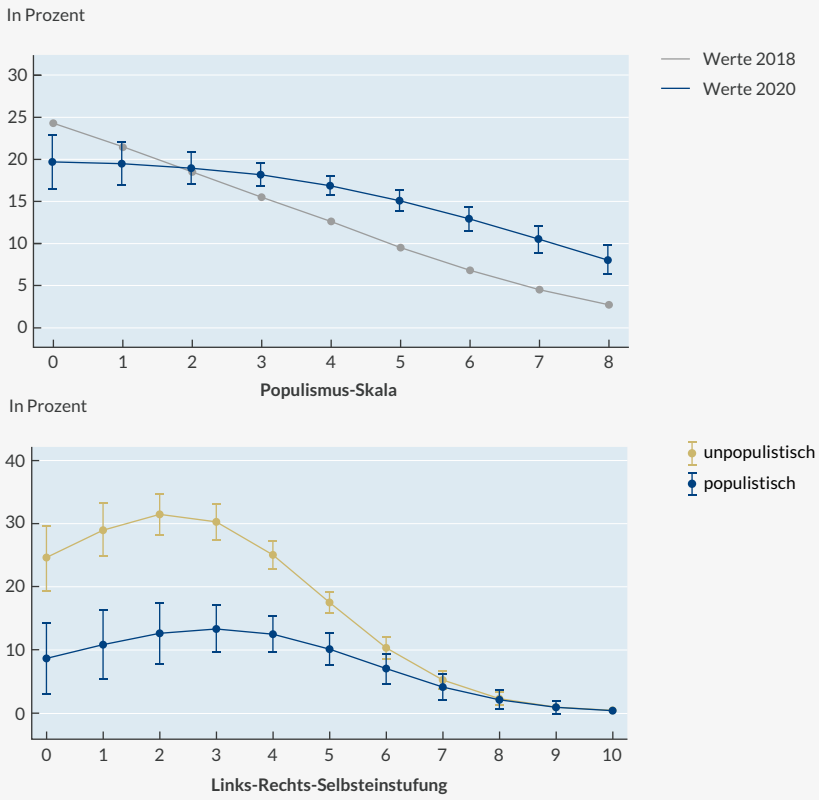
Zum anderen scheint damit gleichzeitig die ideologische Selbstverortung in der politischen Mitte für das Wahlverhalten wieder an Bedeutung zu gewinnen. Populistisch eingestellte Wähler aus der Mitte besinnen sich an der Wahlurne auf ihre politische Grundorientierung, statt ihren populistischen Neigungen nachzugeben. Mit Blick auf die AfD bedeutet das: Ihre Wähler aus der politischen Mitte erkennen zunehmend ihre eigene ideologische Distanz gegenüber einer zunehmend durch rechtsextreme Einstellungen geprägten Funktionärs- und Wählerpartei AfD. Die Abstoßungskraft des dominanter hervortretenden Rechtsextremismus der AfD nimmt zu.

Zusammengefasst bedeutet das: Die sich abschwächende populistische Mobilisierung macht den rechtsextremen Charakter der Wählerpartei AfD sichtbarer. Diese doppelte Entzauberung des Populismus stellt die AfD auch auf dem Wählermarkt vor eine Zerreißprobe.

Die Grünen: Antipopulistischer Marktführer der linken Mitte

Die Grünen haben ihren neuen Markenkern als unpopulistische Führungskraft in der linksliberalen Mitte der Wählerschaft stabilisiert und ausgebaut. Zwar ist ihr Antipopulismus im Jahr 2020 kein Alleinstellungsmerkmal mehr. Aber die Grünen werden von vielen Wählern noch immer als das neue antipopulistische Original angesehen. Als einzige Partei haben die Grünen nach der Bundestagswahl 2017 der populistischen Versuchung nicht nur widerstanden, sondern sie von vornherein aktiv bekämpft, auch nach einem vergleichsweise enttäuschenden Wahlergebnis bei der Bundestagswahl 2017. Das macht die Grünen in den Augen vieler Wähler zu der glaubwürdigsten antipopulistischen Kraft der deutschen Parteienlandschaft.

ABBILDUNG 31 **Populismus und Wahlabsicht bei GRÜNE-Wählern**



Methode: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeit, Partei wählen zu wollen, aus multinomialer logistischer Regressionsanalyse mit Konfidenzintervallen (95%).
Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren (Fallzahl 2020: 7.229).

Quelle: infratest dimap und YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. | BertelsmannStiftung

Dennoch hat sich durch das Wachstum und die stärkere Ausschöpfung ihres Wählerpotentials das Populismusprofil der Grünen signifikant verändert. Es zeigt sich inzwischen etwas flacher als noch im Jahr 2018. Zwar wählen noch immer mehr als etwa doppelt so viele Nicht-Populisten als Populisten die Grünen. Ihre Wähleranteile sind aber auch im überdurchschnittlichen Bereich der Populismusskala gestiegen. Dahinter verbirgt sich vermutlich ein typischer Verbreiterungseffekt der Wählerbasis. Bei Umfragewerten von mehr als 20 Prozent aller Wähler umfasst diese Verbreiterung auch etwas stärker populistisch gefärbte Wählersegmente.

Auf der Links-Rechts-Achse der politischen Ideologie zeigt sich jedoch auch weiterhin, dass die Grünen überwiegend von Wählern links der Mitte gewählt werden. Auch die eher populistisch eingestellten Wähler der Grünen verorten sich ideologisch sehr deutlich links von der politischen Mitte. Die unpopulistischen und populistischen Wählersegmente der Grünen verorten sich ideologisch also in etwa gleich links, was ihre wahlpolitische Zusammenführung in der grünen Wählerschaft erleichtert.

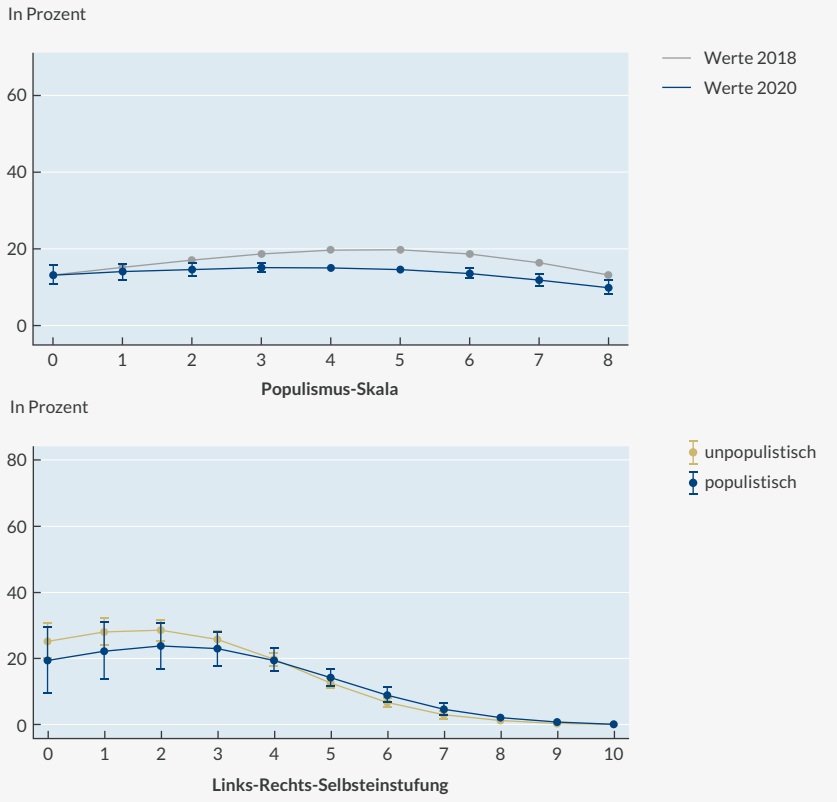
Im Gesamtbild zeichnet die Grünen aber weiterhin vor allem ihre Stärke in den unpopulistischen Wählersegmenten links von der Mitte aus. Dort erreichen sie inzwischen mehr als 30 Prozent aller Wähler. Auch in der ideologischen Mitte sind es noch fast 20 Prozent, und selbst leicht rechts davon entsprechen ihre derzeitigen Umfragewerte noch ihrem durchschnittlichen Gesamtergebnis bei der Bundestagswahl 2017 in Höhe von knapp neun Prozent.

Die Grünen ernten derzeit auch die wahlpolitischen Früchte ihres konsequenten Antipopulismus nach der letzten Bundestagswahl, und anders als in früheren Phasen guter Umfragewerte scheint sich diesmal ihr Wählerpotential auf deutlich höherem Niveau auch dauerhafter zu stabilisieren.

SPD: Auf der Suche nach Unterscheidbarkeit und Profil

Das politische Profil der SPD-Wählerschaft hat sich noch weiter abgeflacht. Der ohnehin schon geringe Vorsprung der unpopulistischen gegenüber den populistischen Wählersegmenten links von der Mitte ist noch geringer geworden. Bei der

ABBILDUNG 32 **Populismus und Wahlabsicht bei SPD-Wählern**



Methode: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeit, Partei wählen zu wollen, aus multinomialer logistischer Regressionsanalyse mit Konfidenzintervallen (95%).
Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren (Fallzahl 2020: 7.229).

Quelle: infratest dimap und YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. | BertelsmannStiftung

Bundestagswahl 2017 hatte die SPD mit Werten von fast 40 Prozent bei den leicht überdurchschnittlich populistisch eingestellten Wählern noch einen erkennbaren Wählerschwerpunkt. Inzwischen wird die SPD fast vollständig unabhängig von der Populismusneigung von allen Wählern entlang der Populismusskala in ähnlich verringertem Umfang gewählt. Unterschiede zwischen sehr unpopulistischen und sehr populistischen Wählersegmenten sind kaum noch vorhanden, statistisch nicht mehr signifikant.

Das Einzige was sich bei den derzeitigen Wählern der SPD noch zeigt, ist ihr Profil als Partei links von der ideologischen Mitte. Deutlich zweistellig wird ihr Wähleranteil erst in der politischen Mitte und links davon. Rechts von der Mitte bleiben ihre Werte meist einstellig.

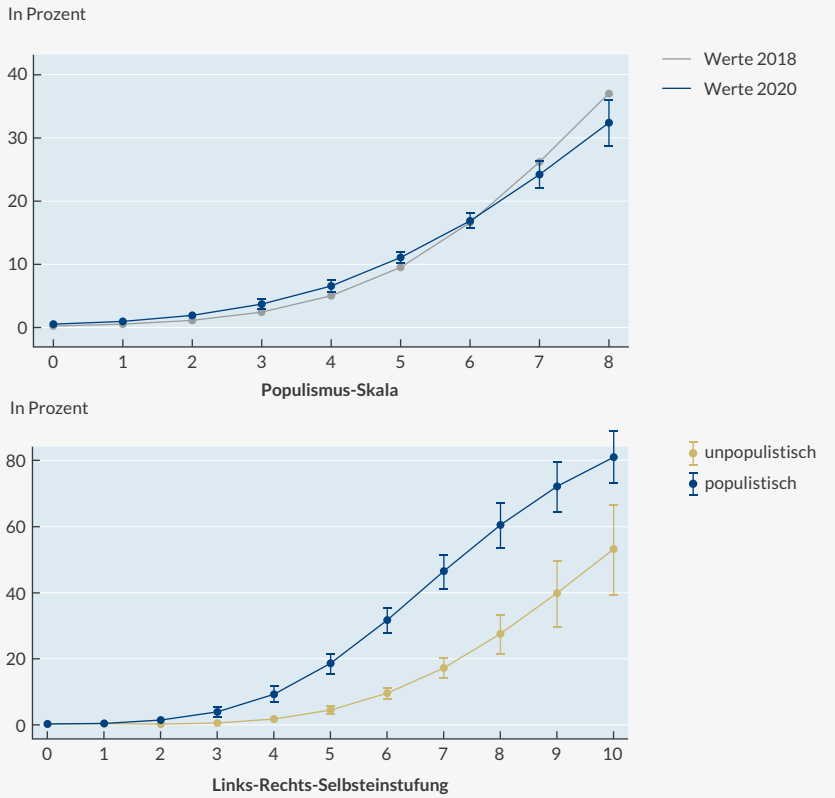
Der verbleibende Wählerkern der SPD auf ihrem derzeitigen Umfrageniveau unterhalb der 20-Prozent-Marke sind populistische und unpopulistische Wähler, die sich selbst links von der Mitte verorten. Da selbst die geringen Unterschiede zwischen den linken Nicht-Populisten und Populisten statistisch nicht signifikant sind, kann die SPD daraus keine weitere Profilierung ihrer Wählerzielgruppen ableiten. Die SPD bleibt damit im Jahr vor der nächsten Bundestagswahl eine Partei auf der Suche nach Unterscheidbarkeit, einem eigenen Wählerprofil und klar beschreibbaren und abgrenzbaren Wählerzielgruppen.

AfD: Auf dem Weg von einer rechtspopulistischen Mobilisierungsbewegung zur rechtsextremen Wählerpartei

Unter mangelnder Unterscheidbarkeit und Profillosigkeit leidet die AfD nicht. Nahezu unverändert bleibt ihr eindeutig populistisches Wählerprofil. Die Fünf-Prozent-Hürde überspringt die AfD erst ab dem Wert 4 auf der Populismusskala. Danach erreicht sie dann mit zunehmendem Populismus der Wähler Anteile von bis zu knapp über 30 Prozent. Im Segment der extrem populistischen Wähler zeigt sich für die AfD dennoch ein zumindest leicht rückläufiger Wählererfolg, der aber statistisch nicht signifikant ist.

Allerdings zeigt sich die nachlassende Mobilisierungskraft des Populismus auch in der getrennten Betrachtung der Populisten und Nicht-Populisten unter den Wählern der AfD. Während der AfD-Wähleranteil in den Wählersegmenten der Populisten aus der politischen Mitte zurückgegangen ist, ist gleichzeitig der Anteil der extrem rechten Nicht-Populisten von unter 40 Prozent auf mehr als 50 Prozent und der Anteil der extrem rechten Populisten von knapp 70 auf etwa 80 Prozent angestiegen. Auch wenn sich diese Verschiebungen statistisch noch nicht als sehr robust zeigen, scheinen sich dahinter ein gemeinsamer Treiber und das Muster einer zumindest schleichenden Wählerverschiebung bei der AfD zu zeigen: Die AfD verliert populistische Wähler der Mitte und wird gleichzeitig ideologisch rechter. Jedenfalls war das Profil der AfD als rechtspopulistische Mobilisierungsbewegung bei der Bundestagswahl 2017 noch eindeutiger als heute. In einem sich abkühlenden und weniger populistisch aufgeladenen Meinungsklima zeigt die AfD immer deutlichere Merkmale einer zunehmend durch rechtsextreme Einstellungen geprägten Wählerpartei.

ABBILDUNG 33 **Populismus und Wahlabsicht bei AfD-Wählern**



Methode: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeit, Partei wählen zu wollen, aus multinomialer logistischer Regressionsanalyse mit Konfidenzintervallen (95%).
Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren (Fallzahl 2020: 7.229).

Quelle: infratest dimap und YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. | BertelsmannStiftung

Als Erklärung für diese Entwicklung bieten sich zwei Narrative an:

Zum einen verliert mit der etwas weniger extrem ausgeprägten Populismusneigung der AfD-Wähler auch ihr Populismus als wahlentscheidendes Motiv an Bedeutung. Viele AfD-Wähler, vor allem aus der politischen Mitte haben die AfD als eine populistische Protestpartei gewählt. Populisten aus der politischen Mitte haben die AfD jedenfalls nicht deshalb gewählt, weil sie extrem rechts steht, sondern als populistische Alternative zu den etablierten Parteien. Der Populismus war in dieser Phase das trojanische Pferd der AfD bei der Wählermobilisierung in der ideologischen Mitte. Mit abnehmendem Populismus verliert diese Mobilisierungsstrategie aber an Attraktivität und Kraft, auch und gerade in der politischen Mitte.

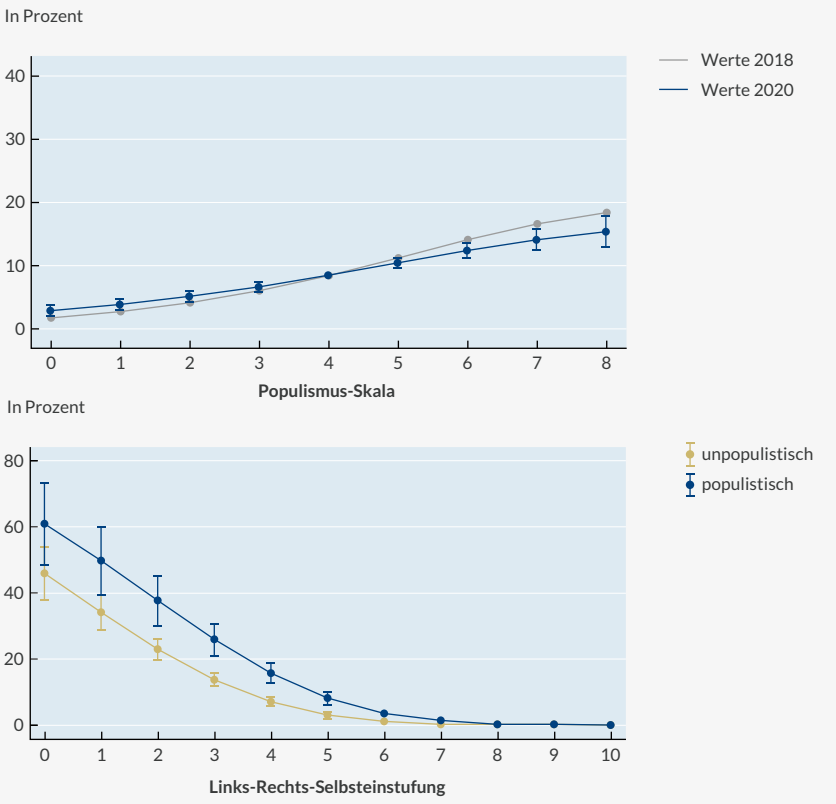
Zum anderen verschiebt sich die ideologisch ohnehin schon weit rechts stehende AfD noch weiter nach rechts. Im Segment der rechtsextremen Nicht-Populisten hat die AfD seit der Bundestagswahl ihren Wähleranteil von knapp 20 Prozent auf gut 50 Prozent in diesem Jahr mehr als verdoppelt.

Auch das zeigt: Die AfD entwickelt sich derzeit von einer rechtspopulistischen Mobilisierungsbewegung zu einer zunehmend durch rechtsextreme Einstellungen geprägten Partei. Getrieben und verstärkt wird dieser Trend von einem sich deutlich abkühlenden populistischen Meinungsklima in Deutschland. Die AfD ist davon gleich doppelt betroffen: Sie verliert populistische Protestwähler aus der Mitte, die sich wieder den etablierten Parteien zuwenden. Und sie entwickelt ein zunehmend von rechtsextremen Einstellungen geprägtes Wählerprofil (s. „Im Fokus“ auf S. 18). Die Richtungskämpfe und die drohende Spaltung der Funktionärspartei AfD finden damit ihre Entsprechung auf der Wählerebene: Auch an der Wahlurne zeigt sich der Spaltpilz zwischen Rechtspopulisten und Rechtsextremen in der AfD. Auf der Wählerebene scheinen derzeit eher die Rechtsextremen die Rechtspopulisten zu verdrängen und nicht umgekehrt.

Linkspartei: Moderater Populismus am linken Rand

Die Linkspartei war im Jahr 2018 auf dem Weg zu einer zunehmend lupenrein linkspopulistischen Wählerpartei. Diese Entwicklung hat die Linke zwar nicht umgedreht, aber zumindest gestoppt. Auf der unpopulistischen Hälfte der

ABBILDUNG 34 **Populismus und Wahlabsicht bei Die Linke-Wählern**



Methode: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeit, Partei wählen zu wollen, aus multinomialer logistischer Regressionsanalyse mit Konfidenzintervallen (95%).
Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren (Fallzahl 2020: 7.229).

Quelle: infratest dimap und YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

BertelsmannStiftung

Populismusskala liegen ihre Wähleranteile bei deutlich unter zehn Prozent. Erst bei einer überdurchschnittlichen Populismusneigung von Skalenwerten ab 5 aufwärts steigt ihr Wähleranteil auf mehr als zehn Prozent. Insgesamt gilt für die Linke: Je populistischer die Wähler eingestellt sind, umso eher wählen sie die Linkspartei. Allerdings bleibt dieser Effekt vergleichsweise schwach und ist nicht annähernd so stark ausgeprägt wie bei der AfD.

Viel ausgeprägter ist das ideologische Profil der Linken: Sie wird fast ausschließlich von Wählern gewählt, die sich selbst deutlich links von der Mitte verorten. Das gilt für die unpopulistischen Wähler links von der Mitte und sogar verstärkt auch für die populistisch eingestellten Linkswähler. Insofern bleibt für die Linke auch im Jahr vor der nächsten Bundestagswahl 2021 die Integration ihrer populistischen und unpopulistischen Wählersegmente eine zentrale Herausforderung.

Ein stärker populistischer Kurs würde die Unterstützung der ideologisch linken Nicht-Populisten unter ihren Wählern riskieren. Diese sind zwar zahlenmäßig etwas weniger als die Linkspopulisten, erscheinen aber unter den Mitgliedern und Funktionären der Partei eher überrepräsentiert. Zudem birgt ein stärkerer populistischer Kurs die Gefahr einer Abwanderung der ideologisch eher linken Nicht-Populisten zur SPD und zu den Grünen, die im nicht populistischen Wählersegment links von der Mitte als wahlpolitische Alternativen zur Verfügung stehen.

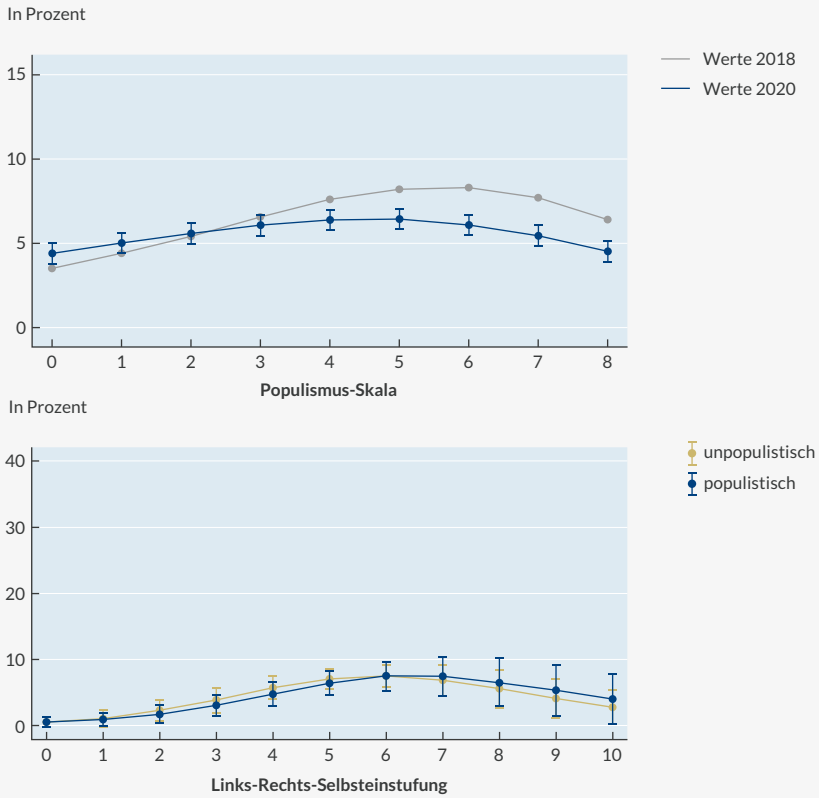
Ein dezidiert unpopulistischer Kurs würde dagegen zwar die Unterstützung der expliziten Linkspopulisten unter den Wählern der Linken riskieren. Er könnte aber gleichzeitig in den unpopulistischen Wählersegmenten links von der politischen Mitte neue Potentiale eröffnen. Dabei steht die Linke allerdings in Konkurrenz zur SPD und den Grünen. Stärker als für andere Parteien bleibt deshalb der Umgang mit Populismus für die Linke eine Gratwanderung. Das liegt vor allem an der vergleichsweise ausgewogenen Zusammensetzung ihrer Wählerschaft aus Populisten und Nicht-Populisten. Diese stehen ideologisch zwar ähnlich weit links von der politischen Mitte. Ihre Einstellungen zu vielen Sachfragen sind aber entlang der Populismusskala häufig sehr unterschiedlich und wahlpolitisch schwer integrierbar.

FDP: Profilverlust in den unpopulistischen Stammwählersegmenten

Die FDP zeigt im Jahr vor der Bundestagswahl 2021 ein ähnlich flaches Populismusprofil wie die SPD. Sie liegt entlang der gesamten Populismusskala bei lediglich etwa fünf Prozent, wird also von Populisten und Nicht-Populisten gleich selten gewählt. Im Jahr 2018 hatte die FDP vom anschwellenden Populismus der Wähler leicht profitieren können und wurde damals von leicht überdurchschnittlich populistisch eingestellten Wählern auch etwas häufiger gewählt.

Ihren Wählerkern hatte die FDP aber auch in den Vorjahren und traditionell stets im unpopulistischen Segment rechts von der politischen Mitte. Im Jahr der Bundestagswahl erreichte die FDP in diesem Segment etwa 15 Prozent aller Wähler. In dieser Stammwählerschaft musste die FDP seit der Bundestagswahl 2017 starke Verluste hinnehmen. Ein denkbarer Grund dafür ist ihr Ausstieg aus den Sondierungsverhandlungen und die damit einhergehende Verweigerung einer Regierungsbeteiligung nach der letzten Bundestagswahl. Gerade die sehr

ABBILDUNG 35 **Populismus und Wahlabsicht bei FDP-Wählern**



Methode: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeit, Partei wählen zu wollen, aus multinomialer logistischer Regressionsanalyse mit Konfidenzintervallen (95%).
Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren (Fallzahl 2020: 7.229).

Quelle: infratest dimap und YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. | BertelsmannStiftung

unpopulistischen Wähler erwarten von ihrer Stimmabgabe auch eine mitgestaltende Problemlösung, am wirksamsten durch eine Regierungsbeteiligung. Populistisch eingestellten Wählern reicht häufig schon ihr Protest gegen die etablierten Parteien und die Regierung als Begründung und Rechtfertigung ihrer Wahlentscheidung. Unpopulistische Wähler erwarten mehr von ihren Parteien: Sie setzen auf politische (Mit)Verantwortung und Gestaltung. Diese Erwartung hat die FDP enttäuscht und damit ihr Kernsegment unpopulistischer Wähler rechts von der politischen Mitte nahezu vollständig verloren. Die Unterschiede in ihren Wahlerfolgen zwischen Populisten und Nicht-Populisten sind auf nicht signifikante Reste abgeschmolzen. Ob die FDP also derzeit von den sehr unpopulistischen Wählern überhaupt noch häufiger gewählt wird als von Populisten kann nicht mit Sicherheit gesagt werden.

Damit gelingt es der FDP derzeit auch nicht, vom abschwellenden Populismus der Wähler in Deutschland und von der sich andeutenden Trendwende zu einem wieder eher unpopulistisch-demokratischen Meinungsklima zu profitieren. Die Rückgewinnung ihres konstruktiv-unpopulistischen Markenkerns als Regierungs- und Problemlösungspartei und der damit verbundenen Stammwählersegmente wird damit zur zentralen Überlebensfrage der FDP im Jahr vor der Bundestagswahl 2021.

Methodischer Anhang

In der gesamten Studie benutzen wir in allen relevanten Analysen Umfragegewichte zur Randanpassung an die Grundgesamtheit der deutschen Bevölkerung ab 18 Jahren.

Kapitel 1

Die acht populistischen Items in Abbildung 1 stammen teilweise aus der akademischen Literatur (z. B. Akkerman et al. 2013; Hawkins et al. 2012), teilweise wurden sie für diese Studie eigens entwickelt. Konfirmatorische Faktoranalysen (CFA = Confirmatory Factor Analysis) bestätigen, dass die Items alle auf einem gemeinsamen Faktor laden (CFI: 0,962; TLI: 0,946; RMSEA: 0,072; SRMR: 0,030). Auch Cronbach's alpha zeigt mit 0,88 eine hohe Reliabilität der Skala an.

Für den Zeitvergleich zu 2019 nutzt die vorliegende Studie eine YouGov-Umfrage aus dem *Demokratiemonitor*, die eine Stichprobengröße von 10.374 Befragten umfasst. Für alle weiteren Zeitvergleiche nutzt das Populismusbarometer 2020 bevölkerungsrepräsentative Umfragen, die von infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung erhoben wurden (Vehrkamp und Merkel 2018; Vehrkamp und Wratil 2017). Aufgrund von Unterschieden in den Stichprobenrahmen- und -ziehung der verschiedenen Institute kann nicht ausgeschlossen werden, dass kleine Unterschiede zwischen den Umfragen keine Unterschiede in Einstellungen darstellen. Allerdings ergaben sich bei der gleichzeitigen Durchführung der Umfragen „YouGov 2019" und „infratest dimap 2019" nur sehr geringe Abweichungen.

Feldzeiten und Stichprobengröße im Überblick:

- Nachbefragung YouGov 2020: 27.07. – 03.08.2020; Stichprobengröße: 5.030
- YouGov 2020: 08.06. – 29.06.2020; Stichprobengröße: 10.055
- YouGov 2019: 31.10. – 25.11.2019; Stichprobengröße: 10.374
- infratest dimap 2019: 31.10. – 17.11.2019; Stichprobengröße: 3.434
- infratest dimap 2018c: 16.11. – 26.11.2018; Stichprobengröße: 2.795
- infratest dimap 2018b: 02.08. – 20.08.2018; Stichprobengröße: 3.323
- infratest dimap 2018a: 29.05. – 11.06.2018; Stichprobengröße: 3.427
- infratest dimap 2017: 13.03. – 30.03.2017; Stichprobengröße: 2.371

Für die Analyse der sozialen Erwünschtheit populistischer Einstellungen (Abbildung 6) wurden insgesamt drei Listenexperimente in der Nachbefragung von YouGov 2020 durchgeführt. Das grundlegende Umfragedesign dieser Experimente ist in Abbildung 36 illustriert. Details zum Design, der Theorie sowie der Analyse der Listenexperimente finden sich in Neuner und Wratil (2017). Die in dieser Studie dargestellten Zahlen stammen aus einer vereinfachten Analyse der Listenexperimente mittels „difference-in-means"-Schätzer.

ABBILDUNG 36 **Beispiel-Design der Listen-Experimente**

Bitte geben Sie jeweils an, wie vielen der Aussagen Sie zustimmen und wie vielen Sie nicht zustimmen.
Bitte sagen Sie uns nicht, welchen der Aussagen Sie zustimmen oder nicht zustimmen, nur wie vielen.

GRUPPE A

Die „Coronakrise" wird großen wirtschaftlichen Schaden verursachen.

Russland ist ein vertrauenswürdiger Partner für Deutschland.

Die NATO ist wichtig, um den Frieden in Europa zu sichern.

Anzahl der Aussagen, denen Sie... **zustimmen** _____ **nicht zustimmen** _____

GRUPPE B

Umweltschutz hat Vorrang, auch wenn er dem Wirtschaftswachstum schadet.

Die Atomenergie ist notwendig, um die Energieversorgung zu sichern.

Der Staat sollte keine Schulden mehr machen, auch wenn er dann weniger ausgeben kann.

Die einfachen Leute ziehen alle an einem Strang.

Anzahl der Aussagen, denen Sie... **zustimmen** _____ **nicht zustimmen** _____

Quelle: Eigene Darstellung.

BertelsmannStiftung

Zur Messung des direkten und indirekten Populismus wurden folgende drei Items verwendet (Schulz et al. 2017; Castanho Silva et al. 2017).

Die einfachen Leute ziehen alle an einem Strang.
Das Volk sollte bei allen wichtigen Entscheidungen gefragt werden.
Ob eine Person gut oder schlecht ist, kann man beurteilen, wenn man ihre Politik kennt.

Für die Messung von Rechtsextremismus im Abschnitt „Im Fokus" mit der dazugehörigen Abbildung auf S. 18/19 verwendet diese Studie sechs Einstellungsdimensionen: 1. Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur, 2. Chauvinismus, 3. Verharmlosung des Nationalsozialismus, 4. Fremdenfeindlichkeit, 5. Antisemitismus sowie 6. Befürwortung eines rassistischen Sozialdarwinismus (Decker und Brähler 2006). Damit folgt diese Studie der wissenschaftlichen Konsensdefinition von Rechtsextremismus, die auch seit Jahren in der Leipziger Autoritarismus-Studie (Decker und Brähler 2018) und der Mitte-Studie (Zick et al. 2019) verwendet wird (s. Abbildung 37 für eine Übersicht der Items). Die CFA des Modells von Rechtsextremismus mit seinen sechs Dimensionen bestätigt, dass die Dimensionen jeweils auf einem Faktor laden (CFI: 0,973; TLI: 0,967; RMSEA: 0,050; SRMR: 0,035).

Für Abbildung 15 wurden die Befragten durch Summenindizes auf den einzelnen Dimensionen in die Kategorien „manifest" und „nicht manifest" rechtsextrem unterteilt. Die Zustimmung und damit „manifeste" Einstellung auf eine Dimen-

sion ist dann gegeben, wenn die Personen auf diese Dimension im Schnitt „überwiegend zustimmen“, also auf dem Summenindex mindestens einen Wert von 12 oder mehr erreichen. Die minimale Anzahl beträgt 3, die maximale 15 Indexpunkte. Auf der Aggregatebene aller 18 Items wurden die Befragten ebenfalls anhand eines Summenindizes in die Kategorien „manifest“, „latent“ und „nicht rechtsextrem“ unterteilt. Als „manifest“ rechtsextrem wurden Befragte klassifiziert, die mindestens einen Wert von 63 oder mehr auf dem Summenindex erzielen. Im Schnitt stimmen solche Befragten allen 18 Items mit mindestens 3,5 zu, bei fünf Antwortkategorien pro Item (Decker et al. 2012). Befragte, die einen Score von mindestens 54 erzielten, wurden als „latent“ rechtsextrem klassifiziert. Ihr durchschnittliches Antwortverhalten liegt mindestens auf einer „teils/teils“-Zustimmung über alle 18 Items. Damit folgt die Verortung der Befragten der Leipziger Autoritarismus-Studie, die für alle 18 Einzelitems Befragte mit einer „teils/teils“-Zustimmung als „latent“ klassifizieren (Decker und Brähler 2018). Alle anderen Befragten wurden als „nicht“ rechtsextrem klassifiziert.

ABBILDUNG 37 **Messung von rechtsextremen Einstellungen**

1. **Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur**
   - Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.
   - Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.
   - Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.

2. **Chauvinismus**
   - Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.
   - Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.
   - Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht.

3. **Verharmlosung Nationalsozialismus**
   - Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen.
   - Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden.
   - Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.

4. **Fremdenfeindlichkeit**
   - Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.
   - Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.
   - Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.

5. **Antisemitismus**
   - Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.
   - Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.
   - Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.

6. **Sozialdarwinismus**
   - Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.
   - Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen.
   - Es gibt wertvolles und unwertes Leben.

Antwortkategorien



Anmerkung: Items aus Decker und Brähler (2018).

Quelle: Eigene Darstellung.

BertelsmannStiftung

Die zwei Items zu Messung eines autoritären Demokratieverständnisses in Abbildung 12 stammen ebenfalls aus der wissenschaftlichen Literatur und kamen so oder ähnlich bereits in dem World Value Survey oder dem European Social Survey zum Einsatz. Zur Unterteilung der Befragten in Personen mit einem autoritären Demokratieverständnis wurde ein Summenindex gebildet (Spannweite: 2 bis 14). Befragte, die hierbei einen Wert von mindestens 10 erzielten, also ein durchschnittliches Antwortverhalten von mindestens 5 haben, wurden als „autoritäre Demokraten“ klassifiziert.

ABBILDUNG 38 **Messung eines autoritären Demokratieverständnisses**

Wie wichtig ist Ihrer Meinung nach für die Demokratie im Allgemeinen, …

… dass es eine starke Führungsperson gibt, die sich nicht um das Parlament kümmern muss?
… dass das Militär in Fällen von Regierungsunfähigkeit die Regierung übernimmt?

Antwortkategorien



1 überhaupt nicht wichtig — 2 — 3 — 4 — 5 — 6 — 7 sehr wichtig

Quelle: Eigene Darstellung. BertelsmannStiftung

Zur Identifizierung der Nichtwähler in Abbildung 11 wurden Personen gezählt, die bei der Sonntagsfrage angegeben haben nicht an der Wahl teilnehmen zu wollen. Es kann daher nicht mit hundertprozentiger Sicherheit gesagt werden, ob die Nichtwähler auch tatsächliche Nichtwähler sind. Aufgrund von sozial erwünschtem Antwortverhalten ist vorstellbar, dass die Zahl der tatsächlichen Nichtwähler größer ist. Somit unterscheidet sich das Vorgehen zum Populismusbarometer 2018, weshalb die Zahlen nur eingeschränkt vergleichbar sind.

Des Weiteren werden in Kapitel 1 die Umfrageergebnisse für folgende nicht vollständig im Text genannte Fragen und zugehörige Items benutzt:

Nachstehend einige Aussagen zu Politik und Gesellschaft. Bitte geben Sie für jede Aussage an, inwieweit Sie dieser zustimmen.

a. *Mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland bin ich sehr zufrieden.*
b. *Die Demokratie ist – alles in allem – das beste politische System.*
c. *Für Deutschland ist die Mitgliedschaft in der Europäischen Union eine gute Sache.*
d. *Die Europäische Vereinigung ist in der Vergangenheit zu weit gegangen – für die Zukunft wünsche ich mir eher „weniger“ als „mehr“ Europa.*

stimme voll und ganz zu
stimme eher zu
stimme eher nicht zu
stimme überhaupt nicht zu

Und wenn Sie einmal an die folgenden Parteien denken: Was halten Sie ganz allgemein von der …

CDU
CSU
SPD
…

Sehr viel
Eher viel
Eher wenig
Sehr wenig

Wenn Sie nun einmal an die Partei … denken: Würden Sie bei einer der drei folgenden Wahlen die Partei … wählen?

Bundestagswahl

Nein, auf keinen Fall
Eher nicht
Vielleicht
Ja, auf jeden Fall

Kapitel 2

Für das Conjoint-Experiment wurden den Befragten jeweils fünf Paare politischer Kandidaten vorgestellt. Damit basieren die Analysen für alle Personen auf 1.688 Befragten und 16.880 Kandidatenprofilen (Sachpositionen: EU, Steuern, Flüchtlinge, Freihandel und Globalisierung) beziehungsweise 1.681 Befragten und 16.810 Kandidatenprofilen (Sachpositionen: Euro, sozialer Wohnungsbau, Protektionismus, direkte Demokratie). Die Ergebnisse basieren auf dem „average marginal component effects"-Regressionsschätzer (z. B. Hainmueller et al. 2014) mit Standardfehler geclustered nach Befragtem. Alle Ausprägungen der Merkmale wurden vollständig zufällig gezogen. Die einzige Ausnahme bilden die politischen Schwerpunkte, bei denen ausgeschlossen wurde, dass erster und zweiter Schwerpunkt identisch sind. Die präsentierten Ergebnisse sind für die dadurch entstehenden Unterschiede in der Wahrscheinlichkeit einzelner Vignetten-Profile korrigiert. Das grundlegende Umfragedesign des Conjoint-Experiments ist in Abbildung 39 illustriert. Die einzelnen Sachpositionen stehen in Abbildung 40.

ABBILDUNG 39 **Beispiel-Design des Conjoint-Experiments**

Bitte lesen Sie sich die Beschreibungen der beiden Kandidaten sorgfältig durch.
Teilen Sie uns danach mit, welchem der beiden Kandidaten Sie bei einer Bundestagswahl eher Ihre Stimme geben würden.

MERKMALE	KANDIDAT A	KANDIDAT B
ERSTER POLITISCHER SCHWERPUNKT	Deutschland aus der Krise führen	Globalisierung gerechter gestalten
ZWEITER POLITISCHER SCHWERPUNKT	Bürgerrechte und Freiheitsrechte stärken	Islamisierung stoppen
POSITION ZU FREIHANDEL U. GLOBALISIERUNG	Ist für etwas weniger Freihandel und Globalisierung	Ist für viel weniger Freihandel und Globalisierung
POSITION ZU STEUERN	Ist für sehr viel höhere Steuern für Reiche	Ist für sehr viel niedrigere Steuern für Reiche
POSITION ZUR EUROPÄISCHEN UNION	Ist für den Ausbau der Europäischen Union zu einem gemeinsamen Staat	Ist für eine stärkere Zusammenarbeit in der Europäischen Union
POSITION ZU FLÜCHTLINGEN	Ist für die Aufnahme sehr vieler neuer Flüchtlinge	Ist für die Abschiebung sehr vieler Flüchtlinge

Wenn Sie sich bei einer Bundestagswahl zwischen diesen beiden Kandidaten entscheiden müssten, wem würden Sie Ihre Stimme geben?

Falls Ihnen keiner der beiden Kandidaten zusagt, geben Sie bitte trotzdem an, wen Sie eher wählen würden.

KANDIDAT A ○ KANDIDAT B ○

Quelle: Eigene Darstellung.

BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 40 **Merkmale und Ausprägungen in der Conjoint-Analyse**

MERKMALE	AUSPRÄGUNG
SACHPOSITION 1 STEUERN	*(Basis = Ist für sehr viel niedrigere Steuern für Reiche)*
	Ist für sehr viel höhere Steuern für Reiche
	Ist für etwas höhere Steuern für Reiche
	Ist für etwas niedrigere Steuern für Reiche
SACHPOSITION 2 AUFNAHME NEUER FLÜCHTLINGE	*(Basis = Ist für die Abschiebung sehr vieler Flüchtlinge)*
	Ist für die Aufnahme sehr vieler neuer Flüchtlinge
	Ist für die Aufnahme einiger neuer Flüchtlinge
	Ist für die Abschiebung einiger Flüchtlinge
SACHPOSITION 3 FREIHANDEL UND GLOBALISIERUNG	*(Basis = Ist für viel weniger Freihandel und Globalisierung)*
	Ist für viel mehr Freihandel und Globalisierung
	Ist für etwas mehr Freihandel und Globalisierung
	Ist für etwas weniger Freihandel und Globalisierung
SACHPOSITION 4 EUROPÄISCHE UNION	*(Basis = Ist für den Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union)*
	Ist für den Ausbau der Europäischen Union zu einem gemeinsamen Staat
	Ist für eine stärkere Zusammenarbeit in der Europäischen Union
	Ist für eine schwächere Zusammenarbeit in der Europäischen Union
SACHPOSITION 5 EURO	*(Basis = Ist für eine viel schwächere wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der Euro-Länder)*
	Ist für eine schwächere wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der Euro-Länder
	Ist für eine stärkere wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der Euro-Länder
	Ist für eine viel stärkere wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der Euro-Länder
SACHPOSITION 6 SOZIALER WOHNUNGSBAU	*(Basis = Ist für sehr viel niedrigere Investitionen in den sozialen Wohnungsbau)*
	Ist für höhere Investitionen in den sozialen Wohnungsbau
	Ist für niedrigere Investitionen in den sozialen Wohnungsbau
	Ist für viel höhere Investitionen in den sozialen Wohnungsbau
SACHPOSITION 7 PROTEKTIONISMUS	*(Basis = Ist für viel höhere Zölle auf ausländische Waren und Dienstleistungen)*
	Ist für höhere Zölle auf ausländische Waren und Dienstleistungen
	Ist für niedrigere Zölle auf ausländische Waren und Dienstleistungen
	Ist für viel niedrigere Zölle auf ausländische Waren und Dienstleistungen
SACHPOSITION 8 DIREKTE DEMOKRATIE	*(Basis = Ist für viel mehr Volksabstimmungen)*
	Ist für mehr Volksabstimmungen
	Ist für weniger Volksabstimmungen
	Ist für viel weniger Volksabstimmungen

Quelle: Eigene Darstellung.

BertelsmannStiftung

Kapitel 3

Die Ergebnisse im Kapitel basieren auf verschiedenen multinomial logistischen Regressionsanalysen. Die Populismus-Skala ergibt sich als Summe der Zustimmungen zu den acht populistischen Items, neu skaliert je Item von 0 („stimme überhaupt nicht zu“) bis 1 („stimme voll und ganz zu“). In allen Modellen kontrollieren wir für Bildung, Einkommen, Geschlecht, Alter und Links-Rechts-Selbsteinschätzung. Für Befragte, die sich auf der Links-rechts-Skala nicht verortet haben, wurde der Skalenwert „5“ imputiert. Für die Berechnung sämtlicher vorhergesagter Wahrscheinlichkeiten in dem Kapitel wurden die Kovariate auf ihren beobachteten Werten fixiert („observed-value approach“). Dies ermöglicht die Interpretation dieser Wahrscheinlichkeiten als eine Schätzung der Anteile in der Grundgesamtheit (Hanmer und Ozan Kalkan 2013).

Wahlabsicht: multinomiale logistische Regression (n = 7.229) mit den verschiedenen Parteien als Outcomes und Populismus-Skala sowie Faktorvariable populistischer Einstellungsgruppen als Hauptregressoren. Personen, die „würde nicht wählen“, „würde ungültig wählen“, „weiß nicht“ und „keine Angabe“ bei der Sonntagsfrage angegeben haben, wurden aus der Analyse ausgeschlossen.

Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre, oder würden Sie nicht an der Wahl teilnehmen?

CDU / CSU
SPD
...

Bei weiteren Fragen zur Methodik der Studie wenden Sie sich bitte an die Autoren.

Abbildungsverzeichnis

Executive Summary

Wie populistisch sind die Deutschen? 7
Populismus im Zeitverlauf 8
Populismus in der Defensive 9
Wähler der Parteien nach Populismus und Links-Rechts-Orientierung 11
Populismus und rechtsextreme Einstellungen der AfD-Wähler 12
Negative Parteiidentitäten im Zeitverlauf 13
„Mehr direkte Demokratie" als neue Mobilisierungschance 14
Was ist Populismus? 16

Kapitel 1

IM FOKUS *Populismus und rechtsextreme Einstellungen der AfD-Wähler* 19
Abbildung 1 Was ist Populismus? 22
Abbildung 2 Wie populistisch sind die Deutschen? 24
Abbildung 3 Populismus in der Defensive 25
Abbildung 4 Populismus im Zeitverlauf 27
Abbildung 5 Populismus der Mitte im Zeitverlauf 28
Abbildung 6 Populärer Populismus – soziale Erwünschtheit populistischer Einstellungen 29
Abbildung 7 Populismus und Links-Rechts-Orientierung I 31
Abbildung 8 Populismus und Links-Rechts-Orientierung II 31
Abbildung 9 Populismus nach Bildung 33
Abbildung 10 Populismus nach Einkommen 33
Abbildung 11 Populismus bei Wählern und Nichtwählern 35
Abbildung 12 Autoritäre Demokraten 36
Abbildung 13 Zustimmung zum System der Demokratie … 37
Abbildung 14 Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie … 38
Abbildung 15 Chauvinistisch eingestellte Europäer 38
Abbildung 16 Zustimmung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union … 39
Abbildung 17 Europäische Integration ist zu weit gegangen … 39

Kapitel 2

IM FOKUS *„Mehr direkte Demokratie" als neue Mobilisierungschance* 45
Abbildung 18 Einfluss von Sachpositionen auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei allen Wahlberechtigten 48
Abbildung 19 Einfluss von Sachpositionen auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei unpopulistisch und populistisch eingestellten Wahlberechtigten 49
Abbildung 20 Einfluss von Positionen zur EU auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei allen Wahlberechtigten sowie bei unpopulistisch und populistisch eingestellten Wahlberechtigten 51

Abbildung 21 Einfluss von Positionen zur Eurozone auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei allen Wahlberechtigten sowie bei unpopulistisch und populistisch eingestellten Wahlberechtigten 52
Abbildung 22 Einfluss von Positionen zu Flüchtlingen auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei allen Wahlberechtigten sowie bei unpopulistisch und populistisch eingestellten Wahlberechtigten 54
Abbildung 23 Einfluss von Positionen zu sozialem Wohnungsbau auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei allen Wahlberechtigten sowie bei unpopulistisch und populistisch eingestellten Wahlberechtigten 55
Abbildung 24 Einfluss von Positionen zu Steuern auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei allen Wahlberechtigten sowie bei unpopulistisch und populistisch eingestellten Wahlberechtigten 56
Abbildung 25 Einfluss von Positionen zu Freihandel und Globalisierung auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei allen Wahlberechtigten sowie bei unpopulistisch und populistisch eingestellten Wahlberechtigten 58
Abbildung 26 Einfluss von Positionen zu Protektionismus auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei allen Wahlberechtigten sowie bei unpopulistisch und populistisch eingestellten Wahlberechtigten 59
Abbildung 27 Einfluss von Positionen zu direkter Demokratie auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei allen Wahlberechtigten sowie bei unpopulistisch und populistisch eingestellten Wahlberechtigten 60

Kapitel 3

IM FOKUS *Negative Parteiidentitäten im Zeitverlauf* *64*
Abbildung 28 Wähler der Parteien nach Populismus und Links-Rechts-Orientierung 67
Abbildung 29 Veränderung der Wahlwahrscheinlichkeit 71
Abbildung 30 Populismus und Wahlabsicht bei CDU/CSU-Wählern 72
Abbildung 31 Populismus und Wahlabsicht bei GRÜNE-Wählern 74
Abbildung 32 Populismus und Wahlabsicht bei SPD-Wählern 75
Abbildung 33 Populismus und Wahlabsicht bei AfD-Wählern 77
Abbildung 34 Populismus und Wahlabsicht bei Die Linke-Wählern 78
Abbildung 35 Populismus und Wahlabsicht bei FDP-Wählern 80

Methodischer Anhang

Abbildung 36 Beispiel-Design der Listen-Experimente 83
Abbildung 37 Messung von rechtsextremen Einstellungen 84
Abbildung 38 Messung eines autoritären Demokratieverständnisses 85
Abbildung 39 Beispiel-Design des Conjoint-Experiments 87
Abbildung 40 Merkmale und Ausprägungen in der Conjoint-Analyse 88

Literatur

Abou-Chadi, Tarik, und Werner Krause (2018). „The Causal Effect of Radical Right Success on Mainstream Parties' Policy Positions: A Regression Discontinuity Approach". *British Journal of Political Science* 50 (3). 1–19.

Akkerman, Agnes, Cas Mudde und Andrej Zaslove (2013). „How Populist Are the People? Measuring Populist Attitudes in Voters". *Comparative Political Studies* 47 (9). 1324–1353.

Alonso, Sonia, John Keane und Wolfgang Merkel (2011). *The Future of Representative Democracy*. Cambridge University Press.

Arzheimer, Kai (2015). „The AfD: Finally a Successful Right-Wing Populist Eurosceptic Party for Germany?" *West European Politics* 38 (3). 535–556.

Bakker, Bert N., Matthijs Rooduijn und Gijs Schumacher (2016). „The Psychological Roots of Populist Voting: Evidence from the United States, the Netherlands and Germany". *European Journal of Political Research* 55 (2). 302–320.

Bale, Tim, und Cristóbal Rovira Kaltwasser (2020). „The Mainstream Right in Western Europe". *Manuscript submitted for review to Cambridge University Press.*

Bergmann, Knut, Matthias Diermeier und Judith Niehues (2017). „Die AfD: Eine Partei der sich ausgeliefert fühlenden Durchschnittsverdiener". *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 58 (1). 113–131.

Berlet, Chip, und Matthew N. Lyons (2000). *Right-Wing Populism in America. Too Close for Comfort.* Guilford Press.

Bernstein, Robert, Anita Chadha und Robert Montjoy (2001). „Overreporting Voting. Why It Happens and Why It Matters". *Public Opinion Quarterly* 65. 22–44.

Brand, Thorsten, Robert Follmer und Kai Unzicker (2020). *Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2020. Eine Herausforderung für uns alle. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsstudie.* Studie der Bertelsmann Stiftung und infas – Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH.

Bertelsmann Stiftung (2020). *Transformation Index BTI 2020 Governance in International Comparison.* Gütersloh.

Bonikowki, Bart (2017). „Three Lessons of Contemporary Populism in Europe and the United States." *The Brown Journal of World Affairs* 23 (1). 9–24.

Brubaker, Rogers (2017). „Why Populism?" *Theory and Society.* 46 (5). 357–385.

Canovan, Margaret (1981). *Populism*. Junction Books.

Canovan, Margaret (1999). „Trust the People! Populism and the Two Faces of Democracy". *Political Studies* 47 (1). 2–16.

Castanho Silva, Bruno et al. (2017). „Public Opinion Surveys: A New Measure." In *The Ideational Approach to Populism: Theory, Method and Analysis*. Hrsg. Kirk A. Hawkins, Ryan Carlin, Levente Littvay und Cristóbal Rovira Kaltwasser. Routledge.

Conniff, Michael I. (2015). *Populism in Latin America.* The University of Alabama Press.

Dahrendorf, Ralf (2003). „Acht Anmerkungen zum Populismus". *Transit* 25. 156–163.

Decker, Frank (2004). *Der neue Rechtspopulismus*. Opladen.

Decker, Frank, und Marcel Lewandowsky (2011). „Populismus – Erscheinungsformen, Entstehungshintergründen und Folgen eines politischen Phänomens". *Das Populäre. Untersuchungen zu Interaktionen und Differenzierungsstrategien in Literatur, Kultur und Sprache.* Hrsg. Olivier Agard, Christian Helmreich und Hélène Vinckel-Roisin. V & R Unipress. 331–351.

Decker, Oliver und Elmar Brähler (2018): *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018.* Psychosozial-Verlag.

Decker, Oliver, Johannes Kiess und Elmar Brähler (2012). *Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012.* Hrsg. Ralf Melzer, Friedrich-Ebert-Stiftung.

Decker, Oliver, und Elmar Brähler (2006). *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland.* Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.

De la Torre, Carlos (2015). *The Promise and Perils of Populism: Global Perspectives.* University Press of Kentucky.

De la Torre, Carlos, und Cynthia Arnson (2013). *Latin American Populism in the Twenty-First Century. Woodrow Wilson Center Press / Johns Hopkins University Press.*

Easton, David (1975). „A Re-Assessment of the Concept of Political Support". *British Journal of Political Science* 5 (4). 435–457.

Elchardus, M. und Spruyt, B. (2016). „Populism, Persistent Republicanism and Declinism: An Empirical Analysis of Populism as a Thin Idealogy". *Government and Opposition* 51 (1). 111–133.

Falter, Jürgen W. (2020). *Hitlers Parteigenossen.* Campus Verlag.

Franchino, Fabio, und Francesco Zucchini (2015). „Voting in a Multi-dimensional Space: A Conjoint Analysis Employing Valence and Ideology Attributes of Candidates". *Political Science Research and Methods* 3 (2). 221–241.

Formisano, Ronald (2012). *The Tea Party. A Brief History.* Johns Hopkins University Press.

Giebel, Wieland (2018). *Warum ich Nazi wurde: Biogramme früher Nationalsozialisten.* Berlin Story Verlag.

Giebler, Heiko, und Wolfgang Merkel (2016). „Freedom and equality in democracies: Is there a trade-off?" *International Political Science Review* 37 (5). 594–605.

Hainmueller, Jens, Dominik Hangartner und Teppei Yamamoto (2015). „Validating Vignette and Conjoint Survey Experiments against Real-World Behavior". *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America* 112 (8). 2395–2400.

Hainmueller, Jens, Daniel J. Hopkins und Teppei Yamamoto (2014). „Causal Inference in Conjoint Analysis: Understanding Multidimensional Choices via Stated Preference Experiments". *Political Analysis* 22 (1). 1–30.

Hanmer, Michael J., und Kerem Ozan Kalkan (2013). „Behind the Curve: Clarifying the Best Approach to Calculating Predicted Probabilities and Marginal Effects from Limited Dependent Variable Models". *American Journal of Political Science* 57 (1). 263–277.

Harteveld, Eelco, und Elisabeth Ivarsflaten (2016). „Why Women Avoid the Radical Right: Internalized Norms and Party Reputations". *British Journal of Political Science* 48 (02). 1–16

Hawkins, Kirk, und Scott Riding (2010). „Populist Attitudes and Their Correlates among Citizens: Survey Evidence Measuring Populist Attitudes". *The Committee on Concepts and Methods. Working Paper* 55. 1–35.

Hawkins, Kirk, Cristóbal Rovira Kaltwasser und Ioannis Andreadis (2018). „The Activation of Populist Attitudes". *Cambridge University Press.*

Hawkins, Kirk, Scott Riding und Cas Mudde (2012). „Measuring Populist Attitudes". *The Committee on Concepts and Methods*. Working Paper 55. 1–35.

Holbrook, Allyson L., und Jon A. Krosnick (2010). „Social Desirability Bias in Voter Turnout Reports: Tests Using the Item Count Technique". *Public Opinion Quarterly* 74 (1). 37–67.

Imai, Kosuke (2011). „Multivariate Regression Analysis for the Item Count Technique". *Journal of the American Statistical Association* 106 (494). 407–416.

Inglehart, Ronald, und Pippa Norris (2017). „Trump and the Populist Authoritarian Parties: The Silent Revolution in Reverse". *Perspectives on Politics* 15 (2). 443–454.

Ivarsflaten, Elisabeth, Scott Blinder und Lise Bjånesøy (2019). How and Why the Populist Radical Right Persuades Citizens. *The Oxford Handbook of Electoral Persuasion*. Hrsg. Elizabeth Suhay, Bernard Grofman und Alexander H. Trechsel. Oxford University Press.

Jagers, Jan, und Stefaan Walgrave (2007). "Populism as political communication style: An empirical study of political parties' discourse in Belgium". *European Journal of Political Research* 46 (3). 319–345.

Kazin, Michael (1998). *The Populist Persuasion. An American History.* Cornell University Press.

Kneip, Sascha, Wolfgang Merkel und Bernhard Weßels (2020). *Legitimitätsprobleme. Zur Lage der Demokratie in Deutschland*. Springer VS.

Kriesi, Hanspeter, und Takis Pappas (2015). *Populism in the Shadow of the Great Recession*. ECPR Press.

Krumpal, Ivar (2013). „Determinants of Social Desirability Bias in Sensitive Surveys: A Literature Review". *Quality and Quantity* 47 (4). 2025–2047.

Laclau, Ernesto (2005). *On Populist Reason*. Verso Books.

Levitsky, Steven, und Daniel Ziblatt (2018): *Wie Demokratien sterben: Und was wir dagegen tun k*önnen. DVA.

Lewandowsky, Marcel, Heiko Giebler und Aiko Wagner (2016). „Rechtspopulismus in Deutschland. Eine empirische Einordnung der Parteien zur Bundestagswahl 2013 unter besonderer Berücksichtigung der AfD". *Politische Vierteljahresschrift* (57) 2. 247–275.

Mair, Peter (2002). „Populist Democracy vs Party Democracy". *Democracies and the Populist Challenge*. Hrsg. Yves Meny und Yves Surel. Palgrave Macmillan. 81–98.

Meléndez, Carlos, und Cristóbal Rovira Kaltwasser (2017). „Political Identities: The Missing Link in the Study of Populism". *Party Politics* 25 (4). 520–533.

Meny, Yves, und Yves Surel (2002). *Democracies and the Populist Challenge*. Palgrave macmillan.

Merkel, Wolfgang (2018). „Cosmopolitanism versus Communitarianism – A New Conflict". Hrsg. Michael Bröning, Christoph P. Mohr. *The Politics of Migration and the Future of the European Left. Verlag J.H.W. Dietz*. 279–291.

Merkel, Wolfgang (2017). „Kosmopolitismus versus Kommunitarismus – ein neuer Konflikt". *Flucht, Migration und die Linke in Europa*. Hrsg. Michael Brönning, und Christoph P. Mohr. Dietz-Verlag.

Merkel, Wolfgang (2014). „Is captialism compatible with democracy?" *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 8 (2). 109–128*.

Merkel, Wolfgang, und Sascha Kneip (2018). *Democracy and Crisis. Challenges in Turbulent. Times. Springer VS.*

Merkel, Wolfgang, und Felix Scholl (2018). „Illiberalism, Populism and Democracy in East and West". *Czech Journal of Political Science* 25 (1). 28–44.

Merkel, Wolfgang, und Claudia Ritzi (2017). *Die Legitimität direkter Demokratie*. Springer VS.

Merkel, Wolfgang (2018). „Cosmopolitanism versus Communitarianism – a New Conflict in European Democracies". *The Politics of Migration and the Future of the European Left*. Hrsg. Michael Bröning, Christoph P. Mohr. 279–291.

Merkel, Wolfgang und Robert Vehrkamp (2018). „Die populistische Versuchung". *Der Tagesspiegel*. 14.10.2018. https://www.tagesspiegel.de/politik/populismus-der-verkleidete-nationalismus-und-die-ausgehoehlted emokratie/23183964-2.html?inMaxCount=3.

Mudde, Cas (2017). „Populism. An Ideational Approach". *The Oxford Handbook of Populism*. Hrsg. Cristóbal Rovira Kaltwasser, Paul Taggart, Paulina Ochoa Espejo und Pierre Ostiguy. Oxford University Press. 27–47.

Mudde, Cas (2007). *Populist Radical Right Parties in Europe*. Cambridge University Press.

Mudde, Cas (2004). „The Populist Zeitgeist". *Government and Opposition* 39 (4). 541–563.

Mudde, Cas, und Cristóbal Rovira Kaltwasser (2019). *Populismus: Eine sehr kurze Einführung*. Dietz Verlag.

Mudde, Cas und Cristóbal Rovira Kaltwasser (2018). „Studying Populism in Comparative Perspective: Reflections on the Contemporary and Future Research Agenda". *Comparative Political Studies*. 1–27.

Mudde, Cas, und Cristóbal Rovira Kaltwasser (2013). „Exclusionary vs. Inclusionary Populism: Comparing Contemporary Europe and Latin America". *Government and Opposition* 48 (2). 147–174.

Mudde, Cas, und Cristóbal Rovira Kaltwasser (2012). „Populism and (Liberal) Democracy. A Framework for Analysis". *Populism in Europe and the Americas. Threat or Corrective for Democracy?* Hrsg. Cas Mudde und Cristóbal Rovira Kaltwasser. Cambridge University Press.1–26.

Müller, Jan-Werner (2016). *Was ist Populismus? – Ein Essay*. edition suhrkamp.

Neuner, Fabian G., und Christopher Wratil. (2020) „The Populist Marketplace: Unpacking the Role of "Thin" and "Thick" Ideology". *Political Behavior*. 1–24.

Neuner, Fabian G., und Christopher Wratil (2017). *It's Popular to Be Populist! The Social Desirability of Populist Attitudes*. Paper präsentiert auf der *Midwest Political Science Association Conference*, Chicago. 1–26.

Norris, Pippa, und Ronald Inglehart (2019). *Cultural Backlash: Trump, Brexit, and Authoritarian Populism*. Cambridge University Press.

Ostiguy, Pierre (2017). „Populism. A Socio-Cultural Approach". *The Oxford Handbook of Populism*. Hrsg. Cristóbal Rovira Kaltwasser, Paul Taggart, Paulina Ochoa Espejo und Pierre Ostiguy. Oxford University Press. 73–97.

Panizza, Francisco (2005). *Populism and the Mirror of Democracy.* Verso.

Priester, Karin (2012). *Rechter und Linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon.* Campus Verlag.

Priester, Karin (2007). *Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen.* Campus Verlag.

Przeborski, Adam (2019). *Crisis of Democracy*. Cambridge University Press.

Rico, Guillem, Marc Guinjoan und Eva Anduizas (2017). „The Emotional Underpinnings of Populism: How Anger and Fear Affect Populist Attitudes". *Swiss Political Science Review* 23 (4). 444–461.

Roberts, Kenneth M. (2006): „Populism, Political Conflict, and Grass-Roots Organization in Latin America". *Comparative Politics* 38 (2). 127–148.

Rooduijn, Matthijs (2014). „The Nucleus of Populism: In Search of the Lowest Common Denominator". *Government and Opposition* 49 (4). 573–599.

Rooduijn, Matthijs, Sarah L. de Lange und Wouter van der Brug (2012). „A Populist Zeitgeist? Programmatic Contagion by Populist Parties in Western Europe". *Party Politics* 20 (4). 563–575.

Rooduijn, Matthijs, und Teun Pauwels (2011). „Measuring Populism. Comparing Two Methods of Content Analysis". *West European Politics* 34. 1272–1283.

Rovira Kaltwasser, Cristóbal, Paul Taggart, Paulina Ochoa Espejo und Pierre Ostiguy (2017). *The Oxford Handbook of Populism*. Oxford University Press.

Rovira Kaltwasser, Cristóbal, und Paul Taggart (2015). „Dealing with populists in government: a framework for analysis". *Democratization* 23 (2). 201–220.

Rovira Kaltwasser, Cristóbal und Steven M. Van Hauwaert (2019). „The populist citizen: Empirical evidence from Europe and Latin America". *Cambridge University Press.*

Rovira Kaltwasser, Cristóbal, Robert Vehrkamp, und Christopher Wratil (2019). *Europa hat die Wahl. Populistische Einstellungen und Wahlabsichten bei der Europawahl 2019*. Studie der Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.

Rovira Kaltwasser, Cristóbal (2018). „Der Sirenengesang des Linkspopulismus". *Project Syndicate*.

Rovira Kaltwasser, Cristóbal (2017). „Populism and the Question of how to respond to it". *The Oxford Handbook of Populism*. Hrsg. Cristóbal Rovira Kaltwasser, Paul Taggart, Paulina Ochoa Espejo und Pierre Ostiguy. 489–507.

Rovira Kaltwasser, Cristóbal (2014). „The Responses of Populism to Dahl's Democratic Dilemmas". *Political Studies 62*. 470–487.

Rovira Kaltwasser, Cristóbal (2012). „The ambivalence of populism: threat and corrective for democracy". *Democratization* 19 (2). 184–208.

Runciman, David (2018). *How Democracy Ends*. Profile Books.

Schmitt-Beck, Rüdiger (2016). „The 'Alternative für Deutschland in the Electorate': Between Single-Issue and Right-Wing Populist Party". *German Politics* 4008 (6). 1–25.

Schraad-Tischler, Daniel, Christof Schiller, Thorsten Hellmann und Elisabeth Faria Lopes (2018). *Nachhaltiges Regieren in der OECD und EU. Sustainable Governance Indicators 2018*. Studie der Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.

Schroeder, Wolfgang, und Bernhard Weßels (2019*). Smarte Spalter.. Die AfD zwischen Bewegung und Parlament.* Dietz Verlag.

Schulz, Anne, Philipp Müller, Christian Schemer, Dominique Stefanie Wirz, Martin Wettstein und Werner Wirth (2018). „Measuring Populist Attitudes on Three Dimensions." *International Journal of Public Opinion Research* 30 (2). 316–326.

Silver, Brian D., Barbara A. Anderson und Paul R. Abramson (1986). „Who Overreports Voting?" *American Political Science Review* 80 (2). 613–624.

Stanley, Ben (2008). „The Thin Ideology of Populism". *Journal of Political Ideologies* 13 (1). 95–110.

Sundermeyer, Olaf (2008). *Gauland. Die Rache des alten Mannes.* C.H. Beck.

Taggart, Paul (2004). „Populism and Representative Politics in Contemporary Europe". *Journal of Political Ideologies* 9 (3). 269–288.

Taggert, Paul (2000). *Populism.* Open University Press.

Van Hauwaert, Steven M., und Stijn Van Kessel (2018). „Beyond protest and discontent: A cross-national analysis of the effect of populist attitudes and issue positions on populist party support". *European Journal of Political Research* 57. 68–92.

Vehrkamp, Robert, und Wolfgang Merkel (2018). *Populismusbarometer 2018. Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern in Deutschland 2018*. Studie der Bertelsmann Stiftung und des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Vehrkamp, Robert, und Lars Bischoff (2020a). „Negative Parteiidentifikationen und demokratische Legitimität: (K)ein Grund zur Sorge? *Legitimitätsproblem. Zur Lage der Demokratie in Deutschland*. Hrsg. Sascha Kneip, Wolfgang Merkel und Bernhard Weßels. Springer VS. 181–205.

Vehrkamp, Robert, und Lars Bischoff (2020b). *Rückkehr des Vertrauens?* EINWURF – Policy Brief der Bertelsmann Stiftung (1). 1–8.

Vehrkamp, Robert, und Theres Matthieß (2019). *Besser als ihr Ruf. Halbzeitbilanz der Großen Koalition zur Umsetzung des Koalitionsvertrages 2018*. Studie der Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.

Vehrkamp, Robert (2018). *Preisgabe der Mitte? Zum Umgang mit Rechtspopulismus am Beispiel der CSU*. EINWURF – Policy Brief der Bertelsmann Stiftung (3). 1–8.

Vehrkamp, Robert, und Klaudia Wegschaider (2017). *Populäre Wahlen– Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017*. Studie der Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.

Vehrkamp, Robert, und Christopher Wratil (2017). *Die Stunde der Populisten? Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern vor der Bundestagswahl 2017*. Studie der Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.

Weyland, Kurt (2017). „Populism. A Political-Strategic Approach". *The Oxford Handbook of Populism*. Hrsg. Cristóbal Rovira Kaltwasser, Paul Taggart, Paulina Ochoa Espejo und Pierre Ostiguy. Oxford University Press. 48–72.

Wuttke, Alexander, Christian Schimpf und Harald Schoen (2020). „When the Whole is Greater Than the Sum of its Parts: On the Conceptualization and Measurement of Populist Attitudes and Other Multi-dimensional Constructs". *American Political Science Review 114* (2). 356–374.

Zaslove, Andrej, Bram Geurkink, Kristof Jacobs und Agnes Akkerman (2020). „Power to the people? Populism, democracy, and political participation: a citizen's perspective". *West European Politics.*

Zick, Andreas, Beate Küpper und Wilhelm Berghan (2019). *Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19*. Hrsg. Franziska Schröter. Friedrich-Ebert-Stiftung.

Impressum

© Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
September 2020

Autoren
Dr. Robert Vehrkamp
Prof. Dr. Wolfgang Merkel

Verantwortlich
Dr. Robert Vehrkamp
Christina Tillmann

Inhaltliche Mitarbeit
Lars Bischoff

Redaktionelle Unterstützung
Gaëlle Beckmann
Sandra Stratos

Lektorat
Helga Berger

Titelfoto
Shutterstock/wellphoto

Gestaltung
Markus Diekmann, Bielefeld

DOI 10.11586/2020044

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0

Dr. Robert Vehrkamp
Programm Zukunft der Demokratie
Telefon +49 5241 81-81526
Fax +49 5241 81-681526
robert.vehrkamp@bertelsmann-stiftung.de

Christina Tillmann
Programm Zukunft der Demokratie
Telefon +49 5241 81-81335
Fax +49 5241 81-681335
christina.tillmann@bertelsmann-stiftung.de

www.bertelsmann-stiftung.de

BertelsmannStiftung